

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **14. und 15. Sitzung**
des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2014/2015
vom 15. Dezember 2014

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 24.00 Uhr

Vorsitz: B. Günthard Fitze (EVP)
Protokoll: K. Lang
Entschuldigt Beide Sitzungen: W. Steiner (SVP)

Traktanden

1. Protokoll der 8./9. Sitzung
2. 14/080 Wahl eines Mitgliedes in den Stiftungsrat der Arnold Schenkel-Stiftung anstelle des zurückgetretenen J. Lisibach (SVP)
3. 14/095 Aufhebung der Verordnung über den Vollzug der Zusatzleistungen zur AHV/IV und die Gewährung von Gemeindegzuschüssen vom 21. Juni 2004
4. 14/102 Befristete Erhöhung finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur
5. 14/081 Voranschlag 2015 und Festsetzung des Steuerfusses und Nachtrag zum Voranschlag 2015 «Novemberbrief»
- 6.* 14/061 VIII. Nachtrag zum Personalstatut betr. Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde
7. 14/058 Kommunale Volksinitiative «Endlich genügend Veloparkplätze am Hauptbahnhof»: Bericht und Antrag auf Ablehnung mit indirektem Gegenvorschlag
8. 14/109 5. Nachtrag zur Verordnung über das Bürgerrecht der Stadt Winterthur vom 30. März 1992
9. 14/046 Sondernutzungsplanung: Festsetzung revidierter öffentlicher Gestaltungsplan «Hardau»
10. 14/110 Jährlicher Beitrag von Fr. 40'000 an den Unterstützungsverein Vogelsang Winterthur

11. 14/100 Reduktion und Aufhebung des jährlich wiederkehrenden Standortbeitrags von Fr. 150'000.-- an die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften in Winterthur (ZHAW)
12. 13/076 Bericht, Antrag und Umsetzungsvorlage zur Motion M. Zeugin (GLP), St. Feer (FDP) und R. Harlacher (CVP) betreffend zweckmässiges internes Kontrollsystem für die Stadt Winterthur
13. 13/063 Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP) betreffend Internetdemokratie für Geschmacksfragen
14. 13/058 Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP) betreffend Interessenkonflikte bei Vertretungen der Stadt in Organisationen
15. 13/064 Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (PP) betreffend Transparenz bei Nebenämtern in der Verwaltung
16. 12/105 Antrag und Bericht zum Postulat M. Zeugin (GLP), N. Albl (SVP), Ch. Magnusson (FDP), D. Schraft (Grüne/AL) und B. Günthard Fitze (EVP) betreffend mehr Beiträge aus dem Lotteriefonds für soziale und kulturelle Institutionen und Projekte in Winterthur
17. 14/009 Begründung des Postulats M. Zeugin (GLP/PP) und S. Stierli (SP) betreffend Zusammenlegung der Betriebsämter
18. 13/089 Beantwortung der Interpellation St. Feer (FDP) betreffend langfristige Veränderung der Verwaltungskultur durch «effort 14+»
19. 09/113 Beantwortung der Interpellation E. Wettstein (SP) betreffend Sporthallen in Winterthur
20. 14/044 Begründung der Motion S. Madianos (SP) und Ch. Baumann (SP) betreffend Elternvertretung in Zentralschulpflege (ZSP)
21. 14/042 Begründung des Postulats A. Steiner (GLP), Ch. Magnusson (FDP) und Ch. Baumann (SP) betreffend Wegleitung zum Umgang mit Fussballverbandsvorgaben bei Stadionbauten
22. 14/043 Begründung des Postulats Ch. Baumann (SP), S. Madianos (SP) und M. Wäckerlin (PP) betreffend Konzept zur Organisation der Elternmitwirkung auf allen städtischen Ebenen der Volksschule
23. 14/008 Begründung des Postulats K. Bopp (SP), M. Wäckerlin (GLP/PP), Ch. Magnusson (FDP), N. Gugger (EVP) und D. Berger (AL) betreffend einfaches Bewilligungsverfahren für Veranstaltungen
24. 13/075 Beantwortung der Interpellation M. Wenger (FDP) und M. Wäckerlin (PP) betreffend Verkehrstafeln - Schilderflut in Winterthur
25. 13/101 Beantwortung der Interpellation S. Gygax-Matter (GLP/PP) betreffend Strassen-Musik - Plattform für lokale Künstler

26. 13/112 Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (GLP/PP) betreffend Sicherheit der Bürgerdaten auf Polizei-iPads
27. 12/119 Antrag und Bericht zum Postulat B. Günthard Fitze (EVP), B. Baltensberger (SP), M. Gerber (FDP), D. Berger (Grüne/AL) und K. Cometta (GLP) betreffend Zusammenlegung Feuerwehr und Zivilschutz zu einer Gesamtorganisation

(* an dieser Sitzung behandelten Geschäfte)

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze begrüsst zur 14. Und 15. Sitzung im Amtsjahr 2014/15.

Mitteilungen

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze gratuliert Ch. Benz (SP). Sie hat heute Geburtstag. Die Ratspräsidentin wünscht Ch. Benz alles Gute im neuen Lebensjahr. Freude und Leid sind oft nahe beieinander. Der Vater von Ch. Magnusson ist am 10. Dezember gestorben. Ratspräsidentin B. Günthard Fitze kondoliert im Namen des Gemeinderates und wünscht Ch. Magnusson alles Gut.

Fraktionserklärung

F. Biegel (SP): Erneut beschäftigt uns eine kantonale Vorlage, die Winterthur stark betrifft. Am 1. Dezember 2014 hat die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich einen Gesetzesentwurf zur Umwandlung der Integrierten Psychiatrie (IPW) in eine privatrechtliche AG in die Vernehmlassung gegeben. Es gibt verschiedene Aspekte, die klar gegen eine Umwandlung in eine AG sprechen. Geplant ist, dass der Kanton nach einer zweijährigen Sperrfrist mindestens 51 % der Aktien hält. Wenn der Kantonsrat einwilligt, kann er sogar diese 51 % unterschreiten. Somit ist die psychiatrische Grundversorgung in der Region stark gefährdet dem freien Markt überlassen zu werden. Die Psychiatrie ist ein sensibler Bereich der Medizin. Ob die IPW durch diese Privatisierung gestärkt wird, ist klar zu bezweifeln, werden doch damit nicht rentable Bereiche abgebaut und gestrichen – davon sind vor allem chronisch und schwer psychisch Kranke betroffen. Ursprünglich war wohl geplant, einen viel höheren Prozentsatz der Aktien zu veräussern. Der Vorschlag 51 % zu halten, wurde erst im Nachhinein unterbreitet. Erst danach hat der bürgerliche Regierungsrat nachgegeben. Das zeigt klar die ursprüngliche Absicht – eine komplette Privatisierung der Grundversorgung. Jetzt findet diese einfach durch die Hintertüre statt. Niemand hat etwas dagegen, dass die Klinik mehr Freiheiten erhält. Diese Möglichkeit besteht auch ohne Privatisierung. Die Fallpauschale ist in der Psychiatrie ebenfalls geplant sind. Es ist stossend, dass der Kanton privaten Investoren Gebäude überlassen will, die mit Steuergeldern aufgebaut wurden. Medizin und Psychiatrie sind spezielle Bereiche und benötigen auch einen speziellen Schutz der Arbeitnehmenden. Die Angestellten sind unter anderem auch Gewalt und starkem psychischem Druck ausgesetzt. Deshalb ist eine Unterstellung des Personals unter das Obligationenrecht nicht sinnvoll. Die SP-Fraktion erwartet, dass der Stadtrat sich an der Vernehmlassung beteiligt und sich stark macht für eine Grundversorgung, die sich nicht in privaten Händen befindet.

Stadtrat N. Galladé: An dieser Stelle wurde die gleiche Übung im Zusammenhang mit dem Kantonsspital Winterthur diskutiert. Fraktionsübergreifend herrschte Einigkeit, dass der Stadtrat prüfen muss in welche Hände ein Kantonsspital kommt. Man muss trennen. Der Stadtrat hat das in seiner Vernehmlassungsantwort gemacht. Er hat erklärt, dass gleich lange Spiesse notwendig sind. Auf der einen Seite ist die Stadt positiv eingestellt, auf der ande-

ren Seite liegt die Verantwortung klar beim Kanton. Das ist beim KSW der Fall. Je mehr Druck, desto besser. Ohne Druck geht es nicht in die Richtung, die der Stadtrat wünscht. Das wird der Stadtrat in Bezug auf die IPW, die noch komplexer ist als die Akutmedizin, genau verfolgen. Er wird sich entsprechend in die Vernehmlassung einbringen.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2014/081: Voranschlag 2015 und Festsetzung des Steuerfusses und Nachtrag zum Voranschlag 2015 «Novemberbrief»

S. Stierli (SP), persönliche Erklärung: Der Gemeinderat befindet sich mitten im Budgetprozess. Letzten Montag waren nicht alle Gemeinderatsmitglieder anwesend. Deshalb will S. Stierli eine Erklärung abgeben und sich zu Voten äussern, die an der letzten Sitzung gehalten wurden und eine gewisse Geschichtsfälschung beinhalten. Diese will S. Stierli richtigstellen. Die SVP hat an der letzten Sitzung erklärt, die Schuld an der finanziellen Lage von Winterthur liege klar beim ehemaligen Stadtpräsidenten E. Wohlwend und bei der SP. Diese Aussage ist einigermassen billig und zudem falsch. Die SVP weiss genau, dass es Winterthur im Jahr 2002, als E. Wohlwend das Präsidium von der FDP übernommen hat, sehr schlecht ging. Er hat in der Folge Winterthur zum Blühen und Prosperieren gebracht. Im Jahr 2001 lag der Steuerfuss auf hohen 131 %. In dieser Situation der SP die Schuld zu geben, ist schwierig. Den Mitgliedern der SVP ist bekannt, dass äussere Faktoren für die heutige Lage verantwortlich sind. Das eine ist der alte Finanzausgleich, der es Winterthur verunmöglicht hat, Eigenkapital zu bilden. Nachdem der neue Finanzausgleich in Kraft war, wollte der Regierungsrat der Stadt lediglich 75 Millionen Zentrumslastenausgleich zugestehen. Der Kantonsrat hat den Ausgleich auf 86 Millionen erhöht. Die Stadt Winterthur hat damals bereits erklärt, dass 120 Millionen notwendig wären. 34 Millionen fehlen der Stadt nach wie vor jährlich. Der Stadtrat hat öffentlich festgehalten: „Die ungenügende Dotierung des Zentrumslastenausgleichs und dessen Fixierung auf 2005 ist die Ursache für das strukturelle Defizit der Stadt.“ Bekannt ist ebenfalls, dass verschiedene Steuersenkungen auf kantonaler Ebene dazu führen, dass der Stadt jährlich gegen 40 Millionen fehlen. Damit erreicht der fehlende Betrag 74 Millionen. Bei dieser Sachlage kann der Stadt nicht die Schuld zugeschoben werden.

Die SP will aber nicht zurückschauen, sondern vorwärts. Die Präsidentin der AK, A. Steiner (GLP) hat letzten Montag gesagt, dass sie enttäuscht sei von der SP, weil sie sich an den Sparmassnahmen nicht beteiligen wolle. Das ist nicht ganz richtig. Richtig ist, dass die SP die bürgerlichen Parteien, die sich teilweise mit fragwürdigen Sparvorschlägen einen Wettbewerb liefern, nicht unterstützt. Der Stadtrat hat mit dem Novemberbrief ein Defizit von 11 Millionen vorgelegt. Er hat öffentlich erklärt, dass für das Übergangsbudget dieser Verlust vertretbar sei. Die bürgerlichen Stadträte sind angetreten unter dem Titel „Allianz starkes Winterthur“. Diese Allianz sagt, dass 11 Millionen vertretbar sind. Im Gemeinderat erklären die bürgerlichen Parteien, dass das nicht vertretbar ist. Das Budget müsse gekürzt werden. Wem soll man jetzt glauben? Dem bürgerlichen Stadtrat oder den bürgerlichen Parteien? Die SP folgt dem Stadtrat. Das heisst nicht, dass die SP nicht sparen will. Im Budget sind bereits happige Sparmassnahmen enthalten, die von der SP akzeptiert werden. Das Budget 2015 ad hoc um Millionen zu reduzieren, kann die SP nicht gutheissen. Die Stadtverwaltung ächzt bereits unter dem Sparprogramm «effort14+». Jetzt ist der Stadtrat mitten im Programm Balance. Wenn der Gemeinderat in der Budgetdebatte Sparanträge in Millionenhöhe stellt, ohne einen klaren Auftrag zu erteilen, werden die städtischen Mitarbeitenden demotiviert und demoralisiert. Das ist schwierig. Die SP setzt sich ebenfalls für ein ausgeglichenes Budget ein. Deshalb schlägt sie eine Erhöhung des Steuerfusses vor. Diesen Antrag wird die Fraktion unterstützen. Damit kann ein ausgeglichenes Budget erreicht werden. In Winterthur ist in den nächsten Jahren keine finanzielle Verbesserung möglich, wenn nicht auch die Steuerseite angeschaut wird. Am letzten Montag wurde die Stadtentwicklung gerupft. Das Budget wurde um 680'000 Franken gekürzt. Jetzt drohen die Schliessung von Ludotheken, Kürzung

der Beiträge an die Quartierzeitungen etc. In den Quartieren ist man empört. Warum müssen diese Kürzungen durchgestiert werden? Was ist das Ziel? Der Stadtrat sagt, das sei nicht nötig. Es wäre vertretbar nicht zu kürzen. Bei der alten Kaserne wurden erneut 160'000 Franken gespart. Das wird erhebliche Auswirkungen auf die Vereine und auf die Freiwilligenarbeit haben. S. Stierli bittet die Ratsmitglieder, heute den Sparhammer wegzulegen und dem bürgerlichen Stadtrat zu folgen. Letztes Jahr wollte die bürgerliche Seite bei der Schule sparen. Der Stadtrat hat erklärt, dass dann die Schulreisen gestrichen werden müssten. Das hat zu Demonstrationen geführt. An der nächsten Sitzung wurde dieser Antrag zurückgezogen. Heute hat niemand demonstriert. Die Lage ist aber ebenfalls ernst. Wenn jetzt ad hoc Sparübungen beschlossen werden, die die Strukturen in den Quartieren und in der Stadt zerstören, ist das ungut. Das Programm Balance soll jetzt abgewartet werden. Bereits jetzt Sparübungen zu beschliessen, ist nicht sinnvoll. Ein Defizit von 11 Millionen ist vertretbar. Man könnte mit einer Steuererhöhung ein ausgeglichenes Budget erreichen. S. Stierli bittet die Ratsmitglieder, den Sparhammer wegzulegen.

D. Oswald (SVP), persönliche Erklärung dankt S. Stierli für sein Votum. Zentrale Punkte hat er angesprochen. 2002 hat E. Wohlwend das Stadtpräsidium übernommen. Die Situation war damals eine andere. In den 90er Jahren hat in der Industrie ein Strukturwandel stattgefunden. Mit der Schliessung von alteneingesessenen Firmen sind der Stadt Winterthur als Industriestadt viele Einnahmen weggebrochen. Dass die Lage damals desolat war, ist aufgrund des Strukturwandels klar. 2002 ist die Dotcom-Blase geplatzt. Das hat Winterthur nicht stark tangiert, weil nur wenige Unternehmen in diesem Bereich tätig waren. Seit 2002 geht es der Wirtschaft gut und es kann wieder Geld verdient werden. Das ist der Punkt. Die Mehrheit der alten Stadtregierung, unter der Führung von E. Wohlwend, hat nicht richtig gehandelt. Die einzige Maxime in diesen Jahren war: Wie kann die Stadt möglichst viel Geld vom Kanton beziehen? Dadurch wurden Ausgaben beschlossen, die keinen Sinn machen. Heute wehrt sich die linke Ratsseite gegen eine Reduktion dieser Ausgaben. Das ist der Grund für das Strukturdefizit. Unter dem alten Finanzausgleich wollte man möglichst viel Geld beim Kanton abholen. Der zweite Fehler ist passiert, als der neue Finanzausgleich in Kraft war. Man hat angenommen, dass alles besser wird. Die Ausgaben sind erneut explodiert. Jetzt steht die Stadt vor grossen Problemen. Das ist in der Dekade 2002 bis 2012 passiert. D. Oswald hat bereits letztes oder vorletztes Jahr anlässlich der Budgetdebatte ausgeführt, dass seit 2004 das Kostenwachstum in der Stadt Winterthur überproportional gewachsen ist. Selbst wenn die Teuerung und das Bevölkerungswachstum eingerechnet werden, sind die Kosten überproportional gestiegen. Das ist der Beweis, dass Winterthur ein Kostenproblem hat und kein Einnahmenproblem. Deshalb muss bei den Kosten angesetzt werden. Es ist klar, dass die linke Ratsseite das anders sieht. Sie will den Kapitalismus überwinden. Je mehr der Staat die Kosten hochfährt, desto mehr geht in staatliche Hände über. Steter Tropfen höhlt den Stein. Das ist bekannt. Stadtentwicklung: Grosse Quartiere wurden aufgrund des Strukturwandels neuen Nutzungen zugeführt. Viele Projekte sind bereits abgeschlossen. Die SVP fordert, dass bei der Stadtentwicklung angesetzt wird.

U. Hofer (FDP), persönliche Erklärung ist noch zu wenig lange im Rat, um die Geschichte korrekt wiederzugeben. In Bezug auf die jüngere Geschichte kann er aber durchaus mitreden, deshalb will er eine Korrektur anbringen. Der bürgerliche Stadtrat hat ein Budget vorgelegt, das ein Defizit vorsieht. Es wäre aber notwendig, dass alle im Rat eine Giftpille schlucken, und dass unangenehme Entscheide gefällt werden. Das hat die FDP gemacht – auch mit Murren. Die SP hat das nicht gemacht. Deshalb liegt jetzt ein Budget vor, das ein Minus von 11 Millionen ausweist. Das war nicht von Beginn weg so. Der Stadtrat wurde dazu gezwungen. Die FDP korrigiert jetzt einen Teil der Fehler, die bei der Budgetierung gemacht wurden. Fehler, die auch die SP auf ihre Kappe nehmen muss.

M. Zeuglin (Grüne/AL): Wer erklärt, dass es heute um ad hoc Sparübungen geht, ignoriert die Kommissionberatungen. Die Anträge wurden zum grössten Teil bereits in den Kommissionen beraten. Es handelt sich nicht um ad hoc Anträge, sondern um Kommissionsanträge.

Es ist wichtig, dass die Stadt die Ausgaben im Griff behält, weil keine ad hoc Steuererhöhungen beschlossen werden sollen. Es kann nicht sein, dass die sehr guten Rahmenbedingungen in Winterthur mit jährlich wiederkehrenden Steuererhöhungen gefährdet werden. Es braucht klar Rahmenbedingungen, dazu gehört eine klare Steuerstrategie was den Steuerfuss anbelangt. Es kann nicht sein, dass dieser in einem Jahr um 5 % und im nächsten Jahr um 7 % oder auch um 2 oder 3 % erhöht wird. Die Stadt muss langfristig die Ausgaben mit den Einnahmen decken können. Es geht nicht darum, kurzfristig mit einer Änderung des Steuerfusses die Probleme zu verdecken. Das Problem sind die massiven Mehrausgaben in einigen Bereichen. In der Summe werden für das Jahr 2015 höhere Kosten budgetiert. Korrekterweise wird im Gemeinderat nicht über Kürzungen diskutiert. Das Ausgabenwachstum soll lediglich gebremst werden. Formulierungen wie zum Beispiel „Steuersenkung“ sind nicht angebracht. Wer den Ausgleich der kalten Progression als Steuersenkung betitelt, zeigt deutlich durch welche ideologische Brille er das Ganze beurteilt. Die Budgetdebatte hat sehr gut begonnen. Die einzelnen Anträge konnten diskutiert werden, auch wenn die Positionen unterschiedlich sind. M. Zeugin hofft, dass heute Abend das Budget effizient fertig beraten werden kann und die geplante Zusatzsitzung nicht notwendig ist.

F. Albanese (CVP), persönliche Erklärung erlaubt sich ausnahmsweise etwas auszuholen und sich mit einer persönlichen Erklärung zu den Sparanträgen zu äussern. Er will einen lästigen Ohrwurm loswerden, den er seit der letzten Sitzung im Ohr hat und heute bereits wieder zu hören bekam. Es geht um ein Fabelwesen, das sich immer wieder in die rot/grüne Fantasie einschleicht. Das Fabelwesen heisst Steuergeschenk oder Steuerrabatt. Dieser Begriff gehört langsam aber sicher und endgültig in die Welt der Fabeln verbannt – zumindest gehört er in eine längst vergangene Zeit. Die Zeit der Willkür durch mittelalterliche Steuervögte ist seit vielen Jahren Vergangenheit. Heute gilt eine demokratisch legitimierte Gewaltenteilung, die dem Souverän unterstellt ist – nämlich dem Volk. Deshalb ist es auch das Volk, das bestimmt, welche Leistungen vom Staat erbracht werden sollen, und was es zu zahlen bereit ist. Ein Wunschkonzert, inklusive Steuergeschenke, gibt es nicht. Wenn man trotz allem in populistische Manier auf klassenkämpferische Tränendrüsen drückt und mit Unwahrheiten hantiert, erinnert sich F. Albanese gerne an die Worte von Mahatma Gandhi, der die Leute ermahnt hat, nicht zu lügen nur um den Applaus der Schwachen zu ernten, sondern gegenüber den Starken Mut zu beweisen und die Wahrheit auszusprechen. Die Wahrheit ist, dass der Steuerwettbewerb nicht nur zwischen den Gemeinden und den Kantonen stattfindet, sondern auch auf internationaler Ebene. Die Stadt kann sich dem Wettbewerb stellen und sich erfolgreich behaupten oder sich verweigern und sich über Kurz oder Lang auf den Niedergang der Wirtschaft und immer mehr Arbeitslose einstellen. Das ist die unverblünte und sachliche Wahrheit, ob man das wahrhaben will oder nicht. Winterthur hat ein Gleichgewichtsproblem. Das hat auch die grosse Mehrheit des Stadtrates erkannt. Dazu gehört auch die Finanzvorsteherin und Stadträtin Y. Beutler, die sich löblich von der Küche der Partei emanzipiert und das Programm Balance mit lanciert hat. Das steht im Gegensatz zu einem grossen Teil ihrer Parteigenossen, die sich der sozialen Verantwortung entziehen und die finanzpolitische Situation der Stadt mit Nebelpetarden verschleiern wollen. Das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben ist aus dem Lot geraten. Es handelt sich um Ausgaben, die überproportional gestiegen sind. Deshalb muss auch hier angesetzt werden. Die CVP/EDU-Fraktion ist der Meinung, dass das zur sozialen Verantwortung gehört. Die Fraktion bietet für einen entsprechend ausgeglichenen Staatshaushalt Hand, indem sie die mehrheitsfähigen Kommissionsanträge unterstützt und eigene Anträge stellt.

D. Berger (Grüne/AL): Die Sitzung hat gerade begonnen und D. Berger geht bereits der Hur hoch. Die SP hat an der letzten Sitzung zwei Fraktionserklärung abgegeben und an dieser Sitzung eine. Die Eintretensdebatte wird erneut aufgerollt. Es ist logisch, was kommen wird. D. Berger bittet die Ratsmitglieder um ein wenig Anstand. Heute bleiben für die Beratung pro Produktegruppe 6,66 Minuten, um mit dem Budget fertig zu werden. Dieser Zeitplant ist bereits in einem gewissen Köperteil. Es ist nicht Usus, dass die Budgetdebatte für Fraktionserklärungen genutzt wird. Inhaltlich geht D. Berger mit der SP einig. Eine Fraktionserklärung ist

aber nicht zielführend. Jede Ratsseite bringt Argumente vor, die längst bekannt sind. D. Berger hat seinen Kopf auf Durchzug gestellt und ist sicher, dass er nichts verpasst hat. Er bittet die Ratsmitglieder, mit der Budgetdebatte zu beginnen.

Stadträtin Y. Beutler: Als Stadträtin der SP muss Stadträtin Y. Beutler ein Lob der CVP misstrauisch machen. Nichtsdestotrotz ist es wichtig zu betonen, dass sie die Vorgesetzte des Steueramtes ist. Sie hat das Gefühl, dass ihre Mitarbeitenden in eine halblegale Zone geschoben werden. Steuern sind aber ein legales Mittel zur Finanzierung von öffentlichen Aufgaben. Ob man das Steuergeschenke oder wie auch immer nennen mag, durch demokratisch legitimierte Steuergesetzrevisionsen sind der Stadt in den vergangenen Jahren 30 Millionen jährlich wiederkehrend verlorengegangen. Das sind Fakten, die politisch so oder anders gewertet werden können. Diesbezüglich hat die Stadt ein Einnahmenproblem. Aber die Stadt hat auch ein Ausgabenproblem, das bestreitet niemand. Das kann man schwarz auf weiss vorlegen. Wenn man das Wachstum im freiwilligen Bereich, sei das für Kultur, Sport, Prävention oder für andere Bereiche, dem Wachstum der gesetzlichen Aufgaben gegenüberstellt, zeigt sich, dass die Zunahme der freiwilligen Leistungen in einen tiefen einstelligen Millionenbereich stattgefunden hat, die gesetzlichen Leistungen hingegen in einem sehr hohen zweistelligen Millionenbereich. Deshalb ist es wichtig, dass die Winterthurer Gemeinderätinnen und Gemeinderäte aber auch die Stadt- und Kantonsräte dazu beitragen, dass sich das ändert. Die Stadt hat ein Kostenwachstum zu verzeichnen. Aber es ist auch klar ausgewiesen warum das so ist. Einer der grössten Wachstumsposten sind die Kosten für das Personal. Das ist deshalb der Fall, weil der Gemeinderat im Jahr 2014 einen Einmaleffekt bei den Personalkosten beschlossen hat – nämlich den Abbau der Mehrzeiten. Bereits damals war bekannt, dass ein Jahr später diese 4 Millionen wieder anfallen werden. Was weg ist, kann nicht erneut weggespart werden. Stadträtin Y. Beutler ermahnt den Gemeinderat, fair zu sein und nicht der Stadtverwaltung dieses Wachstum zum Vorwurf zu machen.

Departement Finanzen

263000 Städtische Allgemeinkosten/Erlöse

R. Kappeler (SP): In seiner persönlichen Erklärung hat D. Berger erklärt, dass die Redezeit von 6 Minuten pro Produktgruppe nicht eingehalten werden kann. Letzten Montag hat der Gemeinderat knapp 9 Millionen aus dem Budget des Stadtrates gestrichen. Mit den 6 Anträgen, die R. Kappeler jetzt vorstellt, sollen 6,4 Millionen gespart werden. Damit handelt es sich um ganz wesentliche Einsparungen. R. Kappeler zeigt auf, wie das System funktioniert und welche Rolle die städtischen Allgemeinkosten spielen. Das Budget der Stadt beträgt rund 1,5 Milliarden. Das wird verteilt auf verschiedene Kostenarten. Abzüglich der Erträge bleibt ein Defizit von 11 Millionen. Die Beträge werden auf die verschiedenen Kostenstellen verteilt. Einige Produktgruppen schreiben rote Zahlen, andere können ein Plus verzeichnen und wieder andere Produktgruppen müssen ausgeglichen abschliessen. Die Aufgabe des Gemeinderates ist es die 47 Produktgruppen durchzugehen. Dabei können die Leistungsziele und das Globalbudget geändert werden. Das hat der Gemeinderat auch gemacht. Die Städtischen Allgemeinkosten ist eine spezielle Produktgruppe. Es werden keine eigenen Leistungen produziert, die der Bevölkerung zugutekommen. Primär werden Abschreibungen von allen Investitionen aus sämtlichen Bereichen zusammengefasst und den einzelnen Produktgruppen mit einem internen Zinssatz verrechnet. Es werden auch Erträge verbucht, zum Beispiel, wenn die Kantonbank Geld an die Gemeinden ausschüttet. Insgesamt resultiert ein Ertragsüberschuss. Einzelne Korrekturen sind in dieser Produktgruppe nicht vorgesehen. Hier werden die grossen Beträge zusammengefasst, weil das einfacher ist, als diese nach jeder Budgetanpassung auf die einzelnen Produktgruppen zu verteilen. Die Gefahr besteht aber darin, dass genau in dieser Produktgruppe das Globalbudget gekürzt wird, weil grosse Beträge im Budget eingestellt sind. Das mag punktuell durchaus gerechtfertigt

sein. Aber der Generalverdacht besteht, dass pauschal gekürzt wird. Deshalb müssen die Kürzungsanträge genau geprüft werden.

R. Kappeler wird die sechs Anträge vorstellen. Er möchte beliebt machen, diese einzeln zu diskutieren. Die Verhandlungsführung liegt aber nicht bei R. Kappeler. Als erstes stellt er die Anträge vor, die in der Kommission eine Mehrheit gefunden haben. Antrag 1: Die CVP stellt den Antrag den Globalkredits um 250'000 Franken zu kürzen. Der Antrag der GLP/PP-Fraktion, das Budget für interne und externe Druckkosten um 1 Million zu kürzen, soll reduziert werden. Das reduzierte Kürzungsziel ist realistischer. Der Antrag wurde in der Kommission mit 7 zu 4 Stimmen gutgeheissen. Antrag 2: Dieser Antrag sieht eine Kürzung von 3 Millionen vor. Der Betrag soll bei den Personalkosten eingespart werden. Das war bereits im Vorfeld der Budgetdebatte, als die Lohnkürzungen diskutiert wurden, ein Thema, unter dem Stichwort Einstellungsstopp. Dieser Antrag ersetzt den ursprünglich als „Einstellungsstopp über vier Monate“ eingereichten Antrag der FDP über 5,2 Millionen. In der Folge wurde die Kürzung reduziert. Insbesondere wurde er offener formuliert. Der Stadtrat wäre bei einer Annahme dieses Antrags nicht mehr gezwungen, jede Stelle vier Monate lang nicht zu besetzen. Dank Fluktuations- und Rotationsgewinnen sowie Nichtbesetzung von Stellen sollen 3 Millionen eingespart werden. Der Kürzungsantrag wurde in der Kommission mit 7 zu 4 Stimmen angenommen. Antrag 3: Der Globalkredit soll um 50'000 Franken gekürzt werden. Die Einführung des elektronischen Personaldossiers wird in den einzelnen Produktegruppen eine gewisse Entlastung bringen. Der Betrag, der eingespart werden kann, muss im Budget ersichtlich sein. Aus diesem Grund sollen die 50'000 Franken im Globalbudget der Städtischen Allgemeinkosten gekürzt werden. Der Antrag wurde in der Kommission mit 6 zu 5 Stimmen unterstützt. Antrag 4: Die GLP/PP-Fraktion hat in der Kommission beantragt, den Globalkredit um 1 Million zu kürzen. Dieser Betrag soll bei den Informatikkosten eingespart werden. Man kann sich zurecht fragen, was die Informatikkosten mit der Produktegruppe Städtische Allgemeinkosten zu tun haben. Mit den einzelnen Informatikkosten hat die Produktegruppe tatsächlich nichts zu tun, aber dieser Antrag enthält zwei Teile: Sowohl die Aufwand, als auch die Ertragsseite der Produktegruppe IDW sollen um 1 Million reduziert werden. Damit bleibt der Nettokredit gleich. Es handelt sich um eine Änderung der Ziele. Im Teil B dieses Antrags werden die Informatikkosten insgesamt als zu hoch erachtet. Die Kürzung von 1 Million ist auf die internen Kunden der IDW zu verteilen und den jeweiligen Produkten im Aufwand abzuziehen. Das kann durch die Einstellung der Million in die Städtischen Allgemeinkosten erreicht werden. Dieser Antrag wurde mit 6 zu 5 Stimmen in der Kommission gutgeheissen. Antrag 5: Die GLP/PP-Fraktion hat in der Kommission eine Kürzung des Globalkredits um 2 Millionen beantragt. Der Stadtrat wird beauftragt, sofort umsetzbare Massnahmen im laufenden Balance-Prozess so rasch wie möglich umzusetzen. Balance wurde vom Stadtrat als mittelfristiges Projekt bezeichnet. Die ersten Einsparungen sind im Budget 2016 vorgesehen. Mit diesem Antrag wird bereits für 2015 eine Reduktion von 2 Millionen beantragt. Dieser Antrag wurde mit 7 zu 4 Stimmen in der Kommission gutgeheissen. Antrag 6: Die GLP/PP-Fraktion hat in der Kommission die Kürzung des Globalkredits um 120'000 Franken beantragt. Das Budget für Mehr- und Überstunden von Kadermitgliedern soll um diesen Betrag gekürzt werden. Die Statistik der Auszahlungen für Kadermitglieder ab Lohnklasse 14 zeigt, dass diese jährlich zunehmen. Deshalb sollen im Budget 2014 120'000 Franken eingespart werden. Auch dieser Antrag wurde in der Kommission mit 6 zu 5 Stimmen gutgeheissen.

F. Albanese (CVP) stellt im Namen der CVP/EDU-Fraktion folgenden Minderheitsantrag: Der Globalkredit soll um 50'000 Franken gekürzt werden. Es geht um die Produktegruppe Städtische Allgemeinkosten, Beiträge an Dritte: Die Beiträge an die Entwicklungs- und Katastrophenhilfe im Ausland sollen um 50'000 Franken gekürzt werden. Die SVP hat beantragt den ganzen Beitrag zu streichen. Der CVP/EDU-Fraktion ist die humanitäre Tradition der Schweiz wichtig, deshalb soll auch Winterthur einen Solidaritätsbeitrag leisten. Selbst in diesem sensiblen Bereich muss die Stadt aufgrund der finanziellen Probleme Kürzungen vornehmen. Wenn man berücksichtigt, dass auch in den Vorjahren weniger bezahlt wurde, ist

eine Reduktion von 150'000 Franken auf 100'000 Franken vertretbar. Die CVP/EDU-Fraktion dankt für die Unterstützung des Antrags.

R. Kappeler (SP): Antrag 1: Kürzung des Globalkredits um 250'000 Franken bei den Druckkosten: Dieser Antrag ist abzulehnen, weil er komplett systemfremd ist. Die Drucksachen betreffen eine Kostenart, die in sämtlichen 47 Produktegruppen enthalten ist. Es gibt in der ganzen Stadtverwaltung niemand, der zuständig ist für „die Druckkosten der Stadt“. Das gibt es in keinem privatwirtschaftlichen Betrieb. Für jede Produktegruppe ist jemand verantwortlich für diese Kosten. Wenn man jetzt bei der Kostenart sparen will, ist das systemfremd. Inhaltlich muss man fragen, wo die 3 Millionen für Drucksachen vor allem anfallen. Primär handelt es sich um Abstimmungsunterlagen. Diese können kaum weggespart werden, weil ein gesetzlicher Auftrag besteht. Die Informationen können auch nicht einfach ins Internet gestellt werden. Vor einiger Zeit haben alle Bewohnerinnen und Bewohner von Winterthur den neuen Fahrplan von Stadtbus erhalten. Stadtbus hat die Freiheit, zu bestimmen, dass es aus Werbegründen sinnvoll ist, den Fahrplan zu verteilen. Aus verschiedenen Gründen steht dieser Kürzungsantrag quer in der Landschaft. Antrag 4: Die GLP/PP-Fraktion beantragt den Globalkredit um 1 Million zu kürzen, weil die Informatikkosten zu hoch sind. Dieser Antrag ist ebenfalls systemfremd. Allerdings gibt es eine Produktegruppe Informatikdienste (IDW). In dieser Produktegruppe sollen 1 Million weniger Ertrag und 1 Million weniger Aufwand budgetiert werden. Zum diesem Antrag wurde kein Rückkommensantrag gestellt, obwohl das notwendig wäre. Es handelt sich aber um einen pauschalen Kürzungsantrag. Es heisst einfach, dass 1 Million gekürzt werden soll, weil die Informatikkosten zu hoch seien. Diesen Antrag kann man diskutieren. Im Antrag steht aber, dass die Kostensteigerung für das Jahr 2015 gut ausgewiesen wurde. Trotzdem werden die Informatikkosten als generell zu hoch erachtet. In der Budgetdebatte für das Budget 2014 wurden die Informatikkosten um die ominösen 6,6331 % gekürzt. In der Aufsichtskommission wurde erklärt, dass die IDW den Benchmark der öffentlichen Verwaltungen pro Benutzer unterschreitet und damit alles andere als übermässig teuer ist. Dieser Antrag ist abzulehnen.

Antrag 5: Kürzung des Globalkredits um 2 Millionen. Massnahmen im laufenden Balance-Prozess sollen so rasch als möglich umgesetzt werden. Es gibt viele Gründe, die gegen diese Kürzung sprechen. Die Massnahmen von Balance sind ein Griff in den Giftschränk. Die Stadt muss massiv Leistungen abbauen. Wenn man schon Gift einsetzen will, soll das geplant und gut überlegt sein. Massnahmen vorziehen zu wollen, ist unrealistisch. Die Schliessung von ganzen Abteilungen zieht immer Personalmassnahmen nach sich. Die Stadt muss Personal entlassen. Die Kündigungsfristen betragen 3 bis 6 Monate. Die Fristen, die in Verträgen mit Dritten festgehalten sind, müssen ebenfalls eingehalten werden. Im Jahr 2015 können nicht einfach 2 Millionen gespart werden. Das ist auch nicht sinnvoll. Balance verlangt einen geordneten Prozess. Wenn der Stadtrat Massnahmen, die rasch umsetzbar sind, auswählt, wird letztendlich kaum am richtigen Ort gespart. Zudem können diese Massnahmen nicht im Rat diskutiert werden. Es wird zufällig das gestrichen, was sich anbietet. Einmal gestrichene Leistungen können kaum wieder eingeführt werden. Das Vorziehen von Balance-Massnahmen findet auf dem Buckel des Personals statt. Der Landbote hat zurecht geschrieben, dass es bei den Städtischen Allgemeynkosten vor allem um das städtische Personal geht. Die SP wünscht, dass das Personal in einen geordneten Prozess einbezogen wird. Die Mitarbeitenden sollen nicht durch Hauruck-Übungen zusätzlich belastet werden. Ursprünglich wurde in der Kommission eine Kürzung von 5 Millionen beantragt. Das hätte sich aber mit einem anderen Antrag gebissen. In der Folge wurde der Kürzungsantrag auf 2 Millionen reduziert. Aber die Kürzung in der Produktegruppe Stadtentwicklung wurde nicht mit dem vorliegenden Antrag koordiniert. Am letzten Montag hat der Gemeinderat den Globalkredit einer Produktegruppe bereits um 680'000 Franken gekürzt. Was ist das anderes als vorgezogene Balance-Massnahmen? Ehrlicherweise müssten diese Kürzung auf 1,32 Millionen reduziert werden, aufgrund der Kürzung vom letzten Montag. Der Antrag ist abzulehnen, weil er pauschal und unehrlich ist. Das Personal wird unnötig gestresst. Der Stadtrat geht in seiner Planung für die nächsten Jahre davon aus, dass Balance ein Prozess

ist. Er hat 2016 Einsparungen von knapp 10 Millionen und ein Jahr später von 30 Millionen geplant. Jetzt 2 Millionen vorziehen zu wollen, ist eine unseriöse Hauruck-Übung.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Das ist sicher der grösste Brocken, der heute eingespart werden soll. Deshalb dauert die Diskussion auch etwas länger. Antrag 1: Die Senkung der Kommunikations- sowie der internen und externen Druckkosten wurde von der GLP/PP-Fraktion beantragt. Der Betrag wurde auf 250'000 Franken gesenkt. Der ursprüngliche Antrag belief sich auf 1 Million. M. Wäckerlin ist der Meinung auch eine Million wäre machbar. Die reinen Materialkosten belaufen sich auf 4 Millionen. Die Abstimmungsunterlagen und die zwingend notwendigen Drucksachen können bezahlt werden, auch wenn man den Globalkredit um 1 Million kürzt. Der Punkt ist, dass man auf dem Weg in eine elektronische Gesellschaft ist. Nach und nach wird es immer weniger wichtig, dass die Schriftstücke auf Papier gedruckt werden. Vieles wird nur noch elektronisch vorliegen. Die Stadt ist in vielen Punkten noch nicht so weit. Es ist heute zum Beispiel nicht möglich, dass ein Bürger auf seinen Wunsch hin von der Stadt per E-Mail kontaktiert wird. Allein hier liegt ein riesiges Sparpotential. Die elektronische Steuerrechnung kann bei der PostFinance zwar angemeldet werden, trotzdem werden die Unterlagen auf Papier zugestellt. Auch hier ist ein nicht ausgeschöpftes Sparpotential vorhanden. Im Weiteren werden unnötige Broschüren gedruckt, entsprechende Informationen könnten auch auf einer Website veröffentlicht werden. Es gibt noch viele Beispiele. Der Busfahrplan ist ein typisches Beispiel. Die meisten Leute nutzen die elektronische Fahrplanauskunft, deshalb müssen die Fahrpläne nicht mehr breit gestreut werden. Das ist Geldverschwendung. Es ist die Aufgabe des Gemeinderates dort einzugreifen, wo Geld verschwendet wird, insbesondere in der aktuellen finanziellen Lage. Antrag 3: Kürzung des Globalkredits um 50'000 Franken durch die Einführung der elektronischen Personalakte: Die Stadt hat weitgehend die elektronische Personalakte eingeführt. Das Projekt wurde noch nicht zu 100 % umgesetzt aber zum grössten Teil. Mit dieser Änderung sind Zeit- und Effizienzgewinne verbunden. Die GLP/PP-Fraktion will nicht, dass man sich quasi etwas mehr Arbeit zuschanzt. Diese Gewinne sollen finanziell ausgewiesen werden. Antrag 4: Kürzung des Globalkredits um 1 Million; Reduktion der Informatikkosten: Das Grundproblem liegt darin, dass der Stadt ein griffiges Steuerungsinstrument für die Informatik fehlt. Das Problem will M. Wäckerlin angehen. Wenn alles gut läuft, wird dieses Steuerungsinstrument spätestens bis zur Budgetdebatte 2016 vorhanden sein. Es gibt andere Gemeinden, die das Problem lösen, indem sie nicht über einen Globalkredit abstimmen, sondern über die gesamten Einnahmen und Ausgaben. Das wäre ein Ansatz – ein anderer Ansatz ist die Steuerung über die Produktpreise. Antrag 5: Kürzung des Globalkredits um 2 Millionen durch die rasche Umsetzung von Balance-Massnahmen: Es ist klar, dass sich der Stadtrat nicht 2 Jahre lang Zeit nehmen kann.

Persönliche Meinung von M. Wäckerlin zur Reduktion der Auslandhilfe um 50'000 Franken: Es ist sehr schwierig sinnvolle Entwicklungshilfe zu leisten. Man sieht das seit Jahrzehnten. Es werden Milliarden in die Entwicklungshilfe gepumpt. Das Resultat ist mehr als fragwürdig. Es besteht die Gefahr, dass durch die Entwicklungshilfe in Ländern, in denen Korruption und Diktatur herrschen, die Diktatoren im Sattel gehalten werden. Hier nützliche Entwicklungshilfe zu leisten, ist enorm schwierig. Das liegt nicht in der Kompetenz einer Stadt. M. Wäckerlin ist der Meinung, man müsste diesen Kredit ganz streichen. Die Stadt leistet Entwicklungshilfe in Vietnam, indem sie ein Spital unterstützt. Das heisst, sie nimmt den kommunistischen Diktatoren von Vietnam Arbeit ab und entlastet ein Regime, das noch immer nicht demokratisch ist. Damit können sich diese Diktatoren auf anderes konzentrieren – zum Beispiel auf die eigene BMW Kolonne. Entwicklungshilfe ist sicher sinnvoll, wenn sie richtig gemacht wird. Es ist aber enorm schwer, das richtig zu machen. Die Stadt ist nicht die richtige Stelle dafür. Das müsste, wenn schon, auf Bundesebene koordiniert werden. Aus diesem Grund wird M. Wäckerlin den Kürzungsantrag von 50'000 Franken unterstützen – entgegen der Fraktionsmeinung.

A. Steiner (GLP/PP): R. Kappeler hat erklärt, dass Balance ein Griff in den Giftschränk sei. Nachhaltige Massnahmen sollen demnach ein Griff in den Giftschränk sein – diese Ansicht

ist speziell. Jeder Schüler und jede Schülerin lernt, dass man nicht mehr Geld ausgeben kann als vorhanden ist. Balance ist dafür gedacht. Die Stadt muss die Finanzen in den Griff bekommen. Die Ausgaben dürfen die Einnahmen nicht mehr übersteigen – völlig unabhängig davon wer schuld sein soll. Letztendlich muss dieses Ziel erreicht werden. Antrag 5: Kürzung des Globalkredits um 2 Millionen durch die Umsetzung von vorgezogenen Balance-Massnahmen. Der Stadtrat hat das Ziel in den nächsten 3 Jahren mit Balance 40 Millionen zu sparen. Die GLP/PP-Fraktion ist der Meinung, dass erste Massnahmen bereits im Jahr 2015 angegangen werden müssen. Damit müsste es möglich sein, Kosten zu sparen. Ursprünglich hat die GLP/PP-Fraktion 5 Millionen Einsparungen beantragt. Dieser Antrag deckt sich aber teilweise mit dem Antrag der FDP, die beantragt, die Personalkosten zu reduzieren. Antrag 2: Kürzung des Globalkredits um 3 Millionen, Senkung der Personalkosten: Diese Kürzung soll in einem allgemeinen Posten „Fluktuations- und Rotationsgewinne“ eingesetzt werden. Zudem sollen punktuell Stellen nicht wieder besetzt werden. Im Rahmen von Balance wird sich abzeichnen, wo Abstriche gemacht werden müssen. Deshalb muss jede Stelle, die frei wird, genau überprüft werden. Es muss geklärt werden, ob eine freiwerdende Stelle später besetzt werden kann und ob Leistungen reduziert werden können. Die Stadt muss prüfen, wo eine Reduktion des Personalbestandes verantwortet werden kann. Antrag 6: Kürzung des Globalkredits um 120'000 Franken: In den letzten 3 Jahren haben die Mehr- und Überstunden der Kadermitglieder stark zugenommen. Eigentlich ist es nicht üblich, dass Kadermitgliedern Überstunden ausgezahlt werden. Die Entwicklung dieser Mehr- und Überstunden konnte aufgezeigt werden. So viele zusätzliche Überstunden sind problematisch. Die Stadt muss dieses Problem angehen, auch wenn das zurzeit schwierig ist. Die GLP/PP-Fraktion will das in den Griff bekommen. Deshalb beantragt sie diese moderate Kürzung um 120'000 Franken.

K. Bopp (SP): Antrag 2: Kürzung des Globalkredits um 3 Millionen – Senkung der Personalkosten dank Fluktuations- und Rotationsgewinnen, sowie Nichtbesetzung von Stellen: Bereits in der Eintretensdebatte hat K. Bopp erwähnt, das erneut das Personal betroffen ist. Die SP unterstützt keine weiteren Massnahmen, die das Personal treffen. Bereits im Rahmen der vergangenen Sparmassnahmen mussten die städtischen Mitarbeitenden einen grossen Beitrag leisten. Ursprünglich wollte man durch einen Einstellungsstopp für die Zeit von 4 Monaten noch mehr einsparen. Der Stadtrat konnte erreichen, dass diese Forderung aufgeweicht wurde. Es wird nicht mehr genau gesagt, wie die Einsparungen erreicht werden sollen, das heisst die Rotations- und Fluktuationsgewinne werden zusätzlich erwähnt. K. Bopp versteht beide Seiten nicht ganz. Der Stadtrat übernimmt Verantwortung für etwas, das er ursprünglich nicht wollte. Er hat auch keinen Plan wie das Ziel erreicht werden soll. Der Gemeinderat kauft dadurch eine Katze im Sack. Die beiden Massnahmen – Einstellungsstopp und Fluktuations- und Rotationsgewinn – belasten das bereits belastete Personal zusätzlich stark. Wird eine neue Stelle eine gewisse Zeit nicht besetzt, fallen die Arbeiten nicht weg, sondern müssen vom verbleibenden Personal erledigt werden – und das bei bereits deutlich verschlechterten Arbeitsbedingungen. Zudem ist mit einem Verlust von Know-how zu rechnen. Wenn mehr Fluktuations- und Rotationsgewinne eingefahren werden müssen, ist die Stadt gezwungen eher junge und unerfahrene Mitarbeitende einzusetzen. Das ist auf der einen Seite gesellschaftlich fragwürdig und auf der anderen Seite eine zusätzliche Belastung für die bisherigen Mitarbeitenden. Die Neuen werden weniger leisten können und müssen aufwändig eingearbeitet werden. Die Kombination dieser Massnahmen ist verheerend, wenn man bedenkt, dass ältere Mitarbeitende mit viel Erfahrung eine Stelle verlassen und daraufhin ein Einstellungsstopp folgt. Nicht zuletzt ist dieser Antrag unehrlich, weil der angestrebte Betrag willkürlich ist. Zuerst wollte man aufgrund einer mangelhaften Berechnung einen Betrag von 5,2 Millionen einsparen. Danach wurde im Zusammenhang mit dem Antrag zu den Balance-Massnahmen entschieden, dass die Kürzung auf 3 Millionen reduziert werden soll, sodass beide Anträge zusammen 5 Millionen betragen. Immerhin hat man erkannt, dass mit beiden Anträgen die gleichen Werte eingespart werden. Trotzdem bleibt die Zahl willkürlich. Es ist offensichtlich nie darum gegangen, das Sparpotential zu prüfen, sondern darum, die 5 Millionen einzusparen, damit das bürgerliche Wunschbudget ohne Steuererhöhung möglich wird.

Mehrfacheinsparungen hat K. Bopp bereits am letzten Montag erwähnt. Die Quartierentwicklung hat der Gemeinderat mehr oder weniger abgeschafft, trotzdem sollen jetzt Fluktuations- und Rotationsgewinne der Quartierentwicklung eingespart werden. Das sind gute Gründe, um diesen Antrag abzulehnen.

M. Sorgo (SP): Antrag CVP, Kürzung des Globalkredits um 50'000 Franken, Reduktion der Auslandhilfe: Die SP geht davon aus, dass die Stadt auch gegen aussen weiterhin eine soziale Verantwortung übernehmen soll, auch wenn es ihr finanziell schlecht geht. Mit dem Betrag von 150'000 Franken kann die Stadt Winterthur, gemeinsam mit anderen Städten, in der Entwicklungs- und Katastrophenhilfe Menschen und Länder unterstützen, denen es um einiges schlechter geht, als es Winterthur auch in der grössten Finanzmisere je gehen wird. Daneben hat die Stadt die Möglichkeit mit anderen Städten ein Netzwerk zu pflegen, weil diese Hilfe im Rahmen einer Städtepartnerschaft erfolgt. Es ist fraglich, ob das nach dieser Kürzung noch möglich ist. Winterthur hat sich einem Städteverbund angeschlossen, damit das Geld nicht genutzt werden kann, um Diktatoren zu unterstützen. Das Geld wird sinnvoll eingesetzt und kommt dort an wo es ankommen soll. Die SP lehnt die Kürzung dieses Beitrags ab. Antrag 3: Kürzung des Globalkredits um 50'000 Franken. Die elektronische Personalakte ist nicht aus Spargründen eingeführt worden, sondern damit die Personalverantwortlichen entlastet werden. Man kann nicht jede Entlastung und jeden Effizienzgewinn zum Anlass nehmen, um den Globalkredit zu kürzen. Die Mitarbeitenden sind auch noch mit anderen Massnahmen beschäftigt, zum Beispiel mit der Umsetzung von Balance. Die Einführung der elektronischen Personalakte ist zudem noch nicht abgeschlossen und Neuerungen benötigen zu Beginn jeweils mehr Ressourcen. Gerade im nächsten Jahr sind Sparmassnahmen schwierig umzusetzen. Dieser Sparantrag gehört damit eher in die Sparte „sparen auf dem Papier“. M. Sorgo bittet die Ratsmitglieder ehrlich zu den Wählerinnen und Wählern zu sein und den Angestellten die Möglichkeit zu geben, sich um die wichtigen Probleme dieser Stadt zu kümmern. Die SP lehnt diesen Antrag ab.

Antrag 6: Das Budget für Mehr- und Überstunden von Kadermitgliedern soll um 120'000 Franken gekürzt werden. Vom Kader wird, wie von allen anderen Angestellten der Stadt, verlangt, dass sie mit immer weniger Personal immer mehr leisten und das in kürzerer Zeit. Anstatt dem Kader wenigstens einen kleinen Schritt entgegenzukommen, sollen die Mitarbeitenden im nächsten Jahr die Überstunden reduzieren. Gerade im Jahr 2015 kommen viele grundlegende Änderungen auf die Mitarbeitenden zu. Wie soll das Kader Überzeit reduzieren, wenn die Mitarbeitenden noch immer mit der Umsetzung von «effort14+» beschäftigt sind, wenn sie im Projekt Balance aktiv mitarbeiten und die notwendigen Massnahmen sauber aufgleisen und mittragen sollen? Wie sollen die Mitarbeitenden des Kadere den voraussichtlich anstehenden Stellenabbau durch Balance mittragen, ohne Überzeit zu machen? Die Fluktuation ist auch beim mittleren Kader gross. Wie soll der Zeitaufwand für die Einarbeitung kompensiert werden? Auch andere Sparanträge, die jetzt im Gemeinderat diskutiert werden, werden die Kadermitarbeitenden zusätzlich belasten. Zudem müssen die Überstunden vom zuständigen Stadtrat oder der zuständigen Stadträtin gutgeheissen werden. Die Kadermitarbeitenden können nicht beliebig Überzeit geltend machen. Eine mögliche Praxisänderung in Bezug auf Über- und Mehrzeiten des Kadere kann man diskutieren. In der Privatwirtschaft gelten andere Regelungen aber dort verdienen die Kadermitarbeitenden mehr oder es gibt Möglichkeiten die Überzeit zu kompensieren. Eine Änderung muss sauber aufgegleist werden und kann nicht in der Budgetdebatte ad hoc eingeführt werden. Mit Balance soll eine langfristige Finanzstrategie umgesetzt werden. M. Sorgo bittet die Ratsmitglieder, diese Strategie nicht mit Sparanträgen zu torpedieren. Die SP lehnt diesen Antrag ab. Das Personal wurde in der Debatte immer wieder erwähnt. Die Mitarbeitenden der Stadt tragen bereits sehr viel zur Sanierung der Finanzen bei und beschweren sich höchst selten. Sie verzichten 2015 erneut auf individuelle Lohnerhöhungen. Das sind 7 Millionen, auf die das Personal verzichtet. Daneben müssen die Mitarbeitenden einen Beitrag an die Sanierung der Pensionskasse leisten. Weitere Einschnitte werden folgen, wenn die Sanierungsmassnahmen umgesetzt werden. Die städtischen Mitarbeitenden verdienen 2015 weniger als sie noch

vor einigen Jahren verdient haben. M. Sorgo bittet die Ratsmitglieder, das zu berücksichtigen.

D. Berger (Grüne/AL): Mit der wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV) erhalten die verschiedenen Produktgruppen mehr Freiheiten. Wenn die Ratsmitglieder das ändern wollen, müssen sie entweder zurück zum alten Budget, damit der Gemeinderat über Details diskutieren kann oder sie müssen sich bei der Stadt bewerben, dann können sie über einzelne Ausgaben mitdiskutieren. Das wäre der bessere Ort, als das Parlament. Das erklärt auch warum die Grüne/AL-Fraktion den Antrag 1 ablehnt, die Kürzung des Globalkredits um 250'000 Franken. Dieser Betrag soll bei den Druckkosten eingespart werden. Der Fahrplan in Papierform ist zum Beispiel wichtig. Der Vorschlag, den Fahrplan nicht mehr zu verteilen, zeigt die Geisteshaltung. Wenn man findet, das braucht es nicht mehr, muss man sich überlegen, ob man nicht bereits zu weit in der Zukunft ist. Im Jahr 2015 braucht es diesen Fahrplan noch – trotz Elektronik. Antrag 4: Kürzung des Globalkredits um 1 Million. Dieser Betrag soll bei den Informatikkosten eingespart werden. Was in der Budgetdebatte nie bewiesen werden konnte, ist, dass die Informatik in Winterthur viel zu teuer ist. Die Kennzahlen zeigen, dass das nicht der Fall. Die Kosten sind nicht so hoch. Die elektronische Gesellschaft ist bereits eine Tatsache. Es ist absurd, wenn man kritisiert, dass die Informatik immer mehr Geld kostet und gleichzeitig damit argumentiert, dass wir in einer digitalen Gesellschaft leben. Man muss sich entscheiden. Die Informatikkosten steigen zwar tatsächlich. Die Informatik wird aber auch ständig ausgebaut. Geld sparen mit Informatik hat noch nie funktioniert. Das ist ein Trugschluss und geht in keiner Firma. Mit Informatik geht alles viel schneller – alle anderen werden aber ebenfalls schneller. Das ist die Konsequenz. Man kann sich entscheiden, ob man mitmachen will oder nicht. Antrag 5: Kürzung des Globalkredits um 2 Millionen, Umsetzung von Balance-Massnahmen: Das ist ein Lieblingsantrag von D. Berger. Damit wird dem Stadtrat unterstellt, dass er bereits weiss, wo Geld eingespart werden kann, die entsprechenden Massnahmen aber nicht umsetzen will. Das ist eine seltsame Vorstellung. Wenn der Stadtrat eine Chance sieht im Rahmen von Balance zu sparen, wird er das umsetzen. Antrag 6: Kürzung des Globalkredits um 120'000 Franken, Mehr- und Überstunden von Kadermitgliedern: Diesen Antrag wird die Grüne/AL-Fraktion unterstützen. Es ist eine schlechte Tendenz, wenn immer mehr Geld ausgegeben wird für Überstunden im Kaderbereich. In der Privatwirtschaft ist es Usus, dass Überstunden nicht abgegolten werden. Es stimmt, dass bei der Stadt nicht die gleichen Möglichkeiten bestehen wie in der Privatwirtschaft, trotzdem sind diese Einsparungen legitim.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Antrag 1: Kürzung des Globalkredits um 250'000 Franken betreffend Druckkosten: Es gibt keine Produktgruppen, die Druckkosten heisst. Auch im Schlussteil gibt es keine Position Druckkosten. Deshalb hat der Gemeinderat dazu nichts zu sagen. Es ist letztlich die Angelegenheit der Verwaltung auf was sie verzichten will. Ch. Griesser hat ein gewisses Verständnis für die GLP/PP-Fraktion. Die Anfrage betreffend Druckkosten wurde lediglich rudimentär beantwortet. Aber damit hat es sich aber mit den Gemeinsamkeiten. Würde die Stadt vollständig auf den elektronischen Verkehr mit den Bürgern umstellen, würden höhere Informatikkosten anfallen. Darüber würde sich die GLP/PP-Fraktion erneut wundern. Man kann diesen Vorstoss ernst nehmen und zum Beispiel die Abstimmungszeitung entschlacken, wenn über die Initiative der GLP, Arbeiten und Wohnen in Winterthur, abgestimmt wird. Man könnte die Berichterstattung auf 140 Zeichen reduzieren. Das ist ein gängiges Format. Antrag 2: Kürzung des Globalkredits um 3 Millionen, Senkung der Personalkosten: Dieser Antrag ist unklar. Zuerst wurde ein temporärer Personalstopp beantragt. Jeder Bereich, der von einem Abgang betroffen ist, benötigt Zeit, damit neue Mitarbeitende eingearbeitet werden können. Man hat die Kürzung ausgeweitet auf Fluktuations- Rotationsgewinne. Der Stadtrat macht immer wieder gelten, dass es praktisch keine Fluktuationsgewinne gibt. Antrag 3: Kürzung des Globalkredits aufgrund der Einführung der elektronischen Personalakte: Das Erfassen der Personaldossiers, ob elektronisch oder auf Papier, benötigt gleich viel Zeit. Eine Aufwandreduktion entsteht dadurch, dass kein Transport durch die interne Post mehr notwendig ist. Durch Fokus reduziert sich diese Zeit ebenfalls. Der Vorteil

einer elektronischen Personalakte besteht einzig darin, dass das Dossier jederzeit vollständig ist und damit Fehler vermieden werden können. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt diesen Antrag ab. Antrag 4: Kürzung des Globalkredits um 1 Million, Einsparung bei den Informatikkosten: Die GLP/PP-Fraktion verkündet seit ihrer Gründung, dass diese Kosten zu hoch seien. Allerdings wurde bis heute der Nachweis für diese Darstellung nicht erbracht. Man könnte einen Vergleich mit anderen Städten anstellen und die Kosten pro PC-Arbeitsplatz und Bevölkerungszahl vergleichen, auch ein Vergleich mit Unternehmen in der Privatwirtschaft könnte informativ sein. Das alles liegt im luftleeren Raum. Dem gegenüber waren der Stadtrat und die Informatikdienste Winterthur nicht untätig. Laut einem Benchmark aus dem Jahr 2012 sind die Kosten der IDW im Vergleich eher tief. Die Grüne/AL-Fraktion ist nicht dagegen, dass den IDW auf die Finger geschaut wird. Die Kosten sind tatsächlich hoch. Aber dass sie zu hoch sind, konnte nicht nachgewiesen werden.

Antrag 5: Kürzung des Globalkredits um 2 Millionen, Umsetzung von Balance-Massnahmen: Es gilt zu berücksichtigen, dass Balance Anfang 2015 präsentiert werden soll, auch wenn bereits einige Informationen vorhanden sind. Anfang 2015 kann der Stadtrat aber nicht einfach Leistungen streichen oder auslagern. Er will die Vorschläge dem Gemeinderat unterbreiten. Für jede Massnahme müssen die Kompetenzen geklärt werden – liegen sie beim Stadtrat, beim Gemeinderat oder beim Volk. So schnell und geräuschlos wird das nicht über die Bühne gehen. Der Stadtrat sagt, dass Balance erst 2018 voll greifen wird. Der Grund ist klar 35 % des städtischen Aufwands sind Personalkosten. Bis entsprechend Personal abgebaut ist, benötigt der Stadtrat Zeit. Der Gemeinderat könnte jetzt vorgehen und sofort entscheiden, dass zum Beispiel zwei Museen und zwei Freibäder geschlossen werden und dem Personal gekündigt wird. Die Stadt müsste dann den Lohn bis zum Ende der Kündigungsfrist weiter bezahlen – eventuell auch eine Entschädigung. Letztendlich könnten der Gemeinderat oder das Volk dem Stadtrat einen Strich durch die Rechnung machen, dann hat die Stadt doppelt verloren. Die Stadt müsste erneut Personal anstellen. Ch. Griesser weiss nicht warum dieser Antrag gestellt wird. Er kann sich einzig vorstellen, dass man hofft, dass der Stadtrat mit Balance Schiffbruch erleidet. Antrag 6: Kürzung des Globalkredits um 120'000 Franken. Das Budget für Mehr- und Überstunden von Kadermitgliedern soll mit diesem Antrag gekürzt werden. Man muss sich aber fragen, wodurch diese Überzeiten verursacht werden. Die Antwort ist klar – Fokus, Balance, «effort14+». Jetzt muss man abwarten bis diese Projekte abgeschlossen sind. Danach werden sich die Über- und Mehrzeiten reduzieren. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt diesen Antrag ab.

D. Hofstetter (Grüne/AL): Antrag der CVP-Fraktion, Kürzung des Globalkredits um 50'000 Franken, Reduktion der Auslandshilfe: In der Begründung steht, in diesem sensiblen Bereich sei eine moderate Kürzung vertretbar. Eine Kürzung des Budgets um einen Drittel, von 150'000 Franken auf 100'000 Franken, ist nicht moderat, sondern substantiell. D. Hofstetter hat Winterthur mit anderen Städten in Bezug auf die Entwicklungs- und Katastrophenhilfe im Ausland verglichen. Die Eidgenössische Finanzverwaltung hat dazu für 2010 Zahlen veröffentlicht. Darin werden die Beiträge in Promille der jeweiligen Budgets aufgelistet. An erster Stelle steht die Stadt Genf, 2010 betragen die Ausgaben 4,66 ‰ des Budgets. Die Stadt Zürich hat 0,68 ‰ ausgegeben, Basel 0,63 ‰, St. Gallen 0,54 ‰, Lausanne 0,33 ‰, Bern 0,27 ‰. Winterthur hat 2010 mit 150'000 Franken 0,2 ‰ des Budgets ausgegeben. Damit ist Winterthur das Schlusslicht. Die Stadt unterstützt Projekten in sehr armen Gegenden. Drei von vier Personen haben in diesen Gegenden weniger als Fr. 1.25 pro Tag zur Verfügung. Es handelt sich um Projekte in den Bereichen medizinische Versorgung, Landwirtschaft, Bildung, Gewerbeförderung etc. Die Städte St. Gallen, Schaffhausen und Winterthur wählen die Projekte aus. D. Hofstetter fühlt sich kompetent diese Projekte zu kommentieren, weil sie im Rahmen eines Projekts bereits drei Mal als Narkoseärztin in Ostafrika war. Es wurden vor allem Frauen operiert. Eine Operation hat ca. 300 Franken gekostet. Die Frauen hatten grosse Probleme aufgrund schwerer Geburtsverletzungen. Nach der Operation waren diese Frauen geheilt. D. Hofstetter hat gesehen, wohin das Geld geflossen ist. Es wurden keine Staatskarossen damit bezahlt. Viele kleine Projekte von Hilfswerken werden gut kontrolliert. Die Stadt Zürich gibt 2,01 Millionen für die Auslandshilfe aus. Vor drei Wochen hat das Par-

lament in Zürich beschlossen, dass zusätzlich 100'000 Franken für die Flüchtlinge aus Syrien ausgegeben werden sollen. Winterthur ist mit 150'000 Franken bereits das Schlusslicht von allen grösseren Schweizer Städten in Sachen Entwicklungshilfe. Wenn dieser Antrag unterstützt wird, fällt die Stadt noch weiter ab. Spenden ist mehr als Geld geben, spenden heisst hinschauen und sich kümmern. Das ist wichtig. Hier geht es um die Ärmsten der Armen weltweit. Ganz im Sinne von jeder Rappen zählt, sind 50'000 Franken viel Geld. Die Grüne/AL-Fraktion bittet die Ratsmitglieder, diesen Antrag der CVP abzulehnen.

U. Hofer (FDP) will sein Votum vereinfachen und nur zu den Anträgen sprechen, hinter denen die FDP steht. Den übrigen Anträgen kann er sich weitgehend anschliessen und teilt die Argumente der Antragsstellenden. Antrag 2: Kürzung des Globalkredits um 3 Millionen, Senkung der Personalkosten dank Fluktuations- und Rotationsgewinnen, sowie Nichtbesetzung von Stellen. Der Antrag, einen Einstellungsstopp zu verfügen, wurde von der FDP eingebracht und stellt ein Art Gegenvorschlag für eine globale Lohnkürzung dar, die der Stadtrat vorgeschlagen hat. Balance und dieser Vorschlag der FDP haben ein gemeinsames Ziel – längerfristig sollen die Personalkosten gesenkt werden. Das bedingt aber auch einen Verzicht auf gewisse Leistungen, vielleicht muss auch eine Qualitätseinbusse in Kauf genommen werden. Zudem muss die Effizienz gesteigert werden, und es braucht eine Anpassung der bestehenden Prozesse. Der Stadtrat plant im Rahmen von Balance eine Auslegeordnung und will dann entscheiden, wo gespart wird. Ein Einstellungsstopp ist ein fortlaufender Prozess unter Zwang. Man muss sich jedes Mal, wenn jemand aus der Verwaltung ausscheidet, überlegen, ob diese Leistungen anderweitig erbracht werden kann. Wenn die Stadt auf diese Leistung nicht verzichten kann, muss geprüft werden, wo gekürzt werden kann, damit die notwendigen Leistungen erbracht werden können. Das ist vergleichbar mit den Fesseln, die von der Finanzstrategie auferlegt werden sollen – ein Investitionsstopp oder einen Plafond. Das bedingt, dass nicht alle Wünsche erfüllt werden können. Es braucht Prioritäten. Auch hier wird mit Zwang gearbeitet. Der Einstellungsstopp ist keine Erfindung der FDP, sondern ist in der Privatwirtschaft weit verbreitet. Die ZKB hat zum Beispiel über ein halbes Jahr einen Einstellungsstopp verfügt. Innerhalb eines halben Jahres konnten 130 Vollzeitstellen gestrichen werden. Die Stadt muss zwingende hoheitliche Aufgaben erbringen, das stimmt nur teilweise. Ein Friedensrichter, der weggeht, muss natürlich ersetzt werden. In der Privatwirtschaft ist ein Team oft nicht ersetzbar, unter Zwang findet man in der Regel trotzdem einen Weg. Das Instrument ist zwar unbeliebt, wird aber vielfach mit Erfolg angewendet. Die FDP hat im Rahmen einer konstruktiven Mitarbeit die Bedenken des Stadtrates entgegengenommen. In zweifacher Hinsicht wurde der Antrag angepasst. Die Kürzung wurde von 5,2 Millionen auf 3 Millionen reduziert. Damit nimmt die FDP Rücksicht auf den Antrag der GLP. Gesamthaft sollen im Jahr 2015 Einsparungen von 5 Millionen erreicht werden. Das entspricht 10 % der geplanten Einsparungen, die mit Balance erreicht werden sollen. Die FDP gibt kein Instrument und keine konkreten Fristen vor. Dadurch spricht sie dem Stadtrat das Vertrauen aus. Umso mehr erwartet die FDP Selbstdisziplin. Der Stadtrat hat sich die entsprechenden Ziele selber gesetzt, jetzt soll mit einem gewissen zeitlichen Druck ein Teil dieser Einsparungen im Jahr 2015 erreicht werden.

Ch. Ingold (EVP/BDP): Antrag 1: Kürzung des Globalkredits um 250'000 Franken, Einsparungen bei den Druckkosten: Der ursprüngliche Antrag der GLP wurde reduziert. Es ist wichtig, dass der Antrag nicht nur als Sparvorgabe aufgefasst wird. Es geht auch darum, einen Haltungswechsel anzuregen. 98 % der Leute in der Schweiz besitzen ein Mobiltelefon oder ein Smartphone und viele besitzen zusätzlich ein Tablet oder einen Laptop. Ch. Ingold regt an, die Geräte auch zu benutzen, damit die Papierprodukte reduziert werden können. Man muss den Leuten ein wenig Druck machen, ansonsten passiert nichts. Ch. Ingold sieht diesen Antrag nicht nur als Sparmassnahme, sondern auch als Anregung zu einem Haltungswechsel. Antrag der CVP, Kürzung der Auslandhilfe: Die EVP/BDP-Fraktion beruft sich auf die Solidarität. Auch wenn die Stadt nicht viel Geld hat, will die Fraktion an der Auslandhilfe festhalten und lehnt diesen Antrag ab. Antrag 2: Kürzung des Globalkredits um 3 Millionen, Senkung der Personalkosten: Zu Beginn ist die EVP/BDP-Fraktion dem Antrag der FDP mit

Kritik begegnet. Nach den Diskussionen und nach der Versicherung des Stadtrates, dass diese Einsparung ohne Kahlschlag umgesetzt werden kann, hat die Fraktion Vertrauen gefasst und unterstützt diesen Antrag. Antrag 5: Kürzung des Globalkredits um 2 Millionen, vorgezogene Balance-Massnahmen: Ch. Ingold ist sicher, dass das hochgesteckte Ziel so nicht erreicht werden kann. Dennoch will die EVP/BDP-Fraktion diese Anregung unterstützen. Die Massnahmen, die möglich sind, sollen bereits früh gestartet werden. Vorziehen macht zwar wenig Sinn, Balance soll aber so früh wie möglich gestartet werden. Ch. Ingold bezweifelt nicht, dass der Stadtrat mögliche Massnahmen bereits 2015 startet wird. Hier kann das Parlament etwas Dampf aufsetzen. Antrag 6: keine Auszahlung von Über- und Mehrstunden an Kadermitglieder: Das ist ein toxisches Signal aus dem Gemeinderat. Die Leute, die jetzt so viel Arbeit haben, sollen bei der Stadt bleiben. Sie verfügen über die notwendige Erfahrung. Wenn Überstunden nicht ausgezahlt werden, ist das ein falsches Signal und schadet der Motivation.

M. Zehnder (GLP/PP): Antrag 4: Kürzung des Globalkredits um 1 Million, Informatikkosten senken: In der Kommission hat M. Zehnder einen Kürzungsantrag zur Produktegruppe Berufsbildung gestellt. Die notwendigen Zahlen, die D. Berger heute gewünscht hat, haben aber noch gefehlt. Diese Zahlen hat M. Zehnder leider erst sehr spät erhalten. Sie liegen aber jetzt vor. Mit den finanziellen Mitteln, die die Produktegruppe Berufsbildung den IDW bezahlt, kann man locker das Dreifache an Hardware betreiben. Die Zahlen, die M. Zehnder erhalten hat, sind von einer anderen Schule. Dort werden 800 PCs betrieben, nicht nur 270. Auch die Anzahl Accounts, die gewartet werden muss, ist mit 4'000 anstelle von 1'000 viel höher – für das gleiche Geld. Das ist ein Indiz dafür, dass bei den IDW die Kosten reduziert werden können. Vielleicht kann man die Zahlen nicht eins zu eins vergleichen. Wenn die Ausgaben vier Mal höher sind, kann nicht unbedingt das Vierfache an Accounts betrieben werden, weil auch noch Server und andere Infrastrukturen vorhanden sind. Mit diesen Zahlen kann M. Zehnder aber aufzeigen, dass die Kosten, die von den IDW für die Schulen verrechnet werden, massiv zu hoch sind. M. Zehnder bittet die Ratsmitglieder, den Antrag zu unterstützen, damit die Kosten für die IDW reduziert werden können.

R. Diener (Grüne/AL): Antrag 2, Kürzung des Globalkredits um 3 Millionen, Senkung der Personalkosten dank Fluktuations- und Rotationsgewinnen sowie Nichtbesetzung von Stellen: R. Diener möchte wissen, ob die FDP und die bürgerliche Seite den Stadtrat für blöd halten. Der Stadtrat weiss von sich aus sehr genau, dass er diese Art des Gewinns realisieren und umsetzen muss und zwar jederzeit. Es ist bekannt, dass diese Massnahmen bereits im letzten Sparpaket enthalten waren und dass sie laufend umgesetzt werden. Damit sind im Jahr 2015 keine zusätzlichen Einsparungen möglich. Das Anliegen läuft deshalb ins Leere und ist lediglich warme Luft. Man könnte das auch als Lohndrückerei bezeichnen. Mit diesem Antrag wird verlangt, dass die Löhne immer weiter gedrückt werden, wenn Stellen neu besetzt werden. Die Stadt muss aber Qualitätskriterien beachten und gewisse Leistungen erbringen, das wird völlig vergessen. Mit dieser Kürzung ist zudem ein Einstellungsstopp verbunden, das wird zu einem Personalabbau führen. Alles andere ist warme Luft. Ursprünglich wurde gefordert, dass ein halbes Jahr lang keine Stellen mehr besetzt werden sollen. Von dieser Forderung ist die FDP etwas abgewichen. Jetzt wird eine Variante vorgelegt, die in Zusammenarbeit mit dem Stadtrat entstanden ist – den Grund für dieses Einlenken kann sich R. Diener nicht erklären. Der Antrag ist deshalb abzulehnen. Er verknüpft zwei unhaltbare Forderungen. Vom Stadtrat wird verlangt, dass er den Stellenabbau umsetzt ohne zu deklarieren, welche Leistungen abgebaut werden sollen, obwohl diese Deklaration in der Verantwortung des Gemeinderates liegt. Stellenabbau hat einen Leistungsabbau zur Folge. Mit diesem Antrag wird die Verantwortung auf die Behörden abgeschoben. Das entzieht dem Gemeinderat die Verantwortung, beziehungsweise sie wird nicht wahrgenommen. Antrag 5: Die geforderte Kürzung des Globalkredits um 2 Millionen durch eine sofortige Umsetzung von Balance-Massnahmen, ist warme Luft. Dieser Ballon wird bereits morgen platzen. Welche Massnahmen sollen ergriffen werden? Welche Leistungen sollen abgebaut werden? Hier wiederholt sich die Thematik. Es liegt in der Verantwortung des Gemeinderates, zu sagen

welche Leistungen gestrichen werden sollen. Dazu müssen die Ratsmitglieder stehen. Der Stadtrat soll erneut den Leistungsabbau bestimmen. Diese Kürzungen sind aber weder im Budget noch im Novemberbrief zu finden. Einmal mehr werden die Verwaltung und der Stadtrat für blöd gehalten und es wird unterstellt, dass mögliche Sparmassnahmen nicht umgesetzt werden. Der Stadtrat hat diese Sparmassnahmen nicht beantragt, weil sie im Jahr 2015 nicht umsetzbar sind. Das kann auch dieser Antrag nicht ändern. R. Diener hat ausser Allgemeinplätzen keine konkreten Hinweise gehört, wo die 3 Millionen Personalkosten und die 2 Millionen Balance-Massnahmen eingespart werden können. Das ist verantwortungslos. Der Gemeinderat muss sagen, wo gespart werden soll. Er kann nicht einfach das Budget kürzen. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt die Anträge ab.

Stadträtin Y. Beutler: Antrag 1, Kürzung des Globalkredits um 250'000 Franken, Einsparungen bei den Druckkosten. Diese Debatte wurde bereits letztes Jahr geführt. Damals hat der Gemeinderat pauschale Kürzungen beschlossen. Das ist ein Klassiker. Der Stadtrat konnte jeweils erklären, was er von diesen Kürzungsanträgen hält. Es wurde gesagt, dass der Stadtrat zum Sparen angeregt werden soll. Mit dem Budget werden keine Anregungen beschlossen, sondern konkrete Zahlen. Stadträtin Y. Beutler kann den betroffenen Bereichen nicht erklären, dass die vom Gemeinderat beschlossenen Kürzungen als Anregung zu verstehen sind. Der Globalkredit wird konkret gekürzt. Das ist eine Tatsache. Soviel zum Thema Anregungen, Zeichen setzen oder wie auch immer. Die Digitalisierung ist eines von mehreren Informatikprojekten, die für das Jahr 2015 geplant sind. Die Kürzung des Globalkredits um 1 Million bei den IDW wird Auswirkungen haben. Stadträtin Y. Beutler bittet die Ratsmitglieder, den Antrag abzulehnen. Die Kürzung bei den Druckkosten könnte nur global bei den Sachkosten umgesetzt werden. Das wäre problematisch, weil nicht mehr so hohe Sachkosten anfallen. Es ist daher unklar, wie die Einsparungen erreicht werden können. Bei den Druckkosten an sich kann diese Summe nicht eingespart werden. Die Stadträtin dankt für die Kenntnisnahme zuhanden des Protokolls.

Stadtpräsident M. Künzle: Antrag CVP, Auslandhilfe, Reduktion um 50'000 Franken: Winterthur pflegt seit langem eine humanitäre Tradition. Stadtpräsident M. Künzle erinnert an das Beispiel Hall im Tirol, heutige Partnerstadt von Winterthur. Das ist ein leuchtendes Beispiel. Die Stadt Winterthur hat humanitäre Hilfe geleistet – nach heftigen Diskussionen im Rat. Der Stadtrat prüft gemeinsam mit St. Gallen und Schaffhausen welche Projekte im Rahmen der Ausland- und Inlandhilfe unterstützt werden können. Die Stadt steuert 108'000 Franken für die Auslandhilfe bei und für die Inlandhilfe 36'000 Franken. Dadurch, dass die Städte Winterthur, St. Gallen und Schaffhausen ihre Mittel zusammenlegen, können gute Projekte namhaft unterstützt werden. Stadtpräsident M. Künzle kann versichern, dass die Projekte, die von Winterthur unterstützt werden, seriös sind. Sie werden von Mitarbeitenden der entsprechenden Projekte vor Ort überprüft. Die Stadt erhält zudem Rückmeldungen über den Erfolg. Stadtpräsident M. Künzle möchte beliebt machen, die gute Zusammenarbeit von St. Gallen, Schaffhausen und Winterthur nicht zu torpedieren. Einmal pro Jahr findet ein Treffen statt. Dabei wird nicht nur über Inland- und Auslandhilfe gesprochen, sondern auch über anderen Themen, weil die Städte ähnliche Probleme zu lösen haben. Antrag 2: Kürzung des Globalkredits um 3 Millionen, Senkung der Personalkosten dankt Fluktuations- und Rotationsgewinnen sowie Nichtbesetzung von Stellen: Stadtpräsident M. Künzle ist froh, dass sich die FDP bewegt hat. Der ursprüngliche Kürzungsantrag von 5,2 Millionen und ein Einstellungsstopp hätten den Handlungsspielraum massiv beschränkt. Der Stadtrat hat die Bereiche zusammengetragen, in denen ein Einstellungsstopp nicht umsetzbar ist. Dabei wurden so viele Stellen ermittelt, dass Stadtpräsident M. Künzle froh ist, dass die Stadt diese Handlungsfreiheit erhalten hat. Statt 5,2 Millionen wird eine Kürzung von 3 Millionen beantragt. Der Stadtrat hat bereits 2 Millionen Rotationsgewinn ins Budget eingestellt. Diese Kürzung wird die Verwaltung massiv unter Druck setzen. Der Stadtrat muss prüfen, wie hoch der mögliche Rotationsgewinn ist. Das ist eine Sache der Organisation und der Führung. Stadtpräsident M. Künzle gibt zu bedenken, dass das Personal und die Kaderleute bereits massiv unter Druck stehen. Das zeigen auch die ersten Ergebnisse der Personalbefragung, die dem

Gemeinderat Anfang Jahr präsentiert werden. Das Personal hat heftig auf diese Drucksituation reagiert. Mit den Projekten, die bereits laufen, effort14+, Balance und Fokus, ist das Personal stark belastet. Fokus darf nicht unterschätzt werden. Die Stadtverwaltung zieht mit 900 Arbeitsplätzen in ein neues Gebäude um. Auch die Sanierung der Pensionskasse belastet das Personal. Deshalb will er den Ratsmitgliedern beliebt machen, diese Kürzungen abzulehnen. Der Gemeinderat muss sich bewusst machen, dass diese Massnahmen zulasten des Personals gehen. Die Mitarbeitenden bekommen es zu spüren, wenn Stellen nicht ersetzt werden und die Arbeit trotzdem erledigt werden muss.

Antrag 3: Kürzung des Globalkredits um 50'000 Franken, Einführung der elektronischen Personalakte: In der Kommission wurde dieser Punkt bereits kontrovers diskutiert. Es handelt sich um ein Projekt, das im Jahr 2015 abgeschlossen wird. Das heisst 2015 wird in einer Einführungsphase erstmals mit der elektronischen Personalakte gearbeitet. Eigentlich müsste der Gemeinderat den Globalkredit erhöhen. Wenn etwas neu eingeführt wird, braucht es Zeit, bis die Effizienz erhöht werden kann. In der Einführungsphase müssen die Mitarbeitenden das neue System kennenlernen. Ein Effizienzgewinn kann allenfalls im Jahr 2016 erwartet werden. Antrag 6: Kürzung des Globalkredits um 120'000 Franken, Reduktion des Budgets für Mehr- und Überstunden für Kadermitglieder. Bereits letztes Jahr hat sich der Stadtrat vor die Kadermitglieder gestellt. Damals hatte das Parlament ein Einsehen. Stadtpräsident M. Künzle bittet die Ratsmitglieder, erneut von diesem Antrag abzusehen. Lohnvergleiche mit anderen Städten zeigen, dass die Kaderleute in Winterthur nicht gut dastehen. Die Stadt bezahlt tiefere Löhne als der Durchschnitt der Städte und als die Privatwirtschaft. Die Löhne sind bei einem Stellenantritt zwar anständig, im höheren Kader sind sie im Vergleich jedoch tief. Es sind die Kaderleute, die durch verschiedene Projekte belastet werden. Sie können zudem rechtliche Ansprüche geltend machen, die bereits 2013 und 2014 entstanden und im Personalstatut enthalten sind. Diese Ansprüche kann der Gemeinderat nicht einfach ablehnen. Stadtpräsident M. Künzle ist die Steigerung bei den Ausgaben bewusst. Es liegt in der Verantwortung des Stadtrates, dieser Steigerung Einhalt zu gebieten. Es bräuchte andere Regelungen, wie sie der Bund, die Stadt und der Kanton Luzern bereits haben. Ab einer bestimmten Lohnklasse können gemäss dieser Regelung keine Überstunden oder Mehrzeiten abgerechnet werden. Das bedingt, dass die Kaderlöhne erhöht werden. Diese Massnahme müssen in einem sauberen Prozess abgeklärt werden und können nicht über das Budget durch eine Kürzung beschlossen werden.

Stadträtin Y. Beutler: Antrag 6, Kürzung des Globalkredits um 120'000 Franken, Reduktion des Budgets für Mehr- und Überstunden für Kadermitglieder: Es handelt sich um einen Antrag, mit dem zwar auf dem Papier eine Verbesserung erreicht wird, Ende Jahr wird aber nichts heraus schauen. Es gibt kein Konto, in dem unter diesem Titel 120'000 Franken budgetiert sind – budgetiert sind genau null Franken. Wenn sie eine Null haben, ist es schwierig 120'000 Franken zu sparen. Wenn Mehrzeiten anfallen und nicht ausbezahlt werden, müssen sie zurückgestellt werden. Damit wird nichts ausbezahlt, aber letztendlich bleibt die gesamtstädtische Finanzlage genau gleich. Das ist eine Tatsache. Es handelt sich um einen Papierantrag, mit dem das Budget um 120'000 Franken entlastet wird. Ende Jahr werden diese Stunden in den Büchern stehen.

Antrag 4: Kürzung des Globalkredits um 1 Million, Reduktion der Informatikkosten: Die IDW ist ein wenig das Aschenputtel unter den Produktegruppen. Es ist zwar die Produktegruppe, die im Hintergrund dafür sorgt, dass alle andern Produktegruppen funktionieren aber für alles und jedes verantwortlich gemacht und stiefschwesterlich behandelt wird. Es wurde geltend gemacht, dass diese Kosten sehr hoch sind. Stadträtin Y. Beutler kann beweisen, dass das Gegenteil der Fall ist. Bereits in der Kommission wurden die entsprechenden Argumente vorgebracht. M. Wackerlin hat anerkannt, dass die Kostensteigerung gut begründet werden konnte. Die Stadträtin kann folgende Gründe anführen: Sanierung der PK, Wegfall von Einmalmassnahmen aus dem vergangenen Jahr, Umstellung auf HRM2 mit anderen Abschreibungssätzen, die Abschreibung erfolgt innerhalb von kürzerer Zeit, das bringt höhere Abschreibungen mit sich, die absolut korrekt sind. Das vom Volk legitimierte zweite Rechenzentrum muss finanziert werden. Diese Kosten sind ausgewiesen. Die Vorlage wurde im

Gemeinderat gutgeheissen. Im Weiteren müssen die Kosten im Zusammenhang mit dem Projekt Fokus und die Lizenzkosten in die Rechnung einbezogen werden. Wichtiger ist aber folgendes Argument: Stadträtin Y. Beutler zeigt die Entwicklung zwischen dem Budget 2008 und dem Budget 2015 auf. Die IT-Kosten pro Benutzer sind um rund 10 % oder von 3'554 Franken auf 3'194 Franken gesunken und das obwohl die IDW viel mehr anbieten kann als das 2008 der Fall war. Das kann die Stadträtin schwarz auf weiss ausweisen. Die effektiven Kosten pro Arbeitsplatz sind gesunken und nicht angestiegen. Stadträtin Y. Beutler versteht den Vergleich mit einer Schule, die bewusst nicht namentlich genannt wird, nicht. Sie hat keine Ahnung was verglichen wird. Trotzdem wird dieser Vergleich in den Raum gestellt. Damit will man beweisen, dass die Kosten der Produktgruppe IDW zu hoch sind. Das stimmt so nicht. Der Benchmark von 2012 wurde bereits erwähnt. Verglichen wurden nicht nur öffentliche Verwaltungen, sondern 62 Unternehmungen. Die einzelnen Namen kann Stadträtin Y. Beutler nicht nennen, weil das Teil dieses Benchmarks ist. Sie kann aber sagen, dass 185'000 PCs in die Untersuchung einbezogen wurden. Namhafte Grosskonzerne, unter anderen auf dem Platz Winterthur, grosse Medienunternehmen, grosse Finanzdienstleister und verschiedene Verwaltungen waren beteiligt. Stadträtin Y. Beutler kann folgendes zitieren: „Betreffend Kosten pro Benutzer im Monat erreichen die IDW einen sehr tiefen Wert, der deutlich unter allen Vergleichswerten liegt. Dieser gute Wert wird massgeblich durch die tiefen Sach- und Personalkosten in den meisten Gebieten erreicht. Die personellen Ressourcen sind in einigen der untersuchten Gebiete relativ knapp bis deutlich zu tief.“ Die IDW kann mit 56 Stellen für einen höchst diversifizierten 1,4 Milliarden Konzern die gesamte Informatik aufrechterhalten. Jeweils eine Person kann alle Schlüsselgebiete bedienen und es gibt nur eine Stellvertretung. Wenn diese zwei Personen gleichzeitig ausfallen, gibt es Probleme. Das ist ein Risiko, das die Stadt eingeht, weil sie das muss. Eine wichtige Schlussfolgerung ist; das tiefe Kostenniveau der IDW wird nicht als neuer Testwert anerkannt, weil man der Meinung ist, dass ein so tiefer Wert nicht gesund und nicht sinnvoll ist – er ist zu tief. Stadträtin Y. Beutler bittet die Ratsmitglieder, diese Fakten zur Kenntnis zu nehmen. M. Wäckerlin hat geschrieben: „Wir wollen dieselbe Anzahl Arbeitsplätze für einen niedrigeren Preis.“ Die Stadträtin hat ausgeführt, dass ein noch tieferer Preis mit viel zu viel Risiko verbunden wäre. Es wurde moniert, dass die IDW zu viele Projekte lanciert. Im Buch B auf Seite 61 sind die laufenden und die angedachten Projekte aufgelistet. Bei den meisten Projekten stehen die Bemerkungen Fertigstellung, Abschluss, Weiterführung etc. Es handelt sich um Projekte, die bereits begonnen wurden. 16 der 22 wesentlichen Projekte der IDW sind bereits am Laufen – beispielsweise Fokus. Diese Arbeit kann nicht einfach eingestellt werden, weil 1 Million gespart werden muss. Es gibt aber auch Projekte an denen die IDW stark beteiligt ist, ohne dass es sich um eigentliche Informatikprojekte handelt. Sei das in Schulhäusern oder im Alterszentrum Adlergarten. Die Informatik leistet jeweils einen wesentlichen Beitrag. Im Budget sind auch neue Projekte eingestellt – zum Beispiel die digitale Aktenführung. Damit können die Druckkosten gesenkt werden. Geplant ist Umsetzung von diversen Projekten im E-Gouvernement Umfeld und der Aufbau von open Gouvernement Data. Das entspricht dem Inhalt eines Vorstosses von M. Wäckerlin. Zudem soll konkrete Massnahmen getroffen werden, damit die Kosten der IDW gesamtstädtisch besser gesteuert werden können, beispielsweise durch ein stadtweites Applikationsmanagement. Im Weiteren ist der Ersatz des Extranets für den Grossen Gemeinderat ein kostenintensives Projekt. Es wurde nach dem Effizienzgewinn durch die Einführung von E-Dossiers gefragt. Der Ersatz des Extranets ist ein Beispiel. Was ist der Return on Investment für den Winterthurer Steuerzahler, wenn das Extranet ersetzt wird? Wie viel weniger Sitzungsgeld muss dem Gemeinderat ausgezahlt werden? Diese Fragen sind zwar berechtigt. Ein Gewinn kann nicht für alle Projekte bestimmt werden. Es geht sehr oft um die Ablösung einer veralteten Technologie, die nicht mehr funktioniert. Das ist beim Extranet der Fall. M. Wäckerlin hat Vorschläge für ein papierloses Büro gemacht. Die Stadt kann auch IT Projekte einschränken oder stärker priorisieren – nach welchem Katalog auch immer. Die Auswahl ist nicht einfach, weil die Stadt Winterthur ein diversifizierter Konzern ist. Damit muss zum Beispiel entschieden werden, ob für die SpiteX oder für die Stadtpolizei ein neues Projekt ausgeführt werden soll. Das sind wesentliche Unterschiede zu einer privaten Unternehmung. Man kann auch prüfen, wie hoch die Kosten

für die Informatik bei Bauten sein dürfen. Die Stadt plant grosse Sanierungen. Dabei werden die Leistungen, die durch die IDW erbracht werden, kaum wahrgenommen. Man kann auch einen Plafond festlegen. Ob das aber im Sinne einer modernen, kundenfreundlichen und zeitgemässen Verwaltung ist, muss man sich fragen. Stadträtin Y. Beutler kann versichern, dass eine Einsparung von 1 Million im Jahr 2015 völlig unrealistisch ist.

Wenn man den Personal- und Sachaufwand und die übrigen Kosten zusammenzählt und den Miet- und Finanzaufwand abzieht, der unbestritten nicht genau gesteuert werden kann, kommt man auf rund 18 Millionen. Wenn alle Einsparungen per 1. Januar 2015 realisiert werden, entspricht das einer Kürzung um 5,6 %. Es ist sicher einsichtig, dass diese Kürzung nicht per 1. Januar möglich ist. Diese Einsparungen, vor allem wenn sie personalseitig erbracht werden müssen, lassen sich nur zu einem Bruchteil im Jahr 2015 realisieren. Die gleichen Probleme hat der Antrag verursacht, der für das Jahr 2014 gestellt wurden. Das Personal löst sich nicht in Luft auf. Die Kündigungsfristen müssen eingehalten und Abgangsschädigungen müssen bezahlt werden. Das Personalstatut muss eingehalten werden. Wenn das Personal betroffen ist, kann lediglich ein Bruchteil der Einsparungen erzielt werden. Die Stadträtin würde es begrüssen, wenn diejenigen, die grossen Wert auf den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) legen, dafür sorgen, dass die Einsparungen korrekt auf die einzelnen Jahre verteilt werden. Stadträtin Y. Beutler bittet die Antragsteller, den Antrag zurückzuziehen. Wenn das nicht der Fall sein sollte, bittet sie um eine Reduktion, damit die Kürzung halbwegs realistisch ist. Fall der Gemeinderat bei den Anträgen bleibt, streicht er zwar eine Zahl aus dem Budget. Diese Zahl wird aber in der Rechnung so nicht wiederzufinden sein. Der Stadtrat muss die Anträge, die heute vom Gemeinderat gutgeheissen werden, bis im Februar auf die einzelnen Produktegruppen umlegen. Er weiss aber bis im Februar nicht, welche Projekte aus dem Budget gekippt werden, sei denn der Gemeinderat verzichtet heute Abend freiwillig auf das Extranet. Es gibt aber auch unter HRM2 keine separaten Kostenstellen, die eine Buchung möglich machen. Die Vergleichbarkeit zwischen dem Budget der Rechnung wird deshalb leiden. Stadträtin Y. Beutler hofft, dass dem Stadtrat das nicht zum Vorwurf gemacht wird.

M. Wäckerlin (GLP/PP) bittet Stadträtin Y. Beutler die Details, die sie erwähnt hat, mit ihm persönlich anzuschauen. Vor allem würde es ihn interessieren wo der Ersatz des Extranets im Budget aufgeführt ist. M. Wäckerlin kann keine entsprechende Position finden.

Stadträtin Y. Beutler: Antrag 5: Kürzung des Globalkredits um 2 Millionen, Umsetzung von Balance-Massnahmen: Der Stadtrat hat das Budget 2015 als Übergangsbudget bezeichnet. Es braucht einen sinnvollen Prozess, damit die richtigen Massnahmen getroffen werden können. Der Standort Winterthur soll keinen unnötigen Schaden erleiden. Es ist klar, dass der Stadtrat die beschlossenen Massnahmen so früh wie möglich umsetzen wird. Wenn das vor dem 1. Januar 2016 möglich ist, werden sie auch umgesetzt. Stadträtin Y. Beutler glaubt nicht, dass dieses Potential 2 Millionen beträgt. Diese Kürzung kann zwar vom Gemeinderat beschlossen werden. Der Stadtrat wird den Prozess so weiterführen, wie er aufgegleist ist. A. Steiner hat erklärt, dass die Stadt nicht mehr ausgeben kann, als sie einnimmt. Dieser Grundsatz ist sicher für das private Portemonnaie zutreffend. Das Budget der öffentlichen Hand ist etwas komplexer. Es wäre schön, wenn man sich auf den Grundsatz einigen könnte – Leistungen müssen finanziert sein. Private können einen grossen Teil der Ausgaben selber steuern. Für die öffentliche Hand sieht das anders aus. Aber auch diese Ausgaben müssen finanziert werden.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über die Anträge abstimmen.

Antrag 1: Kürzung des Globalkredits um 250'000 Franken, Senkung der Druckkosten.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Antrag CVP: Kürzung des Globalkredits um 50'000 Franken, Reduktion der Auslandhilfe.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Antrag 2: Kürzung des Globalkredits um 3 Millionen, Senkung der Personalkosten dank Fluktuations- und Rotationsgewinnen sowie Nichtbesetzung von Stellen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 33 zu 25 Stimmen zu.

Antrag 3: Kürzung des Globalkredits um 50'000 Franken, Einführung der elektronischen Personalakte.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Antrag 4: Kürzung des Globalkredits um 1 Million, Senkung der Informatikkosten.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Antrag 5: Kürzung des Globalkredits um 2 Millionen, sofort umsetzbare Massnahmen im laufenden Balance-Prozess.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Antrag 6: Kürzung des Globalkredits um 120'000 Franken, Kürzung des Budgets für Über- und Mehrstunden von Kadermitgliedern.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Die Beratung der Produktgruppen ist abgeschlossen.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Die Produktgruppe Steuern und Finanzausgleich wird ganz zum Schluss der Detailberatung diskutiert.

Tiefbau

F. Helg (FDP): Verpflichtungskredite: Technikumstrasse: Lagerhaus- bis Turmhaldenstrasse, Kredit von 1,3 Millionen: Das Gebundenheitszeichen (§) ist mit einem noch nicht bewilligten Kredit zu ersetzen (#). Es handelt sich um einen einstimmigen Kommissionsantrag. Die BBK beantragt, das Gebundenheitszeichen durch ein # zu ersetzen. Das führt zur Vorlage einer Weisung zuhanden des Gemeinderates. In der Kommissionsberatung hat sich gezeigt, dass es nicht um eine Instandstellung geht, sondern um eine wesentliche Umgestaltung einschliesslich einer Änderung der Verkehrsführung. Deshalb ist es gerechtfertigt, eine Weisung zu verlangen. Möglicherweise hat das Geschäft auch eine gewisse politische Brisanz. Die Vorlage kann damit von den zuständigen Gremien des Gemeinderates behandelt werden. Das Gleiche gilt auch für das nächste Teilstück. Technikumstrasse: Turmhalden- bis Zeughausstrasse, Kredit von 2,15 Millionen: Das Gebundenheitszeichen (§) mit einem noch nicht bewilligten Kredit zu ersetzen (#). Das sind die einzigen Kommissionsanträge. Die FDP beantragt den Projektierungskredit für den Knoten Stadler-/Reutlingerstrasse um 50'000 Franken zu reduzieren. Damit würden noch 150'000 Franken für die Projektierung zur Verfügung stehen. Die Projektierungskosten sind mit 200'000 Franken sehr hoch. Man kann dazu eine Plausibilitätsrechnung anstellen. Ein ausgewiesener Ingenieur könnte ein Jahr lang angestellt werden. Zusätzlich wären auch die Sachkosten gedeckt. Es geht lediglich um den Umbau eines Knotens. Das geht aus Sicht der FDP nicht auf. Auf Nachfrage hin hat das Departement Bau ausgeführt, dass die Höhe des Projektierungskredits auf Erfahrungswerten beruhe. Im Übrigen würden diese Kredite nicht immer ausgeschöpft. Ein so hoher Betrag, der

nicht durch den Gemeinderat bewilligt ist, stellt keinen Anreiz dar, die Projektierung effizient und kostengünstig an die Hand zu nehmen, weil das Geld vorhanden ist. Die FDP will mit ihrem Antrag auf eine Projektierung mit realistischen Kosten hinwirken. Das Gleiche gilt auch für die weiteren Knotenumbauten: Die FDP beantragt die Projektierungskredite für die Knoten Dättnauerstrasse/Steigstrasse, Auwiesenstrasse/In der Au und Tösstalstrasse / Eidbergstrasse um je 50'000 Franken zu reduzieren – mit der gleichen Begründung.

B. Meier (GLP/PP): Zu dieser Produktgruppe hat die GLP/PP-Fraktion den Antrag gestellt, den Globalkredit um 200'000 Franken zu kürzen. Diesen Antrag zieht die Fraktion zurück. Der Antrag hat in der vorberatenden Kommission keine Mehrheit gefunden. Auch in Anerkennung der Einsparungen, die der Tiefbau bereits im Vorjahr vorgenommen hat, zieht die Fraktion den Antrag zurück. Im Bereich Tiefbau sind aber durchaus Möglichkeiten vorhanden gegenüber dem Voranschlag gewisse Einsparungen zu realisieren. Die GLP/PP-Fraktion unterstützt deshalb die Kürzungsanträge der FDP im Bereich der Planung der vier Knotenumbauten.

L. Banholzer (EVP/BDP): Die von der FDP beantragten Kürzungen der Projektierungskosten kann die EVP/BDP-Fraktion nicht unterstützen. Diese Kürzungsanträge resultieren aus einer Milchbüchleinrechnung und haben keine reale Grundlage. Die projektierten Kosten entsprechen langjährigen Erfahrungswerten, die von der EVP/BDP-Fraktion nicht angezweifelt werden. Ausserdem ist ein Projektierungskredit ein Teil des Ausführungskredits, deshalb haben diese Anträge keine Auswirkungen auf die effektiven Kosten. Die EVP lehnt die Kürzung ab.

R. Diener (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion lehnt die Kürzungsanträge zu den Projektierungskrediten ebenfalls ab. Es ist offensichtlich, dass es sich nicht um grosszügige Ausgaben handelt. Es sind Erfahrungswerte, für diese Umbauten benötigt das Tiefbauamt einen entsprechenden Betrag. Es hat sich gezeigt, dass die Bauprojekte sehr komplex sind, auch wenn es sich lediglich um Knotenumbauten handelt. Die verschiedenen Verkehrsteilnehmer müssen einbezogen werden. Die Vielfalt von Anforderungen muss aufwändig simuliert und evaluiert werden. Es wurde bereits erwähnt, dass diese Kredite, wenn sie nicht ausgeschöpft werden, auf das Bauprojekt umgelegt werden. Das Geld ist nicht verloren.
Technikumstrasse: Der Entscheid, das Gebundenheitszeichen (§) mit einem noch nicht bewilligten Kredit zu ersetzen (#), wurde in der Kommission nicht einstimmig gefällt. R. Diener hat dagegen gestimmt. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt die Anträge ab. Weisungen sind nicht notwendig. Es handelt sich bei der Sanierung der Technikumstrasse um ein anspruchsvolles Projekt, das dringend realisiert werden muss. Deshalb kann es grundsätzlich als gebunden betrachtet werden. Zudem handelt es sich um Erweiterungen und Verbesserungen, die einem modernen, urbanen Verkehrssystem in der Innenstadt gerecht werden. Indem Lichtsignale installiert werden, können Verbesserungen für Velofahrer, Fussgänger und für den Busverkehr erreicht werden. Damit kann die regionale Verkehrssteuerung umgesetzt werden. Es ist nicht notwendig, dass der Gemeinderat über dieses Projekt diskutiert – auch was die Finanzen anbelangt, weil es wahrscheinlich zu 100 % vom Kanton und vom Bund finanziert wird. Die Stadt kann kein Geld sparen. Wenn die Ratsmitglieder mit diesem Projekt nicht einverstanden sind, müssen sie das klar sagen und verlangen, dass der Antrag zurückgezogen wird. Es ist nicht korrekt, einfach eine Weisung zu verlangen. Das Projekt erfüllt die Ansprüche an die Gebundenheit. Damit wird der Auftrag erfüllt, den der Stadtrat vom Parlament und vom regionalen Gesamtverkehrskonzept erhalten hat. R. Diener bittet die Ratsmitglieder, den Antrag abzulehnen.

D. Oswald (SVP): Die SVP stellt einen Ordnungsantrag. Das Budget soll heute Abend zu Ende beraten werden, auch wenn es länger als bis 24.00 Uhr dauert. Nächsten Mittwoch kann die Sitzung um 18.00 Uhr beginnen, damit die restlichen 5 Geschäfte betreten werden können, die noch im Jahr 2014 behandelt werden müssen.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Ordnungsantrag abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag zu. Damit wird das Budget heute Abend zu Ende beraten. Viele Gemeinderätinnen und Gemeinderäte haben Ratspräsidentin B. Günthard Fitze gefragt, wie lange die Budgetberatung noch dauert. Dazu kann sie lediglich sagen, dass es so lange dauert wie im Rat gesprochen wird.

Ch. Benz (SP): Technikumstrasse, Lagerhaus- bis Turmhaldenstrasse und Turmhalden- bis Zeughausstrasse: Das Gebundenheitszeichen soll gestrichen werden. Die SP wird diesen Antrag unterstützen. Ch. Benz muss R. Diener widersprechen. Es ist nicht so, dass man gegen dieses Projekt ist, wenn man eine Weisung verlangt. Beim Umbau der Technikumstrasse sind substantielle Veränderungen vorgesehen – eine zusätzliche Lichtsignalanlage und eine neue Verkehrsführung. Zum Teil sind auch verschiedene Varianten möglich. Es macht durchaus Sinn, dass sich der Gemeinderat dazu inhaltlich äussern kann. Aus diesem Grund wird die SP den Antrag der BBK unterstützen und eine Weisung verlangen. Kürzungsanträge: Die FDP beantragt die Projektierungskredite für die Knoten Stadler-/Reutlingerstrasse, Dättnauer-/Steigstrasse, Auwiesenstrasse/In der Au und Tösstal-/Eidbergstrasse um je 50'000 Franken zu reduzieren. Aus Sicht der SP sind das Pauschalkürzungen. F. Helg hat gesagt, dass für das Tiefbauamt kein Anreiz besteht, effizient und kostengünstig zu arbeiten, wenn die Projektierungskredite nicht gekürzt werden. Das ist ein Affront gegenüber dem Tiefbau. Ch. Benz geht davon aus, dass effizient und kostengünstig gearbeitet wird. Wenn der Projektierungskredit nicht ausgereizt wird, ist das wunderbar. Niemand verlangt, dass der Kredit vollständig ausgeschöpft wird. Es macht aber keinen Sinn bereits zum Voraus zu kürzen. Damit fehlt unter Umständen das Geld für komplexe Lösungen. Die vier Anträge der FDP lehnt die SP ab.

M. Baumberger (CVP) kann sich in Bezug auf die Technikumstrasse der Vorrednerin anschliessen. Das Gebundenheitszeichen (§) ist mit einem #, noch nicht bewilligter Kredit, zu ersetzen: Weisungen sind für beide Strassenabschnitte angebracht. Es macht Sinn, dass der Gemeinderat darüber diskutieren kann. Die Anträge der FDP, Kürzung der Projektierungskredite um 50'000 Franken, werden von der CVP unterstützt. Es handelt sich um wohldurchdachte Anträge.

Stadträtin Y. Beutler: Weil Stadtrat J. Lisibach noch nicht anwesend ist, wird sich die Stadträtin kurz zu den Anträgen äussern. Technikumstrasse, Lagerhaus- bis Turmhaldenstrasse und Turmhalden- bis Zeughausstrasse, das Gebundenheitszeichen (§) ist mit einem noch nicht bewilligten Kredit zu ersetzen (#): Der Stadtrat kann sich dem Antrag des Gemeinderates anschliessen und wird eine Weisung vorlegen. Den Anträgen die Projektierungskredite für die Knoten Stadler-/Reutlingerstrasse, Dättnauer-/Steigstrasse, Auwiesenstrasse/In der Au und Tösstal-/Eidbergstrasse um je 50'000 Franken zu reduzieren, kann sich der Stadtrat nicht anschliessen. Stadträtin Y. Beutler beantragt die Abstimmung auszusetzen bis Stadtrat J. Lisibach anwesend ist. Er kann die Projekte sehr viel kompetenter vertreten.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Ordnungsantrag abstimmen, mit der Abstimmung zu warten, bis J. Lisibach eingetroffen ist.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Stadträtin Y. Beutler: Projekt 11776, Auwiesenstrasse/In der Au: Es handelt sich um einen seit Jahren bekannten Unfallschwerpunkt. Die frühere Gemeinderätin der FDP, R. Werren hat, unterstützt durch J. Stahl (SVP), im Jahr 1999 einen Vorstoss eingereicht, damit dieser Knoten saniert werden kann. Aufgrund der Grösse des Knotens, der Komplexität der Verkehrsführung, des Einflusses des Knotens auf den gesamtstädtischen Verkehrsablauf und den Anforderungen des öffentlichen Verkehrs und des Veloverkehrs ist Stadtrat J. Lisibach

überzeugt, dass der Projektierungskredit von 300'000 Franken plausibel und angemessen ist. Der Stadtrat bittet die Ratsmitglieder, den Antrag der FDP abzulehnen.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über folgenden Antrag abstimmen: Technikumstrasse: Lagerhaus- bis Turmhaldenstrasse, Kredit von 1,3 Millionen: Das Gebundenheitszeichen (§) ist mit einem noch nicht bewilligten Kredit zu ersetzen (#).

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über folgenden Antrag abstimmen: Technikumstrasse, Turmhalden- bis Zeughausstrasse, Kredit von 2,15 Millionen: Das Gebundenheitszeichen (§) ist mit einem noch nicht bewilligten Kredit zu ersetzen (#).

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über folgenden Antrag der FDP abstimmen: Stadler- /Reutlingerstrasse, Knotenumbau, neue Lichtsignalanlage: Der Projektierungskredit ist um 50'000 Franken, von 200'000 Franken auf 150'000 Franken zu kürzen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 31 zu 26 Stimmen zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über folgenden Antrag der FDP abstimmen: Dättener-/Steigstrasse, neue Lichtsignalanlage: Der Projektierungskredit ist um 50'000 Franken, von 200'000 Franken auf 150'000 Franken zu kürzen.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über folgenden Antrag der FDP abstimmen: Auwiesenstrasse/In der Au, Knoten, Lichtsignalanlage, Busspur: Der Projektierungskredit ist um 50'000 Franken, von 300'000 Franken auf 250'000 Franken zu kürzen.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über folgenden Antrag der FDP abstimmen: Tösstal-/Eidbergstrasse, Knotenumbau, neue Lichtsignalanlage: Der Projektierungskredit ist um 50'000 Franken, von 200'000 Franken auf 150'000 Franken zu kürzen.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Entsorgung: keine Anträge. **Vermessung:** keine Anträge. **Baupolizei:** keine Anträge

Städtebau

M. Baumberger (CVP/EDU): Die CVP stellt den Antrag, die Inventarergänzung Winterthur 1945 bis 1980 um ein Jahr zu verschieben. Der Globalkredit soll um 50'000 Franken gekürzt werden. Das Projekt ist zwar interessant, das wird nicht in Frage gestellt. Aber in Anbetracht der Situation, in der sich die Stadt befindet, ist die CVP/EDU-Fraktion der Meinung, dass eine Verschiebung um ein Jahr möglich ist. M. Baumberger dankt für die Unterstützung.

Ch. Benz (SP): Es ist fraglich, dass sich die Situation der Stadt in einem Jahr ändert. Die 50'000 Franken sind der letzte Teil eines Kredits von 300'000 Franken, der mit dem Budget 2012 bewilligt wurde. Das Inventar wurde in mehreren Etappen ergänzt. Jetzt geht es um den letzten Teil, nämlich um das Inventar der Siedlungen aus den Jahren 1945 bis 1980. Es handelt sich um Abschlussarbeiten. Der grösste Teil ist bereits erledigt. Die Siedlungsinventar-

tarergänzung gehört zu den fünf wesentlichen Massnahmen, die das Amt für Städtebau für das Jahr 2015 und die folgenden Jahre geplant hat. Es macht keinen Sinn, diese Arbeit zu verschieben. Der Gemeinderat hat vor kurzem eine Motion erheblich erklärt, mit der die Erhaltung der Gartenstadt verlangt wird. Siedlungen haben für die Gartenstadt eine grosse Bedeutung, weil nicht nur die Gebäude angeschaut werden, sondern auch die Zwischenräume. Deshalb ist das Inventar wesentlich – gerade wenn die Forderungen aus der Motion erfüllt werden sollen. Ausserdem sind viele Siedlungen aus dieser Zeit sanierungsbedürftig – auch energetisch. Für die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, das sind zum Teil Privatpersonen und zum Teil Genossenschaften, ist eine schlanke und transparente Bewilligungspraxis wichtig. Das Inventar bietet Rechtssicherheit und es macht keinen Sinn, diese Rechtssicherheit in Frage zu stellen. Ch. Benz bittet die Ratsmitglieder dringend, diesen Antrag abzulehnen.

Stadtrat J. Lisibach entschuldigt sich für die Verspätung. Er war an der Eröffnung der Firma GMD Mori. Es handelt sich um einen Arbeitgeber, der 180 Arbeitsplätze bietet. Stadtrat J. Lisibach hat den schönsten Teil der Veranstaltung genossen, nämlich die Reden und ist danach gegangen. Für das Projekt Inventarergänzung wurde insgesamt ein Investitionskredit von 300'000 Franken bewilligt. Die Kompetenz für die Ausgabenfreigabe dieses Kredits liegt beim Stadtrat, der das Projekt auch inhaltlich begleitet. Die letzte Tranche dieses Kredits wurde am 9. April 2014 von Stadträtin P. Pedergrana freigegeben. Bei den im Programm 2015 eingestellten und bereits freigegebenen 50'000 Franken handelt es sich um die letzte Tranche des Projekts, um die Inventarergänzung Wohnsiedlung. Das Projekt ist inhaltlich weit gediehen und soll bis Ende 2015 abgeschlossen werden. Eine spätere Wiederaufnahme wäre aufwändig. Bei einem Aufschub bleibt für die Eigentümer der Wohnsiedlungen, die zwischen 1945 und 1980 erstellt wurden die grosse Rechtsunsicherheit in Bezug auf mögliche bauliche Veränderungen oder energetische Sanierungen bestehen. Viele Siedlungen sind in die Jahre gekommen und müssen energetisch und baulich saniert werden. Damit die dringend notwendigen Sanierungen rasch und unbürokratisch gemacht werden können, ist Rechtssicherheit entscheidend. Mit dem Inventar werden die meisten Siedlungen transparent als mittel schutzwürdig bezeichnet. Damit wird die Verwaltung entlastet, weil sie nicht jede Siedlung einzeln prüfen muss. Ohne Inventarergänzung würden viele Eigentümer möglicherweise in langwierige Rechtsfälle verwickelt. Vertreter der Hauseigentümer, der Hauseigentümerversband, der Heimschutz und verschiedene Fachleute sind in dieses Projekt involviert. Der Hauseigentümerversband begrüsst die Inventarergänzung und unterstützt das Projekt. Stadtrat J. Lisibach bittet die Ratsmitglieder, diesen Antrag abzulehnen.

M. Baumberger (CVP/EDU), persönliche Erklärung konnte den Ausführungen im Grossen Ganzen folgen. Über die letzten Aussagen ist er aber überrascht. Der Hauseigentümerversband, dessen Vorstand M. Baumberger angehört, hat erklärt, dass die Inventarergänzung unterstützt wird, wenn es soweit ist. Er hat aber auch erklärt, dass das Projekt durchaus verschoben werden kann. M. Baumberger war an dieser Sitzung anwesend.

Stadtrat J. Lisibach hat eine andere Euphorie an der erwähnten Sitzung wahrgenommen. Der Hauseigentümerversband unterstützt die Inventarergänzung.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über folgenden Antrag abstimmen: Inventarergänzung Winterthur 1945 bis 1980, Verschiebung Investitionsprogramm von 50'000 Franken auf 2016, die Inventarisierung wird um 1 Jahr verschoben.

Der Rat stimmt dem Antrag mit knapper Mehrheit zu.

Departement Sicherheit und Umwelt

Stadtrichteramt: keine Anträge

Stadtpolizei

K. Cometta (GLP/PP): Kürzung des Globalkredits um 100'000 Franken, anstatt zwei Bewilligungen für Anwohner, die in der blauen Zone parkieren (Tag und Nacht), soll nur noch eine Bewilligung (Dauerparkkarte) erteilt werden. Die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) hat der Kürzung mit 6 zu 3 Stimmen zugestimmt. Die Anwohner benötigen, wenn sie in der blauen Zone parkieren wollten, eine Anwohnerparkkarte und eine Nachtparkkarte. Das führt zu einem doppelten Aufwand – nicht nur für die Anwohner, sondern auch für die Polizei, die sowohl zwei Bewilligungen ausstellen, als auch zweimal das Inkasso machen muss. Vor allem müssen die Autos am Tag und in der Nacht kontrolliert werden. Die SSK wünscht deshalb eine Systemänderung, damit kann ein Effizienzgewinn realisiert werden. Die GLP/PP-Fraktion stellt den Antrag, den Globalkredit um 20'000 Franken zu kürzen. Die Stadtpolizei soll neu über das Informatik Tool VERAN verfügen können, damit werden effizientere Bewilligungsverfahren für Veranstaltungen, Standaktionen etc. möglich. Das ist grundsätzlich zu begrüßen. Das Informatik Tool kostet 180'000 Franken. Der Investitionskredit wird voraussichtlich genehmigt.

S. Näf (SP): Die SP beantragt, den Globalkredit der Stadtpolizei für das Jahr 2015 um 640'000 Franken zu kürzen. Dieser Betrag entspricht den Kosten für 6 Stellen, die im Jahr 2015 aufgestockt werden sollen. Dem Gegenvorschlag zur Polizeiinitiative hat die Winterthurer Stimmbevölkerung im November 2012 zugestimmt und damit den Ausbau der Polizeistellen bis 2016 beschlossen. Ob dieser Aufstockung zum heutigen Zeitpunkt, in der aktuellen Finanzlage, noch gleichermassen zugestimmt würden, ist ungewiss. Für die SP ist es unverantwortlich diese Stellenaufstockung bereits im Jahr 2015 vorzunehmen, weil sich die Stadt diesen Ausbau angesichts der Finanzlage und des drohenden Defizits ohne Steuererhöhung nicht leisten kann. Die heute beschlossenen und mehrheitlich nur auf dem Papier bestehenden, also nicht umsetzbaren Einsparungen, ändern an dieser Ausgangslage nichts. Es fehlt an der Verhältnismässigkeit, wenn die Polizeistellen in der sichersten Grossstadt der Schweiz erhöht werden, während der Gemeinderat sparen will indem er die ordentlichen Gemeindegzuschüsse für Menschen streicht, die durch diese Sparmassnahmen zu grossem Verzicht gezwungen werden. Die SP beantragt deshalb die Aufstockung der Polizeistellen noch nicht im Jahr 2015 vorzunehmen. Es ist klar, dass die Polizistinnen und Polizisten in der Stadt Winterthur, wie das gesamte städtische Personal, in der aktuellen Lage grossen Belastungen ausgesetzt sind. S. Näf betont, dass mit diesem Antrag die wichtige Leistung der Polizei nicht in Frage gestellt werden soll.

B. Helbling (SP): Kürzung des Globalkredits um 100'000 Franken, Einführen von Dauerparkkarten für Anwohner: Das Anliegen kann die SP-Fraktion nachvollziehen. Es handelt sich um ein Anliegen, das ausserhalb des Budgetprozesses sicher weiterverfolgt werden muss. Stadträtin B. Günthard-Maier hat die Einführung der Dauerparkkarte bereits vorgesehen. Das Vorhaben soll bis spätestens 2016 umgesetzt werden. Eine frühere Einführung wäre wünschenswert. Da der Antrag um Kürzung des Globalkredits gestellt worden ist, ohne die Zahlen genau zu prüfen und die Umsetzung nicht sofort möglich ist, wird die SP diesem Antrag trotz Sympathie nicht unterstützen.

B. Huizinga (EVP/BDP): Kürzung des Globalkredits um 100'000 Franken, Einführen von Dauerparkkarten für Anwohner: Die EVP/BDP-Fraktion kommentiert diesen Antrag mit dem Slogan eines bekannten Telekommunikationsunternehmens und erklärt: „Das macht Sinn.“
Antrag der SP: Kürzung des Globalkredits um 640'000 Franken. Die Aufstockung der

6 Stellen bei der Sicherheitspolizei soll um ein weiteres Jahr ausgesetzt werden. Das Volk hat der Aufstockung deutlich zugestimmt. Die EVP/BDP-Fraktion nimmt diesen Auftrag ernst und will in umsetzen. Sie wird diesen Antrag nicht unterstützen. Antrag GLP: Kürzung des Globalkredits um 20'000 Franken. Die Stadt investiert 180'000 Franken in das Informatik Tool VERAN für effizientere Bewilligungsverfahren für Veranstaltungen, Stände, etc. Es ist noch zu früh für Einsparungen, weil die Investition mit dem Budget beantragt wird und das Tool noch nicht zur Verfügung steht. Aus diesem Grund wird die EVP/BDP-Fraktion den Antrag nicht unterstützen.

D. Schneider (FDP): Die FDP wird den Antrag der SSK, Kürzung des Globalkredits um 100'000 Franken (Dauerparkkarte), unterstützen. Den Antrag der GLP, den Globalkredit um 20'000 Franken zu kürzen aufgrund der Investition von 180'000 Franken in das Informatik Tool VERAN, lehnt die FDP ab. D. Schneider kann sich der Argumentation von B. Huizinga anschliessen. Antrag SP: Kürzung des Globalkredits um 640'000 Franken mit der Absicht die Aufstockung der Sicherheitspolizei um 6 Stellen zu verschieben. Diesen Antrag lehnt die FDP ab. Die Globalkredite der Stadtpolizei sind seit 1990 konstant. Das ist ein Leistungsausweis der Stadtpolizei. Niemand kann der Polizei Misswirtschaft vorwerfen. Es handelt sich um einen Volksentscheid, deshalb muss die Stadt handeln. Bei der Polizei sind 6 Mannjahre Mehrzeiten zu verzeichnen. Diese Mehrzeiten sind in Stellen umzuwandeln. In der Stadt Winterthur ist zudem die Polizeidichte am tiefsten – verglichen mit Lausanne, St. Gallen und Zürich. Diese Faktoren zeigen, dass eine Aufstockung sinnvoll ist. D. Schneider findet es schön zu hören, dass die SP einen Sparantrag stellt.

R. Keller (SVP): Kürzung des Globalkredits um 20'000 Franken aufgrund der Einführung des Informatik Tools VERAN für effizientere Bewilligungsverfahren. Dem Gemeinderat muss bewusst sein, wenn ein Gewinn resultieren soll im Zusammenhang mit dem EDV-Programm, müsste das anderes ausgewiesen werden. Der Indikator müsste geändert werden. Diese 20'000 Franken, die eingespart werden, nützen nichts. Es wäre besser, den Indikator bei der Kontrolltätigkeit zu erhöhen von 42 auf 44, dann würde ein Nutzen resultieren. Das gilt nicht nur für die Stadtpolizei, sondern allgemein dort, wo ein Effizienzgewinn resultieren soll im Zusammenhang mit einem Informatik Tool.

K. Cometta (GLP/PP): Antrag der SP, Kürzung des Globalkredits um 640'000 Franken durch die Verschiebung der Stellenaufstockung. Abgesehen davon, dass es darum geht einen Volksentscheid nicht zu vollziehen, wurde die Stellenaufstockung, die von 75 % der Bevölkerung gewünscht wird, bereits vor einem Jahr aufgeschoben. Länger aufschieben ist auch operativ sehr schwierig. So viele Leute gleichzeitig zu rekrutieren, ist nicht einfach. Das wissen auch die Kolleginnen und Kollegen der SP. Es ist zudem interessant, die Voten, die im Verlauf der Budgetdebatte gehalten wurden, unter die Lupe zu nehmen. S. Stierli hat erklärt, dass das Personal demotiviert und demoralisiert wird, wenn auf dessen Kosten gespart wird. K. Bopp hat erklärt, dass die SP heute Abend keine Massnahmen unterstützen wird, die das Personal betreffen. Auch M. Sörgo hat erklärt, dass das Personal bereits viel tragen muss. Deshalb ist es sehr speziell, dass ausgerechnet bei der Polizei, die viele Überstunden leisten muss, die notwendigen Stellen nicht aufgestockt werden sollen. In diesem Sinne wird die GLP/PP-Fraktion diesen Antrag klar ablehnen. Den Antrag der SP, die Frontstunden zu erhöhen, kann die GLP/PP-Fraktion unterstützen. Kürzung des Globalkredits um 20'000 Franken: Der Effizienzgewinn kann auch realisiert werden, indem die Polizisten vermehrt auf der Strasse präsent sind. Das ist im Interesse aller. Es ist nicht logisch, dass die SP die Polizeistellen nicht aufstocken und gleichzeitig die Frontstunden erhöhen will.

J. Altwegg (Grüne/AL): Antrag GLP, Kürzung des Globalkredits um 100'000 Franken (Dauerparkkarte): Inhaltlich kann die Grüne/AL-Fraktion den Antrag unterstützen. Das ist keine Frage. Es handelt sich aber um einen Sparantrag, der zwar ins Budget eingestellt, in der Rechnung aber nicht erfüllt werden kann. Das hat die Stadträtin B. Günthard-Maier in der Kommission erklärt. Die Grüne/AL-Fraktion will keine Einsparungen ins Budget schreiben,

die keinen Sinn machen, deshalb lehnt sie den Antrag ab. Antrag SP: Kürzung des Globalkredits um 640'000 Franken durch die Aussetzen der Aufstockung der 6 Stellen bei der Stadtpolizei: Diesen Antrag wird die Grüne/AL-Fraktion unterstützen, im Wissen darum, dass dieser Antrag vom Gemeinderat abgelehnt wird. J. Altwegg bittet die Ratsmitglieder, den Volkswillen generell zu achten. Die vierte Ausbaustufe des Eulachparks wurde vom Volk genehmigt. Hier sollten die gleichen Regeln gelten. Zudem wird mit diesem Antrag das Budget der Polizei nicht reduziert, sondern für ein Jahr nicht erhöht werden. Der Stellenausbau soll im Jahr 2016 realisiert werden. Vielleicht wird die Stadt auch von der Realität eingeholt, weil nicht genügend Polizistinnen und Polizisten rekrutiert werden können. Die Überstunden sind sicher hoch. Aber 6 Mannjahre, das klingt nach sehr viel, entspricht aber 3 %. Wer im Rat hat nicht auch mindestens 3 % Überstunden geleistet? In der Privatwirtschaft ist das der Fall, wie auch bei den Abteilungsleitungen der Stadt Winterthur. Antrag GLP: Kürzung des Globalkredits um 20'000 Franken aufgrund der Investitionen in ein Informatik Tool. Es handelt sich um einen kosmetischen Antrag. Diese 20'000 Franken Effizienzgewinn sind kaum zu realisieren und werden lediglich auf dem Papier stehen.

U. Obrist (SVP): Die Kürzung des Globalkredits um 100'000 Franken (Dauerparkkarte). Zu diesem Antrag hat Stadträtin B. Günthard-Maier in der Kommission informiert. Die SVP unterstützt den Antrag. Die Kürzung des Globalkredits um 640'000 Franken, Verschiebung der Stellenaufstockung bei der Stadtpolizei, lehnt die SVP ab. U. Obrist schliesst sich der Argumentation von K. Cometta an. Man kann nicht erneut die Stellenaufstockung verschieben. Nächstes Jahr werden noch mehr Stellen benötigt. Antrag GLP: Kürzung des Globalkredits um 20'000 Franken, Effizienzgewinn durch die Einführung eines Informatik Tools: Zu diesem Antrag hat R. Keller alles gesagt.

S. Stierli (SP): Der SP wird unterschoben, dass sie den Volkswillen nicht beachte. Das stimmt so nicht. Die Leistungen der Stadt müssen finanzierbar sein. Das gilt auch für Volksentscheide, wenn mehr Leistungen von der Stadt verlangt werden. Wenn der Rat der Erhöhung des Steuerfusses zustimmt, ist die Stellenaufstockung finanzierbar. In diesem Fall wird die SP einen Rückkommensantrag stellen, damit die 6 Stellen geschaffen werden können. Die Zustimmung zur Stellenaufstockung ist an eine Erhöhung des Steuerfusses gekoppelt. D. Schneider hat erklärt, dass der Globalkredit der Stadtpolizei seit 1990 konstant sei. Das ist nur die halbe Wahrheit. Die Polizei kann mit den Busseinnahmen jonglieren. Wenn man die Kosten der Stadtpolizei genauer anschaut, zeigt sich folgendes Bild: 2003 beliefen sich die Kosten auf 32 Millionen, 2013 waren es 42 Millionen. In 10 Jahren sind die Ausgaben um 10 Millionen gestiegen. Jedes Jahr hat die Stadtpolizei 1 Million mehr erhalten. Das ist komfortabel. Die SP hat diese Erhöhung jedes Jahr mitgetragen. Jetzt geht es um zusätzliche Kosten. Der Antrag hat nichts mit demoralisieren zu tun. Diese Aufstockung muss finanzierbar sein. Auch die Stadtpolizei wird einen Beitrag zum Sparprogramm Balance leisten müssen. In dieser Zeit die Polizei um 6 Stellen aufzustocken, erscheint verfrüht. Man muss noch warten. Antrag der SP, Anteil der Frontstunden in %: Die parlamentarischen Zielvorgaben sollen von 42 % auf 43 % angehoben werden. Die Erhöhung der Frontstunden entspricht dem Ist-Wert von 2013. Das ist keine Ausdehnung, sondern ein Beibehalten der Stunden aus dem Jahr 2013.

Stadträtin B. Günthard-Maier: Antrag der GLP, Kürzung des Globalkredits um 100'000 Franken (Dauerparkkarte): Der Stadtrat hat dieses Projekt bereits gestartet. Es ist eine gute Idee, den administrativen Aufwand zu verringern. Die Planung sieht aber etwas anders aus. Zuerst soll die Parkraumplanung abgeschlossen werden. Danach kann über die Höhe der Parktarife diskutiert werden. Der Tarif der Parkkarte muss noch festgelegt werden. Geplant ist die Einführung der Dauerparkkarte im Jahr 2016. Der Stadtrat geht davon aus, dass ein Effizienzgewinn von 50'000 Franken realisiert werden kann, das heisst die Hälfte des beantragten Betrages. Wenn der Gemeinderat an diesem Antrag festhält, nimmt Stadträtin B. Günthard-Maier das als symbolische Unterstützung entgegen. Es zeigt, dass eine Mehrheit im Gemeinderat das Projekt unterstützt. Die Stadträtin wird im nächsten Jahr unter die

sem Titel das Geld nicht einsparen können, sondern muss sich etwas anderes einfallen lassen. Antrag der GLP, Kürzung des Globalkredits um 20'000 Franken, Informatik Tool VERAN: Auch damit lässt sich ein Effizienzgewinn erzielen. Es geht darum, dass Bewilligungen transparenter online erteilt werden können. Für die Einführung muss im nächsten Jahr mit einem Initialaufwand gerechnet werden, deshalb müsste der Betrag im Budget eigentlich erhöht werden. Ab 2016 kann mit einem Effizienzgewinn von ca. 20'000 Franken gerechnet werden. Gegen die Erhöhung der Frontstunden wehrt sich Stadträtin B. Günthard-Maier nicht. Die grössten Diskussionen hat der Antrag ausgelöst, die Schaffung von 6 zusätzlichen Stellen bei der Stadtpolizei auf das Jahr 2016 zu verschieben und den Globalkredit um 640'000 Franken zu kürzen. Stadträtin B. Günthard-Maier hat genau zugehört. Es ist spannend, dass es die Stadtpolizei aktuell schafft mit nur 50 vereidigten Polizistinnen und Polizisten für die Sicherheit der Stadt zu sorgen. Das muss gewürdigt werden. Die Stadträtin betont, dass die Stadtpolizei das Doppelte des Nettoglobalkredits benötigt, den die Stadt für Beiträge an Dritte aufwendet. Das ist kein schlechtes Resultat.

Kürzung des Globalkredits um 640'000 Franken. Die Aufstockung der 6 Stellen soll verschoben werden. Dieser Antrag ist offenbar verbunden mit dem Vorwurf, dass alle sparen müssen, nur die Stadtpolizei nicht. Das kann auf den ersten Blick so aussehen. Auf den zweiten Blick sieht es anders aus. Die Stadträtin möchte die Antworten auf drei Fragen in den Raum stellen. Wie sieht die Arbeitssituation der Stadtpolizei aus? Zu den konkreten physischen Arbeitsbedingungen, die die Polizistinnen und Polizisten jeden Tag und jede Nacht vorfinden, kann die Stadträtin keine allzu konkreten Ausführungen machen. Sie kann aber sagen, dass es keine andere Berufsgruppe in der Stadt Winterthur gibt, die sich mit weniger als der Hälfte der arbeitsrechtlich vorgeschriebenen Arbeitsfläche zufrieden gibt. Bei der Stadtpolizei ist das seit Jahren der Fall. Arbeitszeiten: Im Jahr 2013 hat die Stadtpolizei 6 Mannjahre Mehrzeiten geleistet. Das sind 15 % aller Mehrzeiten in der Stadt. Von allen Bereichen ist das der höchste Anteil. Die Arbeit muss getan werden. Weil die zusätzlichen Stellen noch nicht besetzt sind, wird die Arbeit auf die Schultern der Polizistinnen und Polizisten verteilt, die bei der Stadt arbeiten. Durch die Stellenaufstockung sollen die Mehrzeiten nachhaltig reduziert werden. Der Wert dieser Mehrzeiten beträgt 750'000 Franken. Im Budget ist ein geringerer Betrag eingestellt. Die Stadtpolizei kann ihre Arbeitsstunden nur begrenzt steuern. Wenn ein Alarm eingeht, muss die Polizei ausrücken und sie muss Präsenz zeigen. Strafverfolgungsrelevante Tatbestände müssen dokumentiert werden, damit die Strafverfolgungsbehörde effizient arbeiten kann. Ansonsten bleibt die Arbeit wirkungslos. Auch das benötigt Zeit. Die Polizistinnen und Polizisten sind Menschen, Menschen in Uniform. Weil die angekündigte Stellenaufstockung noch nicht vollzogen ist, müssen die Schichtdienst leistenden Polizistinnen und Polizisten bis zur letzten Minute an der Front arbeiten. Im Anschluss muss in der Freizeit rapportiert werden, das führt zu Mehrzeiten. Die Leute sollen im Anschluss an ihre Arbeit an der Front die Schreibarbeiten erledigen können, ohne dass Mehrzeiten entstehen. Wie sieht die finanzielle Entwicklung in der Produktgruppe Stadtpolizei aus? Übernimmt sie finanzielle Verantwortung? Stadträtin B. Günthard-Maier zeigt anhand einer Folie, dass die Stadtpolizei seit 1990 über den gleich tiefen Nettoglobalkredit verfügen kann. Der Aufwand ist gewachsen, das ist eine Tatsache. Der Nettoglobalkredit ist aber nicht angestiegen. Das gilt auch für die Jahre 2012 und 2013. Es sind jeweils ca. 25 Millionen. Der Nettoaufwand hat sich seit 1990 nicht erhöht, obwohl die Bevölkerung um 20 % gewachsen ist. Die Arbeit hat, auch aufgrund der 24 Stunden Gesellschaft, enorm zugenommen. Die beiden anderen grossen Polizeicorps im Kanton Zürich haben 10 bis 13 Mal so viel Geld zur Verfügung. Die Stadtpolizei Winterthur nimmt ihre finanzpolitische Verantwortung wahr. Sie hat seit 1990 die Mehrausgaben mit Strukturprozessen und Finanzmassnahmen kompensiert. Das wird auch in Zukunft gemacht. Die Dichte der Polizistinnen und Polizisten pro Einwohner ist in Winterthur sehr tief. In der Stadt St. Gallen kommt ein Polizist auf 454 Leute, in Zürich sind das 287 Leute und in Lausanne 233. Heute wohnen in Winterthurer 109'023 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Stadtpolizei verfügt über 207,5 Stellen, das sind 526 Leute auf einen Polizisten, eine Polizistin. Wenn die Polizeidichte von Winterthur auf das Niveau von St. Gallen angehoben würde, müsste die Stadt 37 zusätzliche Stellen schaffen. Was will das Winterthurer Stimmvolk? Die Aufstockung wurde an der Volksabstimmung von 75 % der Winterthurerin-

nen und Winterthurer unterstützt. Die Stadträtin ist überzeugt, dass der Grund für die Zustimmung die Bevölkerungsnähe der Stadtpolizei ist, weil sie für alle da ist, ganz besonders für die Schwachen und weil sie alle gleich behandelt unbesehen der Person. Die Stadtpolizei setzt ihre Ressourcen da ein, wo sie benötigt werden.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über folgenden Antrag abstimmen: Antrag der SSK: Kürzung des Globalkredits um 100'000 Franken. Anstatt zwei Bewilligungen für Anwohner (Tag und Nacht), nur noch eine Bewilligung (Dauerparkkarte).

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Antrag der SP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 640'000 Franken. Die Aufstockung der 6 Stellen bei der Sicherheitspolizei soll um ein weiteres Jahr ausgesetzt werden

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Antrag der GLP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 20'000 Franken. Der Effizienzgewinn aus dem neuen Informatik Tool ist zu realisieren.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Antrag der SSK abstimmen: Anpassung der parlamentarischen Zielvorgabe von 42% auf 43%.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Betrieb Parkhäuser und Parkplätze: keine Anträge, **Feuerwehr:** keine Anträge, **Zivilschutz:** keine Anträge, **Melde- und Zivilstandswesen:** keine Anträge, **Umwelt- und Gesundheitsschutz:** keine Anträge

Departement Schule und Sport

Volksschule

M. Zehnder (GLP/PP): Die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) stellt den Antrag den Globalkredit um 45'000 Franken zu kürzen. Die Kosten für die zahnärztlichen Behandlungen sollen gesenkt werden. Die GLP/PP-Fraktion hat das Budget mit der Rechnung 2013 verglichen und festgestellt, dass die Kostensteigerung übermässig hoch ist. In der Kommission wurde der Kürzungsantrag diskutiert. Sie hat der Kürzung um 45'000 Franken mit 5 zu 4 Stimmen zugestimmt. Der zweite Antrag der GLP wurde in der Kommission ebenfalls mit 5 zu 4 Stimmen angenommen: Die Indikatoren sollen geändert werden. Das hat aber keinen direkten Einfluss auf das Budget. Bei der chancengerechten Förderung der Schülerinnen und Schüler soll der Anteil der Lehrpersonen der Primarstufe, die eine Zusatzausbildung absolvieren auf 13 % reduziert werden – momentan sind es 15 %. Die GLP befürchtet, dass die Kosten steigen werden, wenn diese Zahl nicht reduziert wird.

S. Madianos (SP): Der städtischer Beitrag an die zahnärztlichen Behandlungen soll um 45'000 Franken gekürzt werden. S. Madianos ruft in Erinnerung, dass 2014 die neue Verordnung über die zahnärztliche Behandlung in Kraft getreten ist. Sie wurde einstimmig gutgeheissen. In dieser Verordnung ist geregelt, welche Behandlungen zu welchen Kosten bezahlt werden. In der Kommission wurde die Verordnung ausführlich diskutiert und gutgeheissen. Die Zahlen im Budget 2015 beruhen auf einer Annahme. Die Stadt wird voraussichtlich

für Zahnbehandlungen 455'000 Franken aufwenden müssen. Wenn der Betrag reduziert werden soll, muss die Verordnung geändert werden, die 2014 neu eingeführt wurde. Mit einer Kürzung des Globalbudgets können Kosten nicht reduziert werden. Ohne Änderung der Verordnung wird einfach weniger Geld ins Budget eingestellt. Diese Einsparungen können nicht realisiert werden, weil die Verordnung gültig ist und zwingend eingehalten werden muss. Mit dem Antrag, die Zielvorgaben zu ändern, verhält es sich ähnlich. Es geht um die Zusatzausbildung CAS zum Thema „Umgang mit Vielfalt“. Der Indikator soll auf Primarschulstufe geändert werden. Es handelt sich aber nicht um eine Luxusweiterbildung für die Lehrpersonen, sondern um eine Ausbildung in schulischer Heilpädagogik und in Deutsch als Zweitsprache. Die Stadt hat keine Möglichkeit, zu bestimmen, wie die Lehrpersonen ausgebildet sein müssen. Es gelten kantonale Regelungen, die bestimmen, ab wann eine Lehrperson diese Ausbildung absolvieren muss. Der Gemeinderat kann entscheiden, dass die beantragten 13 % ins Budget eingetragen werden. Das ist aber nicht richtig. S. Madianos möchte wissen wie viele Lehrpersonen ohne Oberstufenlehrdiplom auf der Oberstufe Schule geben oder als schulische Heilpädagogen arbeiten ohne entsprechende Ausbildung. Es wäre völlig falsch bei den Kindern zu sparen, indem sie von Personal unterrichtet werden, das nicht gut ausgebildet ist. Die SP kann diesen Antrag nicht unterstützen. Viel passieren wird bei einer Annahme nicht.

Ch. Magnusson (FDP): Die FDP unterstützt die beiden Kommissionsanträge. Kürzung des Globalkredits um 45'000 Franken: Es geht darum, ehrlich zu budgetieren, nicht darum etwas zu beschönigen. Wenn der Stadtrat erklärt, dass sich die bisherigen Kosten auf ca. 400'000 Franken belaufen und auch in Zukunft 400'000 Franken erreichen werden. Warum müssen 445'000 Franken ins Budget eingestellt werden? Das ist nicht nötig. Es ist deshalb richtig, den Betrag auf 400'000 Franken zu kürzen und die budgetierten Ausgaben den Kosten anzupassen, die der Stadtrat annimmt. Einfach, damit ein höherer Minusbetrag im Budget resultiert, müssen die Zahlen nicht erhöht werden. Das schafft die Stadt auch so. Chancengerechte Förderung von Schülerinnen und Schüler: Bisher waren 13 % im Budget eingestellt. Es ist nicht nötig, dass eine Zielvorgabe ins Budget eingestellt wird, damit der Anteil der Lehrpersonen erhöht wird, die eine Zusatzausbildung absolvieren. Die Zahlen erhöhen sich automatisch, wenn mehr Leute die Ausbildung benötigen. Dann kann der Stadtrat erklären warum der Zielwert überschritten wurde. Es kann aber nicht das Ziel sein, möglichst viele Leute auszubilden. Dieser Zielwert soll möglichst realistisch eingesetzt werden. Im Moment bleibt er bei 13 % und muss nicht künstlich höher gesetzt werden, damit Leute auf Vorrat ausgebildet werden können. Es geht nicht darum, politische Indikatoren zu setzen. Mit den Zielvorgaben soll die Realität abgebildet werden. Die FDP unterstützt beide Anträge.

Stadtrat St. Fritschi: Der Stadtrat hat 450'000 Franken für zahnärztliche Behandlungen ins Budget eingestellt, weil er der Meinung ist, dass dieser Betrag benötigt wird. Gemäss Hochrechnung aus dem Jahr 2014 sieht es so aus, dass 400'000 Franken ausreichen. Wenn im nächsten Jahr aber mehr Behandlungen von Kindern aus ärmeren Verhältnissen notwendig werden, muss die Stadt mehr dafür ausgegeben, auch wenn 400'000 Franken ins Budget eingestellt sind. Die Stadt muss sich an das übergeordnete Recht halten. Die Ausgaben sind gebunden. Mit der Zahl, die im Budget eingestellt ist, kann der Gemeinderat nicht vorschreiben wie viel ausgegeben werden darf. Chancengerechte Förderung: Die Prozentangaben, die vom Gemeinderat ins Budget eingestellt werden, sind nicht relevant. Die Stadt muss sich an die kantonalen Vorgaben halten. Es ist wichtig, dass in der BSKK über diesen Indikator diskutiert wird, weil sich die Stadt an die Vorgaben des Volksschulamtes halten muss. Das Volksschulamts erwartet, dass eine Lehrperson befähigt ist, zu unterrichten. Daran muss sich die Stadt halten. Von der Stadt werden keine zusätzlichen Auflagen gemacht.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über Antrag abstimmen den Globalkredit um 45'000 Franken zu kürzen und die Beiträge an zahnärztliche Behandlungen zu reduzieren.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Antrag abstimmen, die Zielvorgaben für die Chancengerechte Förderung der Schülerinnen und Schüler zu reduzieren. Der Anteil der Lehrpersonen, die eine Zusatzausbildung im Rahmen eines CAS zum Thema „Umgang mit Vielfalt“ absolvieren soll auf 13 % reduziert werden.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Einkauf und Logistik Winterthur

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion stellt den Antrag den Globalkredit um 100'000 Franken zu kürzen. Der Erlös für den Verkauf von Büromöbeln wurde zu niedrig budgetiert. Die GLP/PP-Fraktion ist sicher, dass der Erlös gesteigert werden kann, weil die entsprechenden Werte vorhanden sind. Im Rahmen von Fokus setzt die Stadt gemäss Abstimmungsunterlagen 6 Millionen für die Möblierung ein. Es ist bekannt, dass die Stadt von der CS Occasions-Möbel gekauft hat. Ein grosser Anteil dieser 6 Millionen wurde für den Kauf dieser Möbel eingesetzt. Auch mit dem Kauf von Occasions-Möbeln benötigt die Stadt mehr Geld für die Möblierung als in der Abstimmungsvorlage aufgeführt wurde. Die GLP/PP-Fraktion ist der Meinung, dass die Möbel, die ersetzt werden, nicht plötzlich Schrott sind. In den letzten Jahren wurden diese Möbel vom Personal genutzt. Letzten Montag wurde moniert, dass die Stadt Designermöbel geschafft hat. Auf jeden Fall stellt die GLP/PP-Fraktion den Antrag, in diesem Bereich 100'000 Franken einzusparen, indem die Büromöbel, die nicht mehr benötigt werden, verkauft werden. Wenn es dem Stadtrat an Ideen fehlt, wie dieser Erlös erzielt werden kann, hätte A. Steiner einige Anregungen auf Lager.

Y. Gruber (EVP/BDP): Letzte Woche hat Y. Gruber auf ein Votum verzichtet, um den Thriller im Gemeinderat nicht unnötig in die Länge zu ziehen. Weil sie sich aber nach der Debatte am liebsten in einen bestimmten Körperteil gebissen hätte, will sie das ändern. Diese Kürzung entspricht lediglich einer Schönung des Budgets. Höhere Einnahmen auf Brockenhausmöbel zu budgetieren, ist nicht realistisch. Aus diesem Grund lehnt die EVP/BDP-Fraktion den Antrag entschieden ab. Wenn der Gemeinderat dem Budget nicht noch mehr unrealistische Kürzungen verpassen, sondern sich auf realistische Anträge konzentrieren will, empfiehlt Y. Gruber die Ablehnung des Antrags.

D. Berger (Grüne/AL) hat mit Spannung verfolgt, wie diese Kürzung begründet wird. In der Kommission wurde eine Kürzung des Globalkredits von 300'000 Franken beantragt. Niemand konnte erklären, wie diese Zahl zustande gekommen ist. Es braucht einen Ansatzpunkt, wie dieser Erlös mit dem Verkauf der Möbel erreicht werden kann. Jetzt beantragt die GLP/PP-Fraktion den Globalkredit um 100'000 Franken zu kürzen. Wieso ist noch immer unklar und völlig schleierhaft. Offenbar herrscht die Ansicht, dass der Stadtrat die Möbel den Kolleginnen und Kollegen zuschieben und absichtlich keine Einnahmen generieren will. Das ist sicher nicht der Fall. Dieser Antrag ist ein Lieblingsantrag von D. Berger im Rahmen der Budgetdebatte, weil er völlig aus der Luft gegriffen wirkt. Offenbar findet man, dass diese Möbel einfach teurer verkauft werden müssen. Das ist eine schräge Vorstellung.

Ch. Magnusson (FDP): Es geht nicht wirklich darum, dass die Möbel teurer verkauft werden müssen, sondern darum, dass ein Verkauf stattfindet. In der Kommission wurde erklärt, dass ein Verkauf angedacht ist. Wenn etwas angedacht ist, steht noch kein Verkaufserlös im Budget. Deshalb ist dieser Budgetposten durchaus realistisch. Es scheint, man hat diesen Erlös vergessen ins Budget einzustellen. Man hat erklärt, dass die Möbel wahrscheinlich eingelagert werden. Damit wird der Wert nicht unbedingt gesteigert. Die FDP war von der Höhe des ursprünglichen Antrags überrascht. Deshalb hat sie eine Kürzung von 300'000 Franken abgelehnt. Mit so viel Mobiliar, das frei wird, kann eine Erlös von 100'000 Franken

durchaus erwirtschaftet werden. Im Sinne einer Anregung an den Stadtrat unterstützt die FDP-Fraktion den Antrag, den Globalkredit um 100'000 Franken zu kürzen.

S. Madianos (SP): Es ist interessant, dass beide an der gleichen Kommissionsitzung waren und offenbar etwas anderes gehört haben. S. Madianos hat einen Mitarbeiter der Stadt gehört, der sehr gut Auskunft geben konnte, was im moment an Möbeln vorhanden ist. Er konnte auch Auskunft geben, wie viel Mobiliar auf dem Markt vorhanden ist. Viele Grossunternehmen verkaufen ihr Mobiliar, das schneller gekauft wird, als die Möbel der Stadt Winterthur. Dieses Mobiliar wird zum Beispiel von der Stadt Winterthur für den Superblock gekauft. Die Stadt kann froh sein, wenn sie von ihrem Mobiliar so viel verkaufen kann, dass die Abfallgebühren für die Dinge bezahlt werden können, die weggeworfen werden müssen. Die Kürzung ist unrealistisch. Das stört S. Madianos an dieser Diskussion.

Stadtpräsident M. Künzle weist die Behauptung von A. Steiner zurück. Mit dem Kauf von Occasionsmöbeln für den Superblock konnte die Stadt sehr viel Geld sparen. Das ist eine Tatsache. Der Stadtrat wird in der Aufsichtskommission im Januar 2015 die Zahlen zum aktuellen Stand von Fokus präsentieren. Dabei wird auch über die Möbel diskutiert. Dass die Stadt mehr für Möbel ausgegeben hat, als in der Abstimmungsweisung angegeben, kann sich Stadtpräsident M. Künzle nicht vorstellen. Er kennt aber die Zahlen nicht auswendig. Wenn das der Fall wäre, hätte die Stadt diese Möbel nicht eingekauft.

Stadtrat St. Fritschi: Die Aussage von Ch. Magnusson, dass der Stadtrat etwas vergessen hat, obwohl er an der Kommissionssitzung erklärt hat, wie dieser Betrag berechnet wurde, ist unfair. Der Stadtrat hat lange erklärt, warum aus dem Verkauf von Möbeln kein Ertrag resultieren kann. Die Stadt kann froh sein, wenn der Umzug in ein Lager bezahlt werden kann. Die Möbel können nicht verkauft werden, wenn sie auf 25 Liegenschaften verteilt sind. Sie müssen zentral gelagert werden, damit sie an die Interessenten verkauft werden können. Das kostet. Die Logistik für die Entsorgung und den Verkauf verursacht Kosten. Letztendlich wird der Erlös die Kosten aufwiegen. Mit einem Gewinn ist nicht zu rechnen. Der Stadtrat ist zufrieden, wenn er die Unkosten decken kann. In der Kommission wurde nie gesagt, dass die Budgetierung dieser Einnahmen vergessen wurde. Der Gemeinderat kann zwar einen höheren Erlös budgetieren. Stadtrat St. Fritschi vertraut den Spezialisten, die täglich mit Büromöbeln zu tun haben und den Markt kennen. Die Stadt hat kein sonderlich gutes Möbelsortiment anzubieten, ansonsten würde sie keine Occasionsmöbel einkaufen, sondern das Mobiliar mitnehmen. Es wird schwierig sein, die Möbel zu verkaufen. Stadtrat St. Fritschi bittet die Ratsmitglieder, die Aussagen aus der Kommissionssitzung richtig wiederzugeben.

Ch. Magnusson (FDP) dankt Stadtrat St. Fritschi, dass er ihn an die Diskussion in der Kommission erinnert hat. Ch. Magnusson entschuldigt sich, dass er sich in der Wortwahl vergriffen hat. Es ist nicht so, dass etwas vergessen wurde. Trotzdem wird die FDP den Antrag unterstützen und hofft, dass 100'000 Franken mehr herausgeholt werden können.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Antrag abstimmen, den Globalkredit um 100'000 Franken zu kürzen.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Sonderschulung: keine Anträge, **Familie und Jugend:** keine Anträge,

Berufsbildung

M. Zehnder (GLP/PP): Die Informatikkosten an der Volksschule sollen genau durchleuchtet werden, weil die Kosten für die Schulcomputer anscheinend sehr hoch sind. An den Schulen braucht es keine Computer, die denen einer Finanzdienstleistungsfirma entsprechen. Dass

für Finanzdienstleistungen Supportfunktionen und Backupfunktionen wichtig sind, ist klar. Aus diesem Grund sind die Computer teurer. Für die Volksschule ist das nicht notwendig. M. Zehnder bittet den Stadtrat, das Projekt, das er an der Volksschule gestartet hat, auf die Berufsbildung auszuweiten. Weil der Kürzungsantrag in der Produktegruppe Städtische All-gemeinkosten/Erlöse angenommen worden ist, zieht M. Zehnder den Antrag zurück.

Sportamt

Ch. Benz (SP): In der BBK wurde folgender Antrag mit 9 zu 0 Stimmen angenommen: Verpflichtungskredite, Sportanlage Talgut, Neubau Garderobengebäude: Das Departement Schule und Sport hat den Kredit nachträglich reduziert. Ursprünglich war ein Neubau für 2,4 Millionen geplant. Das neue Projekt sieht eine einfachere Variante vor, die 1,2 Millionen kosten soll. Der Kredit von 1,2 Millionen teilt sich folgendermassen auf: 100'000 Franken sind für Projektierungskosten im Jahr 2015 vorgesehen, 300'000 Franken für die Ausführung im Jahr 2016 und weiter 800'000 Franken für die Ausführung im Jahr 2017. Zu einem späteren Zeitpunkt kann allenfalls eine Ausstockung erfolgen, die Rede ist von 2023 und später. Dazu würde es einen neuen Kredit brauchen. Diese Korrektur wurde vom Departement vorgenommen.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze stellt fest, dass sich der Stadtrat dem Antrag anschliesst und keine weiteren Anträge gestellt werden.

Departement Soziales

Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

M. Thurnherr (SVP): Im Jahr 2013 wurden in der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) 759 Fälle pro 100 % Stelle bearbeitet. Das sind 209 Fälle mehr als für das Jahr 2015 budgetiert sind. Die SVP ist der Überzeugung, dass die Fallbelastung von 600 Fällen pro 100 % Stelle immer noch tragbar ist für die Mitarbeitenden der KESB. Ein weiterer Abbau der pendenten Verfahren ist trotzdem möglich. Seit der Einführung der KESB sind die Kosten massiv gestiegen. Die SVP will ein Zeichen setzen. Deshalb stellt M. Thurnherr den Antrag den Globalkredit um 250'000 Franken zu kürzen und die parlamentarischen Zielvorgaben von 550 auf 600 zu erhöhen. Er dankt für die Unterstützung.

K. Cometta (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion lehnt die Anträge ab. Die KESB ist eine relativ neue Organisation aus dem Jahr 2013. Aufgrund des Anschlussvertrags mussten die Fälle der umliegenden Gemeinden integriert werden. Zudem musste die Organisation aufgebaut werden. Die KESB muss neues Bundesrecht umsetzen. Das ist mit einer hohen Anfangsbelastung verbunden. Hohe Pendenzenberge müssen abgebaut werden, zwei Stellen sind befristet und man hofft, dass damit die Pendenzen abgebaut werden können und im Anschluss weniger Personal benötigt wird. Die KESB muss heikle Fälle bearbeiten. Es geht um Kinder, die platziert werden müssen und andere prekäre Situationen. Deshalb ist es unabdingbar, dass die Fälle zügig bearbeitet werden können. Diese Stellekürzung ist deshalb nicht richtig. Wenn die Pendenzen abgebaut sind, soll die Anzahl Stellen genau überprüft werden

D. Schneider (FDP): In der Kommissionssitzung konnte aufgezeigt werden, dass sich die Fallentwicklung stabilisiert. Die Kosten müssen im Auge behalten werden. Aber es ist zu früh den Globalkredit zu kürzen, weil die Organisation ist noch gar nicht richtig entwickelt ist.

S. Näf (SP): Die SP lehnt diesen Antrag aus den genannten Gründen ab. Die KESB gibt es erst seit zwei Jahren. Es musste viel Aufbauarbeit geleistet werden. Die kantonale Aufsichts-

behörde der KESB, das Gemeindeamt, hat festgestellt, dass es im Kanton Zürich gut läuft. Die Mitarbeitenden leisten gute Arbeit. Es geht hier um zwei befristete Stellen, die Ende 2015 wegfallen werden. Die KESB soll im nächsten Jahr die Pendenzen abbauen können. Es geht um heikle Fälle, um Kinderschutzmassnahmen oder Beistandschaften, die rasch behandelt werden müssen. Das ist für die Betroffenen wichtig.

K. Brand (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion wird dem Nachtragsreglement, beziehungsweise der Einreihung der Löhne ohne grosse Begeisterung zustimmen und den weiteren Verlauf beobachten. Die CVP/EDU-Fraktion lehnt den Antrag ab. Gemäss übergeordnetem Recht wird der Lohn der Mitarbeitenden der KESB durch den Stadtrat festgelegt. Der Gemeinderat hat kein Mitspracherecht. Es ist davon auszugehen, dass die Diskussionen rund um dieses Thema noch lange andauern werden.

Stadtrat N. Galladé kann kaum neue Argumente vorbringen. Er dankt für die positiven Voten. Es ist dem Stadtrat gelungen, zu zeigen, dass nicht ausschliesslich der durchschnittliche Wert pro 100 % Stelle entscheidend ist. Es ist wichtig, dass die Pendenzen abgebaut werden können. Die KESB ist auf einem guten Weg. Zwei Stellen sind befristet bis Ende 2015. Diese Stellen werden wegfallen, wenn der Pendenzenberg abgebaut ist.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über die Anträge der SVP abstimmen: 1. Kürzung des Globalkredits um 250'000 Franken, Kürzung von 2,5 befristeten Stellen. 2. Fallbelastung pro 100 % Stelle: Anpassung der parlamentarischen Zielvorgabe von 550 auf 600.

Der Rat lehnt die Anträge ab.

Sozial- und Erwachsenenhilfe

D. Schneider (FDP): Die FDP stellt den Antrag, den Globalkredits um 500'000 Franken zu kürzen. Dieser Antrag wurde in der Kommission knapp abgelehnt. Die FDP stellt den Antrag erneut, weil es wichtig ist, dazu Stellung zu nehmen. Es geht um die 4 zusätzlichen Stellen, die im Budget eingestellt sind. Die FDP beantragt, dass auf diese Stellen verzichtet wird. Damit können 500'000 Franken eingespart werden. Die Stadt will eine Studie in Auftrag geben. Dabei ist zu prüfen, ob mit einer engeren Betreuung von Sozialhilfebezügern eine bessere Integration in den ersten Arbeitsmarkt erreicht werden kann. Die FDP begrüsst entsprechende Lösungsansätze. Unglücklich ist, dass diese Kosten nicht im Novemberbrief standen. Erst im Gespräch wurde klar, dass dieses Projekt geplant ist. In den parlamentarischen Zielvorgaben sind 50 Fälle pro 100 % Stelle vorgesehen. Heute sind es 60 Fälle, diese Quote kann man stehen lassen. Nach dem Umzug in den Superblock können die Abläufe optimiert werden. Dieses Potential soll ausgeschöpft werden. Im Teil B des Budgets wird zwischen den Zeilen festgehalten, dass mit Umzug in den Superblock optimiert gearbeitet werden soll. Das ist zu wenig. Aufgrund des Umzugs muss optimiert gearbeitet werden, das ist ein Ziel von Fokus. D. Schneider stellt deshalb den Antrag auf die 4 zusätzlichen Stellen zu verzichten. Diesen Ausbau kann sich die Stadt nicht leisten. Antrag 2: Anpassung der parlamentarischen Zielvorgabe von 50 auf 60. Antrag der SSK: Falls der Antrag von D. Schneider, Kürzung des Globalkredits um 500'000 Franken, keine Mehrheit findet, beantragt die SSK die 4 zusätzlichen Stellen auf zwei Jahre zu befristen.

B. Helbling (SP): Über das geplante Projekt wurde in der SSK im Rahmen von Zahlen, Fakten und Trends erstmals informiert. An dieser Sitzung wurde auch erwähnt, dass sowohl die Fallbelastung als auch die Arbeitsbelastung in der Sozialberatung nach wie vor hoch sind. Mit den 4 Stellen soll aufgezeigt werden, ob eine personell intensivere Betreuung der Sozialhilfebeziehenden eine schnellere Ablösung von der Sozialhilfe und eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht. Das Projekt wird von der Fachhochschule begleitet und evaluiert. Die Fallzahlen sind in den letzten Jahren angestiegen. Vor allem verbleiben immer

mehr Sozialhilfebeziehende länger als 2 Jahre in der Sozialhilfe. Danach eine Rückkehr in den Arbeitsprozess anzugehen, ist sehr schwierig. Die SP-Fraktion unterstützt jede Anstrengung, die eine Ablösung von der Sozialhilfe ermöglicht. Sie steht vollumfänglich hinter der Schaffung der 4 Stellen. Die Änderung der parlamentarischen Zielvorgaben lehnt sie ab.

M. Thurnherr (SVP): Die SVP unterstützt den Antrag der FDP. Es ist der falsche Zeitpunkt, um diese 4 zusätzlichen Stellen zu bewilligen, damit eine Studie durchgeführt werden kann. Die SVP unterstützt den Kommissionsantrag, falls der Antrag der FDP keine Mehrheit findet.

B. Huizinga (EVP/BDP): Die EVP/BDP-Fraktion findet es sehr wichtig, dass die 4 Stellen geschaffen werden. Die Gründe für das Ansteigen der Fälle müssen überprüft werden. Wenn kein Personal zur Verfügung gestellt wird, um das Problem anzugehen, werden die Fallzahlen unter Umständen weiter ansteigen. Die EVP/BDP-Fraktion begrüsst das Projekt. Durch engere Betreuung sollen mehr Klientinnen und Klienten in den ersten Arbeitsmarkt überführt werden. Für die aktuelle Kostensituation ist eine Erhöhung des Stellenetats um 4 Stellen eine grosse finanzielle Belastung. Deshalb hat die EVP/BDP-Fraktion in der Kommission beantragt, dass die Stellenerhöhung auf 2 Jahre befristet wird. Nach 2 Jahren sollten aussagekräftige Ergebnisse vorliegen. Danach kann erneut entschieden werden, ob die Stellen benötigt werden. Die EVP/BDP-Fraktion will diese Stellen sprechen.

K. Cometta (GLP/PP): Das Kostenwachstum in der Sozialhilfe beschäftigt alle Ratsmitglieder und auch den Stadtrat. Der Fallanstieg findet in allen Altersgruppen statt – ganz stark bei Jugendlichen und jungen Familien. Besonders besorgniserregend ist die Erhöhung der Langzeitfälle. Das kostet die Stadt viel Geld. Die GLP/PP-Fraktion erhofft sich, dass mit einer engeren Begleitung der Leute Kosten eingespart werden können. Die positiven Auswirkungen einer engeren Betreuung sollen nachgewiesen, beziehungsweise untersucht werden. Das ist im Zusammenhang mit dem Postulat „Steuerungsmöglichkeiten im Bereich der Sozialhilfekosten“ zu sehen. Es geht um eine Sparmassnahme, die auf gute Art umgesetzt werden kann. Manchmal muss man investieren, um ein Resultat zu erzielen. Die GLP/PP-Fraktion hofft, dass der Globalkredit in der Produktegruppe Prävention und Suchthilfe gekürzt werden kann. Die Erhöhung ist sinnvoll, wenn damit eine gute Betreuung ermöglicht wird. Die Leute sollen wieder von der Sozialhilfe abgelöst werden. Wenn das nicht möglich ist, kosten das die Stadt langfristig sehr viel.

Stadtrat N. Galladé: Die Fallzahlen in der Sozial- und Erwachsenenhilfe steigen stetig an. In den letzten Jahren konnte die Stadt nicht Schritt halten mit der Anzahl Stellen. Eine Hypothese ist, dass das ein Grund für die Fallzunahmen ist. Die Gemeinde Pfungen hat festgestellt, dass im Vergleich zu anderen Gemeinden wenig Mitarbeitende in der Sozialhilfe arbeiten. Winterthur hat bedeutend weniger Mitarbeitende pro Fall. Damit können die Fälle nur noch verwaltet werden. Es bleibt wenig Zeit, um die Sozialhilfebeziehenden zu betreuen und sie allenfalls auch abzulösen. In Pfungen macht man sich ähnliche Gedanken. Zitat: „Der Gemeinderat erhofft sich, dass durch die Schaffung der zusätzlichen Stelle mehr Zeit für persönliche Beratungen und Wiedereingliederungsmassnahmen der Klienten zur Verfügung steht und somit der eine oder andere Fall von der wirtschaftlichen Sozialhilfe abgelöst werden kann. Dies würde dazu beitragen, die finanzielle Lage der Gemeinde längerfristig und nachhaltig zu verbessern.“ Aus diesem Grund beantragt der Stadtrat diese Stellen. Ein Teil des Mankos, das in den letzten Jahren durch steigende Fallzahlen und leicht rückläufige Anzahl Stellen verursacht wurde, ausgeglichen werden kann. Die Wirksamkeit dieser Stellenaufstockung soll aber mit einer Studie überprüft werden. Am 22. September 2014 hat der Stadtrat das Projekt in der SSK vorgestellt. Im Novemberbrief wurde das Projekt nicht erwähnt, das ist vielleicht ein Schönheitsfehler, aber kein Grund, das Projekt abzulehnen. Inhaltlich hat der Stadtrat transparent informiert und ist Rede und Antwort gestanden. In diesem Sinne hält der Stadtrat an seinem Antrag fest. Der Kompromissantrag, die 4 Stellen auf 2 Jahre zu befristen, ist ein gangbarer Weg.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze stellt die Anträge einander gegenüber: Anträge der FDP: Kürzung des Globalkredits um 500'000 Franken und die Änderung der parlamentarischen Zielvorgaben, Fallbelastung pro 100 % Stellen von 550 auf 600. Kommissionsantrag: Die 4 zusätzlichen Stellen werden auf 2 Jahre befristet.

Der Rat stimmt dem Kommissionsantrag zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze stellt den obsiegenden Antrag dem Antrag des Stadtrates gegenüber: Befristung der Stellen auf 2 Jahre. Antrag des Stadtrates: Schaffung von 4 Stellen ohne Befristung.

Der Rat stimmt dem Antrag der Sachkommission Soziales und Sicherheit zu.

Investitionskredite

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Investitionskredit 13090, Asylunterkunft in Containerbauweise: Im Drehbuch wurde die Korrektur vergessen.

R. Diener (Grüne/AL): Es geht um eine Korrektur im Voranschlag 2015. Für den Bau einer Asylunterkunft in Containerbauweise wurde in den Abstimmungsunterlagen ein Betrag von 4,625 Millionen eingesetzt. Im Budget wurde eine falsche Zahl aufgeführt. Die Korrektur wurde von der BBK mit 9 zu 0 Stimmen angenommen.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze stellt fest, dass sich der Stadtrat der Korrektur anschliesst. Damit ist der Kommissionsantrag angenommen.

Prävention und Suchthilfe

D. Oswald (SVP): Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, den Globalkredit um 50'000 Franken zu kürzen. Im Drehbuch stehen 700'000 Franken. Es geht jetzt um 50'000 Franken. Die SVP hat festgestellt, dass das Präventionsangebot gegenüber 2014 erhöht wurde. Die SVP ist der Meinung, dass das Angebot auf dem Niveau von 2014 belassen werden soll. Damit können 50'000 Franken eingespart werden. D. Oswald dankt für die Unterstützung.

B. Helbling (SP): Dieser Antrag wurde in der Kommission nicht besprochen. Die Kostensteigerung in der Produktegruppe Prävention und Suchthilfe konnte in der Kommission begründet werden. Die Kürzung soll in der Prävention erfolgen, das heisst im Produkt 1. Dort sind die Leistungen für Suchtprävention enthalten. Die SP lehnt diese Kürzung ab.

D. Schneider (FDP): Der Antrag konnte in der Kommission nicht besprochen werden. Das ist unglücklich. Die FDP lehnt diesen Antrag ab, weil nicht darüber diskutiert werden konnte. Es ist D. Schneider nicht ganz klar, ob diese Kürzung sinnvoll ist oder nicht. Es ist aber wichtig, dass entsprechende Anträge in der Kommission diskutiert werden können.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Antrag der SVP, den Globalkredit um 50'000 Franken zu kürzen, abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Individuelle Unterstützung

D. Schneider (FDP): Der Globalkredits soll um 800'000 Franken gekürzt werden, um die Sozialhilfebeiträge möglichst tief zu halten. Es zeigt sich, dass ein Handlungsspielraum bei

den SKOS Richtlinien vorhanden ist. D. Schneider kann dazu zwei Beispiele nennen: Bei der sozialen und beruflichen Integration besteht eine Bandbreite von 100 Franken bis 300 Franken. Sparmöglichkeiten bietet auch die konsequente Einforderung der Mietzinsreduktion auf der Basis des Referenzzinssatzes. Der Rückgriff auf das Eigentum der Sozialhilfebezüger enthält ebenfalls ein Sparpotential. Diese drei Beispiele zeigen, dass die Empfehlungen der SKOS verschieden interpretiert werden können. Die Kürzung um 800'000 Franken ist fast ein Akt der Verzweiflung. Es ist die Pflicht des Gemeinderates ein Zeichen zu setzen. Es handelt sich aber lediglich um einen Tropfen auf den heissen Stein. Mit der Kürzung um 800'000 Franken wird das Ausgabenwachstums um 18 % reduziert. Damit wird das Wachstum etwas gebremst. Der Globalkredit wird um 0,7 % gekürzt. Es ist nötig, dass der Gemeinderat ein Zeichen setzt und sich zu dieser Entwicklung äussert. Der Stadtrat betont oft, dass er nichts machen kann, weil das Sozialhilfegesetz die Ausgaben vorschreibt. Es besteht aber ein Handlungsspielraum, der genutzt werden muss. Deshalb stellt die Kommission den Antrag, den Globalkredit um 800'000 Franken zu kürzen.

B. Helbling (SP): In dieser Produktegruppe geht es nicht um Verwaltungskosten, sondern um gesetzlich festgelegte individuelle Unterstützungsbeiträge und beinhaltet auch Zusatzleistungen, Kleinkinderbetreuungsbeiträge und Sozialhilfeunterstützung. Die Unterstützungsansätze der Sozialhilfe sind kantonale festgelegt. Der minimale Handlungsspielraum wird von der Kompetenzordnung der Sozialhilfebehörde festgelegt. Die Ausrichtung der Leistungen muss aufgrund der gesetzlichen Vorgaben erfolgen. Im neusten Sozialbericht von 2013 wird ersichtlich, dass die Bruttokosten der Sozialhilfe pro Person in der Stadt Winterthur deutlich unter dem kantonalen Durchschnitt liegen. Die Leistungen werden bereits jetzt sehr kostenbewusst gesprochen. Es soll nicht auf dem Rücken der Schwächsten gespart werden. B. Helbling zitiert den Satz, den ein anderes Ratsmitglied letztes Jahr geäussert hat: „Für diese Kürzung gibt es zu wenig Spielraum.“ Die SP lehnt den Antrag ab.

K. Cometta (GLP/PP): In der Produktegruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe werden 4 neue Stellen geschaffen, auch um in der Produktegruppe Individuelle Unterstützung eine finanzielle Entlastung zu erreichen und das Kostenwachstum etwas zu bremsen. Das hat mit Sparen nicht viel zu tun. Es geht um eine kleine Bremswirkung. Es gibt einerseits durchaus einen Ermessensspielraum. Andererseits erhofft sich die GLP/PP-Fraktion, dass vermehrt Sozialhilfebeziehende in den Arbeitsmarkt integriert und Kosten eingespart werden können. Es ist klar, das Kostenwachstum in der Sozialhilfe macht allen Sorgen. Es müssen Wege gefunden werden, um die Stadt zu entlasten. Winterthur ist überdurchschnittlich betroffen. Deshalb ist es wichtig, dass auch auf kantonaler Ebene Lösungen gefunden werden. Die Lasten müssen gerechter verteilt werden. Im Kantonsrat wurden diverse Vorstösse zu diesem Thema nicht unterstützt, namentlich auch von Winterthurer Vertretern aus der EVP und anderen Parteien. Hier muss die Stadt weiter intervenieren. Eine kantonale Lösung ist nicht von heute auf morgen machbar. Deshalb müssen die möglichen Massnahmen ergriffen werden.

K. Brand (CVP/EDU): Die Unterstützungsrichtlinien der SKOS sind kaum verhandelbar. Das heisst, dass die Sparschraube nur wenig zugezogen werden kann. Doch ist bei einem Budgetbetrag von 110 Millionen ist eine Einsparung von 800'000 Franken sicher möglich. Die CVP/EDU-Fraktion unterstützt den Antrag.

M. Thurnherr (SVP): Es ist wichtig, dass die Stadt Winterthur lediglich die gesetzlich vorgeschriebenen Beiträge auszahlt, damit Winterthur nicht zu attraktiv wird für Sozialhilfebezüger der umliegenden Gemeinden. Deshalb unterstützt die SVP die Reduktion des Globalkredit um 800'000 Franken.

J. Altwegg (Grüne/AL): In der Kommission wurde klar ausgeführt, warum es nicht ganz einfach ist, bei den Mietzinsen Einsparungen zu erzielen. Es ist deshalb eher schwierig die beantragten 800'000 Franken einzusparen. Eine Gesellschaft wird bekanntlich daran gemessen, wie sie mit den Schwächsten umgeht. Diese Kürzung ist ähnlich verwerflich wie die

Kürzung der Beiträge für AHV- und IV-Bezüger. Erneut soll auf dem Buckel derjenigen gespart werden, die sich kaum wehren können. Offenbar ist nur wichtig, dass die Steuern nicht erhöht werden. Jetzt soll bei denen gespart werden, die sowieso nicht viel haben. 0,7 % der Ausgaben für die Individuelle Unterstützung sollen eingespart werden. D. Schneider ist der Meinung, dass diese Einsparungen möglich sind. Diese Meinung entspricht aber nicht den Tatsachen. Deshalb wäre es wichtig, dass man in der Kommission zuhört, wenn erklärt wird, warum etwas nicht möglich ist. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt den Antrag ab.

Stadtrat N. Galladé: In den Voten wurde gefordert, dass die Sozialhilfe auf das Minimum beschränkt werden soll. Dabei schwingt mit, dass die Stadt Winterthur den Sozialhilfebeziehenden mehr Geld auszahlt, als in anderen Städten. Der Rückgriff auf das Eigentum der Sozialhilfebeziehenden erfolgt gemäss Richtlinien. Vermögen muss entsprechend aufgebraucht werden – bis auf 10'000 Franken für eine Familie und bis auf 4'000 Franken für eine Einzelperson. Viel Eigentum ist jeweils nicht mehr vorhanden. Das wird genau abgeklärt. Um Mietzinsreduktionen einzufordern, wird der Mieterverband mit einbezogen. Es wird suggeriert, dass die Stadt Winterthur für Sozialhilfebezüger zu attraktiv sei. Im Sozialbericht des Kantons sind auf 150 Seiten die Daten aufgelistet. Die Zahlen, die in diesem Bericht ausgewiesen sind, zeigen, dass in Winterthur die Unterstützungsbeiträge keineswegs grosszügig sind. Die Zahlen zeigen eher das Gegenteil. Die steigenden Sozialhilfekosten beschäftigen auch den Stadtrat. Das Hauptrezept wurde von K. Cometta erwähnt. Der Kanton hat im bereits erwähnten Bericht ausgewiesen, dass die Kosten über den ganzen Kanton gesehen in den letzten 10 Jahren nicht gestiegen sind. Die einzelnen Gemeinden sind aber unterschiedlich belastet. Deshalb ist eine Solidarisierung notwendig. Es stehen Kantonsratswahlen an. Damit können die Leute gewählt werden, die die Interessen von Winterthur vertreten. Mit dieser Kürzung soll ein Zeichen gesetzt werden, das ist nachvollziehbar. Die Probleme müssen diskutiert werden. Wenn jetzt lediglich die Zahlen geändert werden, bringt das nicht viel. Der Antrag, den Globalkredit um 800'000 Franken zu kürzen, ist offensichtlich mehrheitsfähig. Der Stadtrat muss prüfen, wie er damit umgehen soll. Gemäss Benchmark ist die Stadt Winterthur auf einem guten Niveau. Eigentlich ist in dieser Produktgruppe die einzig beeinflussbare Grösse die Gemeindegzuschüsse. Der Stadtrat hat beantragt, diese Zuschüsse zu streichen. Der Gemeinderat hat einen Kompromissantrag unterstützt. Zudem steht ein Referendum im Raum. Die Einsparungen werden deshalb nur schwer umzusetzen sein. Wenn das Budget heute um 800'000 Franken reduziert wird, muss sich der Gemeinderat überlegen, wie er mit seinen Entscheidungen umgeht. Mit dem Entscheid, die Gemeindegzuschüsse teilweise weiterhin auszusahlen, müssten ca. 2 Millionen mehr ins Budget dieser Produktgruppe eingestellt werden. Wenn Stadtrat N. Galladé im Laufe des Jahres 2015 gewisse Ausgaben als gebunden erklären muss, dann werden diese 2 Millionen eine Rolle spielen.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Antrag abstimmen, den Globalkredit um 800'000 Franken zu kürzen.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Spitex: keine Anträge

Alterszentren

F. Helg (FDP): Verpflichtungskredit, Alterszentren Immobilienstrategie: Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, den Projektierungskredit in der Höhe von 150'000 Franken zu streichen. Aus Sicht der FDP ist jetzt nicht der richtige Zeitpunkt für diese Immobilienstrategie. Die Zukunft der Alterszentren in der Stadt Winterthur ist ungewiss, insbesondere was die Organisationsform anbelangt. Zu diesem Thema hat F. Helg die Interpellation 2013/062, Organisation der Alters- und Pflegezentren verfasst. Die Antwort wurde vor einem Jahr vom Stadtrat publiziert. Daraus kann folgendes Zitat entnommen werden: „Der Stadtrat ist grundsätzlich be-

reit zu prüfen, ob für die heute städtisch geführten Alters- und Pflegezentren ein anderes Organisationsmodell in Frage kommt.“ Die Interpellation wurde im Rat noch nicht behandelt. Aber der Stadtrat hat seine Bereitschaft erklärt, sich die entsprechenden Überlegungen zu machen. Das wird von der FDP begrüsst. Solange diese Weichenstellungen noch pendent und politisch nicht diskutiert sind, ist es verfrüht 150'000 Franken für eine Studie auszugeben. Die Kosten von 150'000 Franken für diese Studie sind hoch, wenn man das in Relation zu den 30'000 Franken setzt, die für die Studie für die Theaternutzung ausgegeben werden sollen. Für 150'000 Franken könnte ein Mann oder eine Frau 1 Jahr lang arbeiten. Wenn man jetzt diese Studie bestellt, läuft man Gefahr, ein Papier für den Papierkorb zu produzieren. Deshalb ist es verfrüht, diesen Betrag zu bewilligen.

R. Diener (Grüne/AL): Wenn ein Haus ein Loch im Dach hat, muss man etwas unternehmen und das Loch sanieren. F. Helg will offenbar einfach abwarten und noch nichts unternehmen. Es geht um die Sanierung der Alterszentren, die in den nächsten 10 bis 20 Jahren ansteht. Das kann man nicht aus dem Handgelenk heraus an die Hand nehmen. Die Sanierung muss sorgfältig aufgegleist werden. Wenn die Stadt nichts unternimmt, riskiert sie höher Kosten. Niemand weiss, was mit diesen Alterszentren passieren wird. Das ändert aber nichts daran, dass sie saniert werden müssen, egal wer die Zentren in Zukunft betreiben wird. Zudem sollen Überlegungen über die Zukunft der Alterszentren mit einbezogen werden. Die anstehende Sanierung ist eine grosse Herausforderung. Insbesondere die notwendigen temporären Lösungen müssen aufgegleist werden, damit die Anlagen saniert werden können. Ein Umbau ist nicht ganz einfach. Die Bewohnenden müssen unter Umständen in Provisorien umziehen. Dazu ist eine saubere Planung notwendig. Es ist notwendig, diese 150'000 Franken im Budget zu belassen. Insgesamt ist das kein grosser Betrag, weil die Sanierungen 10, 20, 30 oder auch 50 Millionen kosten können. R. Diener bittet die Ratsmitglieder, den Kürzungsantrag abzulehnen.

F. Landolt (SP): Die SP teilt die Meinung von R. Diener. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für einen Projektionskredit, weil grosse Erneuerungen anstehen. Im Grunde genommen geht es darum, zu eruieren was, wann, wo, in welchem Umfang saniert, umgebaut, erweitert, ausser Betrieb genommen, in Betrieb genommen, rückgebaut oder neu gebaut werden muss. F. Landolt bittet die Ratsmitglieder, den Kürzungsantrag abzulehnen. Die Erkenntnisse aus der Studie bilden auch eine Grundlage, wenn es um eine neue Organisation geht. Die Stadt muss abklären, was die neuen Trägerschaften investieren müssen.

Stadtrat N. Galladé: Dass die Zukunft der Alterszentren ungewiss ist, mag in Bezug auf die Organisationsform stimmen. Die bauliche Situation ist aber abgeklärt. Die Stadt kommt um eine grosszyklische Sanierung aller Alterszentren nicht herum. In den nächsten 20 bis 25 Jahren ist mit einem Volumen von 200 Millionen zu rechnen. Die Planung muss jetzt an die Hand genommen werden, ganz unabhängig von einer Diskussion über die Organisationsform. Die 150'000 Franken sind sicher ein grosser Betrag für eine Studie. In der Relation zum Bauvolumen, ist das ein kleiner aber notwendiger Aufwand. Es gibt keinen direkten Zusammenhang zwischen der Diskussion um die Rechtsform und den baulichen Notwendigkeiten. Die Beispiele KSW und IPW zeigen das. Der Kanton hat klare Vorstellungen in Bezug auf die Rechtsform, gleichzeitig stehen grosse Sanierungen um Raum. Die Stadt muss ihre Hausaufgaben machen.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Antrag der FDP abstimmen, den Globalkredit um 150'000 Franken zu kürzen.

Der Rat stimmt der Kürzung zu.

Beiträge an Organisationen

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Diverse Anträge sind per Mail versandt worden. Die Ratspräsidentin bittet die Ratsmitglieder, die Anträge genau zu benennen.

K. Brand (CVP/EDU): Dem Antrag, den Globalkredit pauschal um 150'000 Franken zu kürzen, in der Produktegruppe Beiträge an Organisationen, hat die Kommission mit 5 zu 4 Stimmen zugestimmt. Die CVP/EDU-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag zu diesem Kommissionsantrag. K. Brand möchte zudem zwei Einzelanträge der CVP/EDU-Fraktion stellen: Der Kredit für die Scheidungsberatung soll um 10'000 Franken gekürzt werden und der Kredit für Partnerschafts- und Eheberatung soll um 50'000 Franken gekürzt werden.

M. Thurnherr (SVP): Die SVP unterstützt den Kommissionsantrag, den Globalkredit um 150'000 Franken zu kürzen nicht mehr, da die Planungssicherheit bei einer Pauschalkürzung nicht mehr gegeben ist. Deshalb stellt die SVP Einzelanträge. Sie stellt den Antrag die Beiträge an die Rechtsauskunft des Gewerkschaftsbundes um 42'000 Franken zu kürzen. Die Stadt Winterthur verfügt über keinen gültigen Beschluss in Bezug auf diese finanzielle Unterstützung. Zudem hat der Gewerkschaftsbund ausreichend finanzielle Mittel, da die Arbeitnehmer, die einem GAV unterstellt sind, einen Beitrag leisten.

D. Oswald (SVP): Die SVP stellt den Antrag die Position Verein Läbesruum von 850'000 Franken auf 800'000 Franken zu kürzen. Damit erhält der Verein noch immer einen Beitrag, der über dem Betrag liegt, der in der Abstimmung vom Volk bewilligt wurde. Die Stadt leistet trotzdem noch einen sehr hohen Beitrag an diese Institution. Der Läbesruum kann trotz dieser Kürzung von 50'000 Franken weiterarbeiten. Zudem werden durch diese Institution lokal Gewerbebetriebe konkurrenziert. Die Situation soll zugunsten des Gewebes verbessert werden. Im Weiteren unterstützt die SVP die beiden Anträge der CVP/EDU-Fraktion.

S. Näf (SP): Die SP lehnt sämtliche Kürzungsanträge ab. In der Kommission hat die SP die Kürzung von 150'000 Franken abgelehnt, weil in dieser Produktegruppe bereits im Jahr 2014 grosse Beträge eingespart wurden. Dass die einzelnen Leistungen überprüft werden, ist sinnvoll. Es ist aber nicht realistisch, dass bereits im Jahr 2015 Kürzungen in der beantragten Höhe umgesetzt werden können. Es ist wichtig, dass die Stadt Winterthur ihre soziale Verantwortung wahrnimmt und Beiträge an soziale Organisationen leistet, die Aufgaben übernehmen, die sonst von der Stadt übernommen werden müssten. In der Kommission konnten die Einzelanträge nicht diskutiert werden. Deshalb ist nicht bekannt, was diese Kürzungen für die betroffenen Organisationen bedeuten werden. Zudem ist ungewiss, ob sie im Jahr 2015 umsetzbar sind. Teilweise sind Verträge vorhanden. Für die Organisationen ist es schwierig, wenn sie im Dezember erfahren, dass sie 2015 weniger Geld von der Stadt erhalten. Kürzung des Globalkredits um 42'000 Franken. Die Beiträge an die Rechtsauskunft des Gewerkschaftsbundes sollen reduziert werden. Damit würde der gesamte Betrag gestrichen, den die Stadt Winterthur an die Rechtsauskunft des Gewerkschaftsbundes bezahlt. Das wäre für diese Rechtsauskunft ein grosses Problem. Die unentgeltliche Rechtsauskunft erbringt für die Bevölkerung der Stadt Winterthur eine wichtige Dienstleistung. Sie erteilt jährlich über 1'300 telefonische Auskünfte und führt jährlich über 1'000 persönliche Beratungsgespräche. Wenn dieser Beitrag ersatzlos gestrichen wird, sorgt das an anderen Orten für mehr Kosten, zum Beispiel bei den Friedensrichterämtern. Die SP lehnt diesen Antrag ab. Sie will die Beratungsstelle, die vor allem für die Arbeitnehmenden sehr wichtig ist, erhalten. Die Kürzung von 50'000 Franken, Reduktion des Beitrags an die Partnerschafts- und Eheberatung, lehnt die SP ab. Es ist wichtig, dass die Bevölkerung von Winterthur eine neutrale und professionelle Beratung in Anspruch nehmen kann. Auch Personen mit weniger hohem Einkommen müssen Zugang zu entsprechenden Angeboten haben. Sparen macht hier keinen Sinn. Auch in diesem Fall soll der gesamte Beitrag, den die Stadt der Beratungsstelle bezahlt, gestrichen werden. Das Gleiche gilt für die Scheidungsberatung. Eine Lösung, die im Falle einer

Scheidung bereits zum Voraus gefunden werden kann, ist sehr viel Wert. Ein jahrelanger Rechtsstreit bei einer Scheidung ist sehr schwierig, vor allem wenn Kinder involviert sind. Den Kürzungsantrag in der Höhe von 10'000 Franken lehnt die SP ab. Den Antrag, den Beitrag an den Verein Läbesruum um 50'000 Franken zu kürzen, lehnt die SP ab. Auch dieser Antrag konnte in der Kommission nicht besprochen werden. Mit 850'000 Franken leistet die Stadt einen hohen Beitrag. Es fehlen aber die Grundlagen, um zu beurteilen, was diese Kürzung für den Verein bedeutet und welche Leistungen wegfallen müssten. Kurzfristige Kürzungsanträge, deren Bedeutung nicht abgeklärt werden konnte, kann die SP nicht unterstützen.

K. Gander (Grüne/AL) kann sich ihrer Vorrednerin anschliessen. Wenn die Probleme richtig und konstruktiv angegangen werden, wenn die Parteien ihre Rechte und Möglichkeiten kennen, können diese in den meisten Fällen nicht nur effizienter, sondern auch kostengünstiger gelöst werden. Die Rechtsberatung des Gewerkschaftsbundes führt jährlich über 2'000 Beratungen durch. Für diese Dienstleistung erhält der Gewerkschaftsbund 42'000 Franken. Das macht rund 29 Franken pro Beratung. Es ist bekannt was ein Anwalt kostet. Für viele Menschen, die sich das nicht leisten können, wäre es verheerend, wenn diese Dienstleistung gestrichen würde. K. Gander dankt für die Unterstützung.

D. Schneider (FDP): Die FDP ist ebenfalls für den Rückzug des Kürzungsantrag von 150'000 Franken. Die Fraktion unterstützt alle Anträge, die im Drehbuch erwähnt sind. Der Antrag, den Beitrag an den Verein Läbesruum um 50'000 Franken zu kürzen, konnte in der Kommission nicht besprochen werden. D. Schneider kennt den Läbesruum. Er hat ihn gegründet und die ersten 7 Jahre geleitet. Die FDP unterstützt diesen Sparantrag. Das ist natürlich gegen das Herz von D. Schneider. Es freut ihn, dass der Läbesruum so gut in der Stadt verankert ist. Das war zu Beginn nicht der Fall. Die Grundidee des Vereins ist es, ein Sozialunternehmen zu führen. Vom Taglohnbetrieb profitiert die Stadt, weil sie Ausgaben für die Sozialhilfe einsparen kann. Diese Einsparungen waren damals grösser als der Beitrag der Stadt. Indem D. Schneider für die Kürzung plädiert, will er bewirken, dass das Unternehmertum angeregt wird. Mit diesem Kürzungsantrag ist auch eine Botschaft verbunden.

B. Huizinga (EVP/BDP): Die EVP/BDP-Fraktion unterstützt den globalen Kürzungsantrag nicht. Die Produktegruppe Beiträge an Organisationen ist eine spezielle Produktegruppe. Der Globalkredit setzt sich aus einzelnen Beiträgen an verschiedene Organisationen zusammen. Somit kann eine pauschale Kürzung nicht umgesetzt werden. Die Anträge der CVP bezüglich der Scheidungsberatung und der Partnerschafts- und Eheberatung kann die EVP/BDP-Fraktion nicht unterstützen. Dass die CVP Scheidungen ablehnt, ist verständlich. Aber die Beiträge an die Partnerschafts- und Eheberatung zu streichen, ist doch ein recht spannender Antrag. Die EVP/BDP-Fraktion will trotzdem Hand zum Sparen bieten und wird der Streichung der Beiträge an die Rechtsberatung des Gewerkschaftsbundes zustimmen. Der Globalkredit soll um 42'000 Franken reduziert werden. Es gibt in der Stadt genügend Möglichkeiten für unentgeltliche Rechtsauskünfte. Gemäss der Kenntnis von D. Huizinga bietet der Zürcher Anwaltsverband Erstberatungen gratis an. Der Antrag, die Beiträge an den Verein Läbesruum um 50'000 Franken zu kürzen, konnte in der Kommission nicht beraten werden. Es besteht eine Leistungsvereinbarung mit der Stadt. Diese läuft im Dezember 2015 aus und wird danach neu verhandelt. Der Gemeinderat kann nicht einfach mit dem Budget eine Kürzung vornehmen. Eine Reduktion müsste im Rahmen einer neuen Vereinbarung diskutiert werden. Der Läbesruum hat in den letzten zwei Jahren die Leistungen ausgebaut. Diese Organisation sollte weniger als Konkurrenz zum Gewerbe, sondern vielmehr als Partnerin betrachtet werden. Zudem wurde erklärt, dass die Eigenfinanzierung erhöht werden soll. Es gibt aber keine Sozialfirma mit höherem Eigenfinanzierungsgrad, der beim Läbesruum 78 % beträgt. Die EVP/BDP-Fraktion lehnt den Kürzungsantrag ab.

Stadtrat N. Galladé: Das ist ein Beispiel, wie man es nicht machen sollte. In der Kommission wurde diese Produktegruppe besprochen. Verschiedene Anträge lagen in der Luft. An der

letzten Kommissionssitzung vor der Budgetdebatte wurden die Einzelanträge zugunsten eines globalen Kürzungsantrags zurückgezogen. Ein globaler Kürzungsantrag hat ebenfalls Tücken. Der Stadtrat hätte entscheiden müssen, wo 150'000 Franken eingespart werden können. In dieser Produktegruppe sind nicht alle Beiträge gesetzlich vorgeschrieben. Deshalb hätte der Stadtrat jede Institution prüfen müssen, ob Kürzungen möglich sind. Alle im Raum stehenden konkreten Anträge wurden zurückgezogen, noch bevor eine Diskussion stattgefunden hat. Die Institutionen, deren Beiträge gekürzt werden sollten, wurden nicht benannt. Jetzt weiss niemand genau was die Kürzungen bewirken werden. Weder der Hintergrund noch die Leistungen oder die Auswirkungen sind im Detail bekannt. Zudem wurde nicht geklärt, ob eine Kündigung möglich ist. Die genauen Vereinbarungen sind nicht bekannt. Weil so vieles unklar war, hat das Ratspräsidium eingegriffen. Dafür bedankt sich Stadtrat N. Galladé. Der Stadtrat hat in der Folge erklärt, dass ein globaler Kürzungsantrag nur schwer umsetzbar ist. Dieser würde Stadtrat N. Galladé trotzdem vorziehen, weil jetzt vor allem Beratungsangebote von den Kürzungen betroffen sind. Er weiss nicht, ob diese Beiträge einfach im Rahmen der Budgetdebatte gestrichen werden können. Für verschiedene Beratungsstellen gibt es eine Grundlage. Die Beiträge an die Rechtsberatung des Gewerkschaftsbundes wurden im Rahmen von win.03 diskutiert. Der Stadtrat will die Beratungsangebote prüfen. Dafür benötigt er aber zeitliche Ressourcen. Das würde er nächstes Jahr an die Hand nehmen. Heute wird der globale Kürzungsantrag, der in der Kommission mit 5 zu 4 Stimmen angenommen wurde, offensichtlich keine Mehrheit mehr finden. Dafür werden einzelne Kürzungsanträge gestellt.

Die Rechtsauskunft des Gewerkschaftsbundes hat nichts damit zu tun, ob ein GAV vorhanden ist oder nicht. Letztlich handelt es sich um eine Leistung, die auf den Spezialgebieten Arbeitsrecht und Sozialversicherungen erbracht wird. Andere Rechtsauskunftsangebote übernehmen die Aufgabe einer Triage-Stelle – zum Beispiel die unentgeltliche Rechtsauskunft. Komplexere Fälle werden weitergegeben. Diese Beratung kann in Anspruch genommen werden, ohne dass man Gewerkschaftsmitglied ist. Ansonsten würde die Stadt keine Beiträge leisten. Der Verein Eheberatung bietet sowohl Partnerschafts- und Eheberatung als auch Scheidungsberatung an. Dieser Verein wird getragen von den Landeskirchen, sowohl von der reformierten wie auch von der katholischen. Zur Trägerschaft gehört auch die Stadt Winterthur, der Beitrag wurde vom Grossen Gemeinderat 1975 beschlossen. Dazu gibt es eine Rechtsgrundlage. Der Verein erhält auch kantonale Beiträge. Stadtrat N. Galladé weiss nicht, ob die kantonalen Beiträge an die Beiträge der Gemeinden gekoppelt sind. Zudem braucht die Stadt Zeit, um die Leistungsvereinbarung aufzulösen. Der Verein Läbesruum erhält von der Stadt ebenfalls Beiträge. Der Grosse Gemeinderat hat 2006 mit 53 zu 0 über diesen Beitrag abgestimmt. Das Volk hat einem Beitrag von 770'000 Franken zugestimmt, mit der Erwähnung, dass ein darüber hinausgehender Beitrag vom Gemeinderat mit dem Budget bewilligt werden kann. Der Läbesruum hat sein Angebot angepasst und ausgebaut. Das hat seine Gründe. Der Beitrag der Stadt liegt jetzt bei 850'000 Franken. Bevor die Leistungsvereinbarung nicht geprüft worden ist, empfiehlt Stadtrat N. Galladé dringend den Antrag abzulehnen. Dass der Läbesruum das lokale Gewerbe konkurrenziert, hört der Stadtrat heute zum ersten Mal. Vor 10 Jahren wurde das Thema diskutiert. Der Gemeinderat ist zum Schluss gekommen, dass das nicht der Fall ist. Der Stadtrat tauscht sich regelmässig mit Vertretungen des Gewerbes aus. Dieses Thema ist nie zur Sprache gekommen. Stadtrat N. Galladé bittet D. Oswald auf ihn zuzukommen, wenn er konkrete Anhaltspunkte hat. In der Kommission wurde der Antrag nicht diskutiert. Stadtrat N. Galladé bittet die Ratsmitglieder, diese Anträge abzulehnen. Stadtrat N. Galladé wird bei einer Annahme der Anträge, die Kürzung zur Kenntnis nehmen. Wie man korrekt damit umgehen kann, müsste er noch analysieren.

D. Oswald, persönliche Erklärung (SVP): erinnert den Stadtrat daran, dass er bisher globale Kürzungen abgelehnt hat. Hier wird konkret benannt, wo gespart werden soll.

D. Oswald ersucht den zuständigen Stadtrat, das als Auftrag entgegenzunehmen und keine Ausflüchte zu suchen.

Stadtrat N. Galladé: Es geht darum, dass Verträge eingehalten werden müssen, wenn zum Beispiel in einem Vertrag steht: „Ist auf Jahresende mit einer 6 monatigen Frist zu kündigen.“ Es ist nicht der böse Wille des Stadtrates, wenn die Beiträge nicht sofort gestrichen werden können, weil verbindliche Vereinbarungen eingehalten werden müssen. Die Stadt hat mit diesen Institutionen bisher gut zusammengearbeitet. Es ist nur anständig, wenn die Stadt nicht vertragsbrüchig wird. Ansonsten muss der Stadtrat prüfen, wie das Geld für notwendige Beratungsangebote möglichst gut eingesetzt werden kann.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Kommissionsantrag abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 150'000 Franken.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über folgenden Antrag abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 42'000 Franken, Reduktion Rechtsauskunft des Gewerkschaftsbundes.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über folgenden Antrag abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 10'000 Franken, Reduktion Scheidungsberatung.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über folgenden Antrag abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 50'000 Franken, Reduktion Partnerschafts- und Eheberatung.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über folgenden Antrag abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 50'000 Franken, Reduktion der Beiträge für den Verein Läbesruum.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Arbeitsintegration: keine Anträge

Departement Technische Betriebe

Stadtwerk Winterthur

B. Meier (GLP/PP): In der Produktegruppe sind diverse Korrekturen vorzunehmen. Diese wurden in der BBK mit 9 zu 0 Stimmen angenommen. 1. Zielvorgaben: 6. Nachhaltigkeit: Verhältnis der CO₂-frei oder CO₂-neutral erzeugten Energiemenge Wärme und Kälte (MWh) zur Gesamtenergiemenge in %: Der Wert wird auf 72 % gesetzt (auch für die Folgejahre, alle um 1 zu tief). Es handelt sich um Korrekturen beim Indikator, man hat sich um 1 Jahr verschrieben. 2. Der Kredit für das Energie-Contracting, der noch vor den Gemeinderat und vor das Volk kommt, wurde auf 95,5 Millionen, gemäss Weisung, angepasst.

Stadtrat M. Gfeller: Die Korrekturen sind korrekt.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Damit sind die Korrekturen angenommen.

Stadtbus Winterthur: keine Anträge

FinöV Stadt

L. Banholzer (EVP/BDP): Zielvorgaben: 1 Wirtschaftlichkeit, Angebotserweiterung Linie 12: Die BBK beantragt den Indikator zu streichen. Die Angebotserweiterung der Linie 12 zum Bruderhaus am Mittwochnachmittag wurde vom ZVV übernommen. Die Kommission hat dem Antrag mit 9 zu 0 Stimmen zugestimmt.

Stadtrat M. Gfeller: Der Stadtrat schliesst sich nicht nur dem Antrag an, sondern möchte die Gelegenheit nutzen, dem ZVV zu danken, weil er das Angebot übernommen hat.

Forstbetrieb: keine Anträge

Stadtgärtnerei

H. R. Hofer (SVP): In der Sachkommission Bau und Betriebe wurden zwei Anträge angenommen. Antrag 1: Dieser Antrag wurde von der CVP eingebracht und von der BBK mit 5 zu 4 Stimmen gutgeheissen. Kürzung des Globalkredits um 50'000 Franken bei der Pflanzenproduktion im Produkt 1 der Stadtgärtnerei. Antrag 2: Dieser Antrag wurde von der SVP eingebracht und von der BBK mit 6 zu 3 Stimmen gutgeheissen. Zielvorgaben, Nachhaltigkeit/Ökologie: Steigerung des Prozentsatzes der naturnah/extensiv gepflegten Flächen um jährlich 1 Prozent, für die nächsten 5 Jahre. Das Soll für 2015 beträgt 30 %, dieser Prozentsatz soll für 2015 auf 31 % erhöht werden und danach jährlich jeweils um 1 % bis auf maximal 35 %. Das ist gemäss Absprache mit der Stadtgärtnerei möglich und machbar. Diese Vorgabe zeigt, in welche Richtung es gehen soll. Ziel ist die Steigerung der naturnahen Bewirtschaftung und die Förderung der Biodiversität.

L. Banholzer (EVP/BDP): Antrag 1: Streichung von 50'000 Franken bei der Pflanzenproduktion: Der Stadtrat hat in der Motionsantwort zur Neuorganisation der Stadtgärtnerei und des Forstes deutlich gemacht, was es bedeutet, wenn die Pflanzenproduktion reduziert oder ganz gestrichen wird. Die Massnahmen im Bereich Pflanzenproduktion benötigen für eine Umsetzung mehr Zeit, sodass eine Streichung von 50'000 Franken im aktuellen Umfeld keinen Sparbeitrag leistet. Ausserdem sind negativen Konsequenzen für die Umwelt zu erwarten. Aus diesen Gründen lehnt die EVP den Kürzungsantrag ab.

R. Diener (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion lehnt den Antrag ab, 50'000 Franken bei der Pflanzenproduktion einzusparen. Das Volumen, das produziert wird, teilt sich in zwei Teile auf. Der eine Teil der Produktion wird an Private verkauft und ist kostendeckend. Der Stadt entstehen dadurch keine Kosten. Der andere Teil wird für den Eigengebrauch produziert für Friedhöfe und andere Bepflanzungen. Dabei geht es darum, dass wertvolle Pflanzen, die längere Zeit halten und nicht schnell ersetzt werden müssen, genutzt werden. Pflanzen, die billig angekauft, vielleicht von weit her transportiert werden und nicht lange halten, würden den Aufwand erhöhen. Das wäre ökologisch bedenklich. Zudem besteht die Gefahr, dass diese Pflanzen sozial bedenklich produziert werden. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt den Antrag ab. Antrag 2: Zielvorgaben, Nachhaltigkeit/Ökologie: Die GLP/PP-Fraktion unterstützt den Antrag den Prozentsatzes der naturnah/extensiv gepflegten Flächen um jährlich 1 % für die nächsten 5 Jahre zu steigern. In der Vergangenheit hat die Fraktion ebenfalls entsprechende Anträge gestellt. Der Prozentsatz ist gegenüber den Jahren 2012/2013 massiv erhöht worden. Die Grüne/AL-Fraktion begrüsst diese Entwicklung.

H. R. Hofer (SVP): Antrag 3: Die SVP stellt den Antrag die Kosten in der Pflegeklasse 6 pro Quadratmeter von 1 Franken auf 85 Rappen zu senken. In der Rechnung 2013 sind 83 Rappen verbucht. Es handelt sich deshalb nicht um einen Kürzungsantrag. Es geht darum, dass die Kosten nicht weiter anwachsen. Die Reduktion von 1 Franken auf 85 Rappen klingt nicht nach viel. Die Reduktion beträgt aber 15 Rappen pro m². Bei einer Fläche von 334'415 m² können 50'162 Franken eingespart werden. H. R. Hofer vergleicht als Bauer die Kosten der

Stadtgärtnerei mit den Kosten in der Landwirtschaft. Die Kosten betragen ca. 20 Rappen pro m². Es wäre einiges machbar, wenn ein Teil der Projekte an Dritte vergeben würde. Es gibt nichts in der Landwirtschaft, das annähernd einen so hohen Verdienst generiert, wie die Naturschutzpflege. H. R. Hofer bittet die Ratsmitglieder, den Antrag zu unterstützen.

W. Langhard (SVP): Antrag 4: Verpflichtungskredite, Eulachpark, Umsetzung Projektwettbewerb: Kürzung des Investitionsprogramms um 400'000 Franken. Die Umsetzung der 4. Etappe ist um ein weiteres Jahr zu verschieben. Die SVP hat bereits im letzten Jahr eine Verschiebung beantragt. Die 4. Etappe ist zeitlich, trotz Zustimmung am 27. November 2005 durch das Stimmvolk, nicht zwingend 2015 zu realisieren und kann auf nächstes Jahr verschoben werden. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Das Stimmvolk hat auch über den Werkhof Schöntal abgestimmt. Der Stadtrat hat es mit Umsetzung nicht eilig. Die ersten drei Etappen des Eulachparks sind gebaut und wurden der Bevölkerung übergeben. Der Park ist schön, wird von der Bevölkerung geschätzt und rege genutzt. Das ist positiv. W. Langhard wohnt in Hegi. Der Ausbau reicht momentan aus. Das Gelände für die 4. Etappe befindet sich auf der anderen Seite der Seenerstrasse, liegt längs der Bahngleise und hinter alten Lagerschuppen im Industriereal. Teile dieses Geländes werden durch ansässige Firmen genutzt. Diese möchten das Gelände weiterhin nutzen, auch wenn der Stadtrat bereits Kündigungen ausgesprochen hat. Diverse Firmen benötigen mehr Zeit. Für den Bau der 4. Etappe ist es noch zu früh. Der Park, der geplante Radweg und die vorgesehenen Grünflächen längs der Bahnlinie müssen aufeinander abgestimmt werden. Deshalb soll die 4. Etappe verschoben werden. Es wäre sogar sinnvoller den Ausbau noch weiter hinauszuschieben. Das Gelände für die 4. Etappe liegt etwas abseits. Die SVP befürchtet, dass das Littering zunehmen wird und dadurch Kosten für die Stadt entstehen werden. W. Langhard bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag zuzustimmen.

Ch. Benz (SP): Antrag 1: Kürzung des Globalkredits um 50'000 Franken bei der Pflanzenproduktion: Die SP lehnt diesen Antrag ab. Die meisten Argumente wurden bereits in der Stadtratsantwort zur Motion betreffend Privatisierung der Stadtgärtnerei genannt. Die möglichen Konsequenzen hat der Stadtrat aufgezeigt. Abgesehen davon handelt es sich um einen ersten Privatisierungsschritt, der sowohl dem Programm Balance als auch der Beratung der Motion vorgreift. Wenn man zwei oder drei Seiten zurückblättert und sich die Diskussion in Bezug auf die Beiträge an Organisationen in Erinnerung ruft, zeigt sich, dass Aufgaben, die bisher an Dritte vergeben wurden, nicht mehr finanziert werden sollen. Die SP lehnt den Antrag ab. Antrag 3: Senkung der Kosten für die Pflegeklasse 6 pro m² von 1 Franken auf 85 Rappen. Diesen Antrag lehnt die SP ebenfalls ab. In der BBK wurde nachvollziehbar erläutert, dass die Naturschutzflächen sehr aufwändig in der Pflege sind. Der Betrag von 1 Franken ist gerechtfertigt. Antrag 2: Steigerung des Prozentsatzes der naturnah gepflegten Flächen um jährlich 1 Prozent: Diesem Antrag stimmt die SP zu. Die Steigerung ist sinnvoll. Antrag 4: Eulachpark, Verschiebung der Umsetzung der 4. Etappe: Diesen Antrag lehnt die SP ab. Es ist originell, wie die SVP einmal den Volkswillen dringend findet und ein anderes Mal nicht. W. Langhard befürchtet mehr Littering, wenn junge Leute diesen Teil des Parks nutzen. Ch. Benz ist der Meinung, dass die Sicherheit in einem zum grossen Teil brachliegenden Industriegebiet eher gefährdet ist, wenn nichts gemacht wird. Ein gestalteter Park dient auch der Sicherheit. Die SP will die Sicherheit fördern und zwar nicht ausschliesslich mit zusätzlichen Polizeistellen. Mit dem IAFP sollen die Investitionen geplant werden. Die Bürgerlichen wünschen sich einen zuverlässigen IAFP. Deshalb bittet Ch. Benz, dieser Planung nachzukommen und die 4. Etappe in Angriff zu nehmen.

R. Diener Grüne/AL): Antrag 3: Senkung der Kosten für die Pflege der Naturschutzprojekte von 1 Franken pro m² auf 85 Rappen. R. Diener hat den Mittelwert über die letzten 5 Jahre ausgerechnet. Dieser beträgt ca. 90 Rappen. 1 Franken ist etwas höher. Die Kosten bewegen sich aber ungefähr in diesem Rahmen. Wenn noch mehr gekürzt wird, geht man das Risiko ein, dass diese Flächen nicht mehr im notwendigen Mass bewirtschaftet werden können. Die Stadtgärtnerei benötigt diesen Betrag, weil die Flächen vorwiegend in Handarbeit

gepflegt werden müssen. Die Bekämpfung von Neophyten kann zum Beispiel nicht maschinell erfolgen. In der Landwirtschaft kann vieles mit Maschinen erledigt werden. Antrag 4: Eulachpark, 4. Etappe: Es geht darum, dass der Volkswille umgesetzt wird. Die SVP will offenbar den Volkswillen nicht ernst nehmen. Das Projekt soll endlich abgeschlossen werden. 2005 wurde der Bau des Eulachparks beschlossen. Das ist 10 Jahre her. Für Familien und Erholungsuchende ist Platz im Park und es gibt Bereiche für Blumenliebhaber. Der Teil für die Jugendlichen fehlt noch. Die Stadt muss auch den Jugendlichen Platz zur Verfügung stellen. Das vorgesehene Gebiet ist für einen Skaterpark ideal. Die Immissionen werden niemanden stören. Das Areal wird von einigen Firmen lediglich als Abstellfläche genutzt. Die Verträge sind per Ende Jahr gekündigt. Das Areal soll jetzt als Park genutzt werden können. R. Diener bittet die Ratsmitglieder, den Antrag abzulehnen.

B. Meier (GLP/PP): Antrag 1: Den Antrag der BBK, den Globalkredit im Bereich Pflanzenproduktion um 50'000 Franken zu kürzen, unterstützt die GLP/PP-Fraktion. Es handelt sich um einen vertretbaren Beitrag. Antrag 3: Den Minderheitsantrag der SVP, Senkung der Kosten in der Pflegeklasse 6 pro m² von 1 Franken auf 85 Rappen, lehnt die Fraktion ab. Es handelt sich um Naturschutzflächen, diese verursachen die tiefsten Kosten pro m², verglichen mit der Gesamtfläche, die von der Stadtgärtnerei gepflegt wird. Aus Sicht des Naturschutzes sind das die wertvollsten Flächen. Eine Unterschreitung von 1 Franken ist möglich. Das hat man in der Vergangenheit gesehen. Das soll aber nicht via Budget vorgeschrieben werden. Notwendige Massnahmen sollen umgesetzt werden können. Zum Teil ist aufwändige Handarbeit notwendig, die nicht genau planbar ist. Antrag 2: Den Kommissionsantrag, den Prozentsatz der naturnah gepflegten Flächen um jährlich 1 % zu steigern, unterstützt die GLP/PP-Fraktion. Antrag 4: Eulachpark: Die Verschiebung der Umsetzung der 4. Etappe um ein weiteres Jahr ist im Gesamtzusammenhang vertretbar.

F. Helg (FDP): Antrag 1: Die FDP-Fraktion unterstützt den Kommissionsantrag, den Globalkredit um 50'000 Franken bei der Pflanzenproduktion zu kürzen. Im Übrigen unterstützt die FDP den Antrag 2, den Prozentsatz der naturnah gepflegten Flächen jährlich um 1 % zu steigern. Sie unterstützt auch die beiden Anträge der SVP und schliesst sich der Argumentation an.

Stadtrat M. Gfeller: Vieles wurde bereits in der BBK gesagt. Die Kürzung des Globalkredits bei der Pflanzenproduktion entspricht einem vorgezogenen Antrag des Sparprogramms Balance. Unter dem Titel Balance hat der Gemeinderat bereits 2 Millionen gestrichen. Irgendwann wird es redundant. Entscheidend ist der Umgang mit den Naturschutzflächen. B. Meier hat das bereits gesagt. Es handelt sich um Flächen, die ohnehin mit dem tiefsten Ansatz auskommen, nämlich mit 1 Franken pro m². Andere Flächen kosten zwischen Fr. 2.50 und 6.30. Der Franken für die Naturschutzflächen ist ein Budgetwert, damit die Stadtgärtnerei flexibel reagieren kann. Wenn ein massiver Befall von Neophyten zu verzeichnen ist, muss die Stadtgärtnerei reagieren. Deshalb ist dieser Betrag wichtig. Die wichtigste Entscheidung betrifft den Eulachpark. Man kann nicht im einen Fall erklären, dass die sofortige Umsetzung notwendig ist, zum Beispiel die Stellenaufstockung bei der Stadtpolizei und im einem anderen Fall die Umsetzung des Volksentscheids aus dem Jahr 2005 noch weiter verschieben. Die Stadt hat den Bau des Eulachparks in 4 Etappen vorgesehen. Jede Etappe hat einen bestimmten Charakter und ist für eine bestimmte Alterskategorie prädestiniert. Die 4. Etappe liegt in einem lärmunempfindlichen Gebiet. Sie dient vor allem den 12 bis 18 jährigen. Die Stadt hat genügend Erfahrungen gesammelt mit den ersten 3 Etappen des Eulachparks. Es wäre eine Erleichterung, wenn die lärmintensiveren Nutzungen auf die Westseite der Seenerstrasse verlagert werden könnten. Es geht nicht darum, dass der Gemeinderat heute einen Investitionskredit beschliesst. Der Stadtrat wird dem Gemeinderat einen Kreditantrag vorlegen. Als erstes muss die Projektierung finanziert werden. Der Gemeinderat kann sich zu dieser Vorlage äussern. Den Stadtrat aktiv daran zu hindern, ein Projekt, das vom Volk beschlossen wurde, zu vollenden, ist ein eigenartiges Demokratieverständnis. Das Volk hat 4 Etappen beschlossen. Mit dem heutigen Budgetentscheid gibt der Gemeinderat lediglich

grünes Licht, damit der Stadtrat eine Weisung ausarbeiten und dem Parlament vorlegen kann. Stadtrat M. Gfeller bittet die Ratsmitglieder, grünes Licht für die Projektierung der 4. Etappe zu geben.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Kommissionsantrag abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 50'000 Franken bei der Pflanzenproduktion im Produkt 1 der Stadtgärtnerei.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: lässt über den Kommissionsantrag abstimmen: Zielvorgaben, Nachhaltigkeit/Ökologie: Steigerung des Prozentsatzes der naturnah/extensiv gepflegten Flächen um jährlich 1 % für die nächsten 5 Jahre.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Antrag der SVP abstimmen: Zielvorgaben, Wirtschaftlichkeit, Naturschutzprojekte: Senkung der Kosten in der Pflegeklasse 6 pro Quadratmeter von 1 Franken auf 85 Rappen. Kürzung um 50'162 Franken.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Antrag der SVP abstimmen: Verpflichtungskredite, Eulachpark, Umsetzung Projektwettbewerb: Verschiebung der Umsetzung um 1 weiteres Jahr. Kürzung des Investitionsprogramms 2015 um 400'000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Behörden und Stadtkanzlei

Stadtkanzlei

M. Wäckerlin (GLP/PP) zieht seinen Antrag zugunsten eines Gegenvorschlags zurück.

D. Oswald (SVP): Ursprünglich hat M. Wäckerlin die Kürzung des Globalkredits um 150'000 beantragt. Dieser Antrag wurde in der Kommission abgelehnt. Auf die vom Stadtrat budgetierte zusätzliche Stelle für einen Rechtskonsulenten sollte verzichtet werden. Nach der Budgetberatung in der Kommission wurde dieser Antrag intensiv diskutiert. Die SVP stellt den Antrag, den Globalkredit lediglich um 50'000 Franken zu kürzen, sodass zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden können. Damit soll kein Rechtskonsulent eingestellt werden, sondern eine Fachkraft.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Es erscheint nicht mehr zeitgemäss die Stelle des Stadtschreibers mit der eines Rechtskonsulenten zu kombinieren. Der Stadtrat hat eine individuelle Lösung geplant, die sachgerecht erscheint. Jetzt wird alles über den Haufen geworfen. Deshalb lehnt die Grüne/AL-Fraktion diesen Antrag ab.

M. Sorgo (SP) schliesst sich den Argumenten des Vorredners an. Auf den Antrag der SVP kann M. Sorgo nicht vertieft eingehen, weil er sehr kurzfristig gestellt wurde. Viele Städte in der Grösse von Winterthur haben neben dem Stadtschreiber oder der Stadtschreiberin einen Rechtskonsulenten angestellt. Vor allem weil die rechtlichen Anforderungen in den letzten Jahren extrem zugenommen haben. Das merkt auch der Stadtschreiber von Winterthur. Er ist seit vielen Jahren im Amt und erledigt seine Arbeit exzellent. Das können auch die Ratsmitglieder bestätigen. Er leistet viele Mehrstunden und ist an der Grenze der Belastbarkeit

angekommen. Aus Respekt vor der Arbeit des Stadtschreibers und mit dem Wissen darum, dass immer mehr Gesetze beachtet werden müssen, bittet M. Sorgo die Ratsmitglieder, diesen Antrag abzulehnen.

Stadtpräsident M. Künzle ist etwas irritiert. In der AK wurde der Kürzungsantrag diskutiert. Der Stadtpräsident hat Hintergrundinformationen geliefert. Der Antrag wurde in der AK mit 4 zu 7 Stimmen abgelehnt. Beide Vertreter der SVP haben die Stelle für eine gute Idee gehalten. Jetzt sieht wieder alles um 180 Grad anders aus. Das irritiert enorm. Der Stadtpräsident hat aufgezeigt, dass die Stadtkanzlei mit dem Stadtschreiber eine zentrale Rolle einnimmt und dass eine Personalunion von Rechtskonsulent und Stadtschreiber besteht. Die Arbeitslast hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Der Stadtrat hat festgestellt, dass das Modell Stadtschreiber und Rechtskonsulent in einer Person in vergleichbaren Städten nicht mehr gelebt wird. Die beabsichtigte Trennung ist notwendig. Im Gespräch hat M. Künzle erklärt, dass es nicht darum geht, die juristische Kompetenz seitens des Stadtrates aufzurüsten, um gegen den Gemeinderat auftreten zu können. Darum geht es mit Nichten. Das will der Stadtpräsident betonen. Die Rechtskompetenz für die Stadt Winterthur soll ausgebaut werden. Die Stadt wird immer öfter in juristische Verfahren hineingezogen. Es ist vorteilhaft, wenn keine Aufträge nach aussen erteilt werden müssen. Der Stadtrat ist der Meinung, dass die Position des Rechtskonsulenten besetzt werden muss. Die Stadtkanzlei benötigt keine zusätzliche Fachkraft. Der Stadtrat hat klare Vorstellungen von der Umsetzung.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Antrag abstimmen, den Globalkredit um 50'000 Franken zu kürzen.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Finanzkontrolle

K. Bopp (SP): Der Antrag der SP wurde in der Aufsichtskommission knapp abgelehnt. Die SP stellt den Antrag, den Globalkredit um 150'496 Franken zu kürzen. K. Bopp zitiert eine Aussage von Ch. Magnusson (FDP) vom 8. Dezember 2014: „Es ist nicht die Zeit mehr auszugeben.“ Wenn man es genau nimmt, beantragt die SP keine Kürzung, sondern das Beibehalten des Globalkredits 2014. Die Aussage von Ch. Magnusson unterstützt die SP nicht in jedem Fall. Das ist bekannt. In diesem Fall trifft das aber zu. Die Finanzkommission ist wichtig, das stellt die SP nicht in Frage. Seit es die Finanzkontrolle gibt, empfiehlt sie dem Gemeinderat die Rechnung ohne Vorbehalten abzunehmen. Warum soll die Stadt jetzt, in dieser schlechten Finanzlage, die Kontrollintensität erhöhen? Es ist stossend, dass die ganze Stadt sparen muss und gleichzeitig wird der Finanzkontrolle fast alles bewilligt, ohne kritisch hinzuschauen. Die rund 150'000 Franken können besser eingesetzt werden, um einen echten Mehrwert für die Bevölkerung zu schaffen. Dieser Betrag ist lediglich die Spitze des Eisbergs. Eine höhere Kontrollintensität erhöht auch den Aufwand in den Departementen und Abteilungen. Zudem steht die Stadt kurz vor der Einführung des Integrierten Kontrollsystems (IKS), das die Qualität der Rechnung weiter erhöhen wird und die Aufstockung noch weniger nötig macht. K. Bopp wünscht sich eine konsequente Haltung vor allem der bürgerlichen Mitte. Er bittet die Ratsmitglieder, den Antrag zu unterstützen.

Ch. Leupi (SVP): Der Antrag war in der Fraktion heftig umstritten. Dennoch konnten sich die Fraktionsmitglieder entschliessen, den Antrag der SP abzulehnen. Mit der Erhöhung des Globalkredits gegenüber dem Vorjahr werden die Stellen aufgestockt. Die SVP stellt den Antrag, dass diese Stellenerhöhung auf 3 Jahre befristet wird. Die Kontrollfunktion der Finanzkontrolle soll erhöht werden. Die SVP will einer verstärkten Finanzkontrolle die Möglichkeit geben, zu beweisen, dass eine Notwendigkeit vorhanden ist.

U. Hofer (FDP): Der Bedarf für eine Stellenerhöhung ist ausgewiesen. In der AK konnte schlüssig aufgezeigt werden, dass auch die Erwartungen an die Finanzkontrolle gestiegen sind. In der Kommission hat niemand die Richtigkeit der Argumente bestritten. U. Hofer hat auch keine inhaltlichen Argumente gegen den Stellenausbau gehört. Es scheint der SP unangenehm zu sein, die Stellen aufzustocken, wenn an vielen Orten gekürzt wird. Seit 2006 wurden Stellen abgebaut. 2008 wurde zum ersten Mal festgestellt, dass die Ressourcen knapp sind. 262 offene Feststellungen konnten seit 2006 nicht mehr überprüft werden. Die Revision der Dienststellen findet in einem Turnus von 9 Jahren statt, vorgeschrieben wären 6 Jahren. Sparsamkeits- Wirksamkeits- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen, die ein Teil der Aufgabenstellung sind, werden nicht mehr durchgeführt, weil keine Ressourcen vorhanden sind. Neu gibt es gesetzliche Vorgaben, wie geprüft werden muss und in welcher Dichte. Die Umstellung auf HRM2 muss berücksichtigt werden. Zudem wird die Einführung des IKS durch die Finanzkontrolle begleitet. Die Hauptverantwortung liegt aber bei der Stadtverwaltung. In der AK wurde eine Kürzung beschlossen, indem nicht die volle Anzahl Stellen gewährt werden soll. Dieser Kompromiss ist bereits an der Grenze. Wenn die Berichte mit Einschränkungen abgegeben werden, besteht die Gefahr, dass der Prüfungsstandard nicht mehr gewährleistet werden kann. Die Stadt kann sich keine negative Presse leisten. Die Aufgaben der Finanzkontrolle sind vor allem in Zeiten angespannter Finanzen sehr wichtig. Die Stadt Winterthur muss deshalb handeln.

Ch. Ingold (EVP/BDP): Jetzt ist nicht der richtige Zeitpunkt, zu verhindern, dass die notwendigen Aufgaben erledigt werden können. In der Kommission wurde ein Kompromiss gefunden. Der Antrag der SP wurde erst in einer späteren Sitzung gestellt, das musste Ch. Ingold mit Erstaunen feststellen. Dieser Antrag steht schräg in der Landschaft und ist nicht nachvollziehbar. Gerade in den kommenden Zeiten, mit der Umsetzung von Balance, ist die Stadt auf die Finanzkontrolle als ein gutes Instrument angewiesen. U. Hofer hat die Aufgaben der Finanzkontrolle und die Gründe für eine Aufstockung erklärt. Es spricht nichts gegen die Stellenerhöhung. Diese Erhöhung kann der Öffentlichkeit erklärt werden. Die Stadt benötigt ein Instrument, auf das man sich verlassen kann. Er wäre sehr ungünstig, wenn die Stadt dieser Hinsicht einen Reputationsschaden erleiden würde.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Es gibt drei Bereiche für die der Grosse Gemeinderat direkt zuständig ist. Das sind die Finanzkontrolle, die Ombudsstelle und der Datenschutz. Heute Abend hat der Gemeinderat an diversen Stellen, für die der Stadtrat zuständig ist, Kürzungen vorgenommen. Es ist deshalb eigenartig, wenn der Gemeinderat für eine Stelle eine Aufstockung gewähren will, die ihm direkt unterstellt ist. Ch. Griesser erinnert daran, dass der Datenschützer ebenfalls eine Aufstockung beantragt hat. In der Kommission wurde dieser Stellenausbau abgelehnt. Ch. Griesser sieht aktuell keinen Zwang, die Stelle auszubauen. Der Mehraufwand infolge HRM2 fällt vor allem im Finanzamt an. Zudem werden diverse Stellen nicht nur von der Finanzkontrolle kontrolliert. So kontrolliert das Inspektorat des kantonalen Steueramtes das Steueramt der Stadt Winterthur. Die Grüne/AL-Fraktion stimmt dem Antrag der SP zu.

A. Steiner (GLP/PP): Die Anzahl Stellen bei der Finanzkontrolle liegt seit 2006 bei 4,8 Stellen. In den letzten 8 Jahren wurden die Stellen nicht aufgestockt, obwohl seit mehreren Jahren darauf hingewiesen wird, dass die Finanzkontrolle den gesetzlichen Auftrag, die Dienststellenrevision alle 6 Jahre durchzuführen, nicht mehr erfüllen kann. Im Moment finden die Revisionen alle 9 Jahre statt. Die Vorgaben des Kantons müssen ebenfalls erfüllt werden. In den letzten Jahren wurden gesamtschweizerisch auch bei der öffentlichen Hand die Vorschriften ausgebaut. Es steht der Stadt Winterthur schlecht an, wenn sie diese Forderungen nicht erfüllen kann. Im Rahmen von HRM2 kommen ebenfalls zusätzliche Kontrollen auf die Finanzkontrolle zu. Diese Kontrollen sind vertraglich festgelegt. Zudem hat sich das Selbstverständnis der Finanzkontrolle gewandelt. Es geht nicht nur darum zu kontrollieren und die Leute zu kritisieren. Die Finanzkontrolle soll der Verwaltung unterstützend zur Seite stehen,

wenn Anpassungen an neue gesetzliche Vorgaben notwendig sind. Deshalb lehnt die GLP/PP-Fraktion diese Kürzung ab.

K. Bopp (SP) ist überrascht, dass die Bürgerlichen, wenn andere Bereiche erklären, dass sie ihre Arbeit nicht mehr adäquat erledigen können, diese Aussagen belächeln und den Kürzungen trotzdem zustimmen. Hier geht es aber nicht um eine Kürzung. Im Fall der Finanzkontrolle sieht das offensichtlich anders aus. So eng kann es zudem für die Finanzkontrolle nicht aussehen, immerhin konnte sie sich auf Vorrat in der Kommission einsetzen.

Stadträtin Y. Beutler: Der Gemeinderat kann diese Stellen bewilligen, wenn er das will.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Antrag der SP abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 150'496 Franken.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze stellt den Antrag der SVP, die neu geschaffenen Stellen auf 3 Jahre zu befristen, dem Antrag des Stadtrates gegenüber – keine Befristung.

Der Rat stimmt dem Antrag der SVP und damit einer Befristung auf 3 Jahre zu.

Ombuds- und Datenaufsichtsstelle: keine Anträge

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Voranschlag 2015 und Festsetzung des Steuerfusses: Über die 6 Anträge wird einzeln abgestimmt. Die Produktegruppe Steuern und Finanzausgleich wird mit dem Antrag 4 beraten.

Ch. Baumann (SP), persönliche Erklärung: An dieser Budgetsitzung hat der Gemeinderat zahlreiche Korrekturen vorgenommen. Vielfach war es lediglich Zahlenkosmetik, weil sich die Vorgaben nicht realisieren lassen. Aber es sind auch Kürzungen beschlossen worden, die die Stadt empfindlich schwächen. Beispiele: Die Ratsmehrheit hat nicht realisierbare Anträge angenommen in der Stadt- und Quartierentwicklung, indem das Globalbudget pauschal um 680'000 Franken gekürzt wurde. Es gibt aber Verträge, die eingehalten werden müssen. Wenn schon, lässt sich höchstens die Hälfte des Betrags realisieren. Fluktuation- und Rotationsgewinne: Der Stadtrat hat im Budget bereits einen bedeutenden Betrag eingestellt. Die Ratsmehrheit hat den Betrag um weitere 3 Millionen erhöht. Das kann ebenfalls kaum realisiert werden. Mit dem Budget setzt der Gemeinderat bedenkliche Zeichen was das Verantwortungsbewusstsein des Parlaments anbelangt. 2 Millionen Balance-Gewinn wurden vorgezogen. Die SP würde aber gerne über die konkreten Sparanträge diskutieren. Ch. Baumann hat angenommen, dass der Mechanismus, Übergangsbudget, Sparprogramm Balance und Finanzstrategie, vom Stadtrat gut erklärt wurde und die bürgerliche Seite dieses Vorgehen als gut und richtig befunden hat. Verschiedene Aussagen werden aber im Anschluss sofort wieder über Bord geworfen. Nach Meinung der SP wird die Stadt damit geschädigt. Die bürgerliche Seite betreibt einen Kahlschlag bei der Unterstützung der Vereine, die alte Kaserne soll marktwirtschaftlich arbeiten. Sie hat aber eine andere Funktion. Die Spielregeln werden mitten im Spiel geändert. Bei der Quartierentwicklung wird für eine Zentralisierung plädiert. Das hat Ch. Baumann sonst noch nie gehört. Die Kosten werden wahrscheinlich einfach in einem anderen Departement anfallen – nämlich im Sozialdepartement. Dieses Departement ist schon fast zum Abschluss freigegeben worden. Das Thema hat die SVP lanciert und die Bürgerlichen marschieren mit. Welchen Stellenwert der Einsatz für die Schwächeren für den Zusammenhalt der Gesellschaft hat – Arbeitsintegration, Sozial- und Erwachsenenhilfe, Prävention etc. – dafür haben die Bürgerlichen offenbar kein Gehör. Selbst ein finanzieller Gewinn dieser Investitionen war kein Thema. Immerhin war die Ratsmehrheit kongruent.

Die Stellenaufstockung bei der Polizei wurde befürwortet. Es kann sein, dass in einem sozial schwierigeren Umfeld die Sicherheit auf diese Art sichergestellt werden muss. Bedenklich ist der Umgang mit dem Personal, der im Parlament gepflegt wird. Die Beiträge, die das Personal bereits geleistet hat, sind bekannt – Pensionskasse, effort14+, Stellenabbau in diversen Abteilungen, Mehrjähriger Verzicht auf Lohnmassnahmen, damit werden jährlich 5 Millionen eingespart. Diese Massnahmen hat die SP mitgetragen. Jetzt wird der Bogen aber überspannt mit unrealistischen Rotationsgewinnen, dem Zusammenstreichen von Abteilungen, unbezahlten Überstunden beim Kader etc. Die besten Mitarbeitenden werden so aus der Stadtverwaltung vertrieben. In dieser schwierigen Situation ist die Stadt Winterthur auf die besten Mitarbeitenden angewiesen. Wie wichtig das Personal ist, kann auch der Stadtpräsident bestätigen. Er hat die Analyse einer erfolgreichen Sanierung in Norddeutschland als Ferienlektüre mitgenommen. Die erste Grundprämisse ist; man muss gutes Personal halten und gute Arbeitsbedingungen bieten. Das steht in Winterthur auf dem Spiel. Mehrere unstimlige Anträge wurden gestellt aber auch in den Kommissionsberatungen blieb die Ratsmehrheit faktenresistent. Mit diesem Budget wird kaum ein Beitrag zu einer nachhaltigen Sanierung der Stadtfinanzen geleistet. Im nächsten Jahr startet die Stadt erneut mit dem gleichen strukturellen Defizit – vielleicht mit kleinen Korrekturen. Die rechte Ratsseite sperrt sich aber nach wie vor vehement gegen eine Steuererhöhung. Bei den Gemeindegewerbesteuerzuschüssen wurde über einen kleinen Betrag diskutiert, der bei den Leuten mit tiefem Einkommen eingespart werden könnte. Ch. Baumann vergleicht diesen Betrag mit der Steuertabelle von Winterthur. Den Bezügerinnen und Bezüger von Gemeindegewerbesteuerzuschüssen wurden ca. 80 Franken pro Monat gestrichen. Bei einer Steuererhöhung von 2 % müssten Leute mit einem Einkommen 390'000 Franken pro Jahr monatlich 80 Franken mehr Steuern bezahlen. Sogar bei einer Erhöhung von 5 % würde der Betrag von monatlich 80 Franken erst bei einem Einkommen von über 200'000 Franken erreicht. Für Leute mit einem Einkommen von monatlich 2'000 Franken findet es die Ratsmehrheit zumutbar, dass sie 80 Franken weniger erhalten. Für Leute, die deutlich mehr als 20'000 Franken pro Monat verdienen, soll es nicht zumutbar sein, 80 Franken mehr zu bezahlen. Ch. Baumann erinnert die Ratsmitglieder daran, dass der Steuerfuss in der Stadt Winterthur im Jahr 2000 über 30 % lag. In dieser Zeit ist die Stadt nicht in einer Depression versunken. Es war eine Zeit des Aufschwungs. Das muss man sich vor Augen führen.

Die SP hat sehr grosse Bedenken. Viele Kürzungen können nicht realisiert werden. Das Budget ist nicht ehrlich, weil es sich weitgehend um Zahlenkosmetik handelt. Es ist nicht geeignet die Probleme von Winterthur anzugehen. Das Budget schwächt die Stärken der Stadt und vor allem werden die Probleme damit nicht angegangen. Der eingeschlagene Weg ist nicht zielführend für Winterthur. Die SP kann diesem Budget nicht zustimmen. Konkret wird die SP-Fraktion die Anträge 1 und 6 nicht ablehnen. Einen budgetlosen Zustand kann sich die Stadt nicht leisten. Das kann die SP nicht vertreten. Die Stadt soll ihre Aufgaben erfüllen können. Zu diesen Anträgen wird sich die SP der Stimme enthalten. Zukunft: Das Programm Balance wird kommen. Das bedeutet, dass zwei Schalen im Gleichgewicht sein müssen. Die Bedingungen, die daran geknüpft werden, sind bekannt. Der Stadtrat hat das bereits erläutert. Die Lasten sollen auf alle Beteiligten gerecht verteilt werden. Die Stärken der Stadt müssen erhalten werden. Vor allem soll es eine Balance zwischen Ausgabereduktion und Verbesserung der Einnahmen sein. Hier spürt man auch vom Stadtrat noch wenig Wille und wenig Kraft. Die SP wird sich mit Balance auseinandersetzen und die Projekte genau prüfen. Sie hofft, dass der Stadtrat die Balance findet und dass er auch Antworten und Argumente findet, um seine Fraktionen mit ins Boot zu holen.

M. Zeugin (GLP/PP), persönliche Erklärung: Es ist tatsächlich so, in den letzten Stunden hat der Gemeinderat die finanzpolitische Verantwortung für die Stadt wahrgenommen und versucht den massiv gestiegenen Aufwand, von 2014 zum Jahr 2015 sind es 30 Millionen, im Rahmen der Möglichkeiten zu korrigieren. Dazu als Vergleich: Das ursprünglich Budget hatte einen Mehraufwand von rund 30 Millionen vorgesehen. Dieser Mehraufwand fällt in verschiedenen Produktgruppen an. Als Referenzgrösse dient der Beitrag von 40 Millionen, der mit Balance eingespart werden soll. Das zeigt, was in einem Jahr hausgemacht ist und

was nicht. Zudem werden mit dem Budget über 17 neue Stellen beantragt. Der Gemeinderat hat mehrheitlich befunden, dass das so nicht geht. Kern für die grünliberale Finanzpolitik ist ein gesunder Haushalt. Der GLP/PP-Fraktion ist aber bewusst, dass 2015 durchaus ein Übergangsjahr ist und nimmt das in Kauf. Das Jahr 2015 soll aber genutzt werden, um die Finanzen der Stadt Winterthur auf solide Beine zu stellen. Das heisst auch, dass bezüglich Steuern keine Hü/Hott-Strategie gemacht wird. Es ist nicht opportun, dass jährlich über eine Steuererhöhung diskutiert werden muss. Man muss sich bewusst sein, dass die Stadt nur wenig konkrete Massnahmen in Bezug auf die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Winterthur ergreifen kann. Der Steuerfuss ist eine davon. Der GLP/PP-Fraktion ist bewusst, dass längerfristig Anpassungen notwendig sind. Die Fiskalstrategie soll aber eine länger ausgerichtete Strategie sein und nicht kurzfristig ein Jahr überbrücken. Das Eigenkapital soll dazu dienen, diese Überbrückung zu ermöglichen. Die Stadt hat das Glück, dass dank einer technischen Aufwertung das Eigenkapital erhöht werden konnte. Damit ist eine Überbrückung möglich. Das ist eine Voraussetzung für die Bereitschaft der GLP/PP-Fraktion, ein Defizit in Kauf zu nehmen. Von der beantragten Steuererhöhung in Kombination mit einer linearen Lohnkürzung hätten weder die Angestellten noch die Stadt Winterthur, noch der Stadtrat oder der Gemeinderat wirklich profitiert. Es ist der richtige Weg, das Problem dort anzugehen, wo es wirklich ist – das ist auf der Ausgabenseite. Wichtig ist, dass wesentlich Kreise im Gemeinderat auch in dieser Budgetdebatte gezeigt haben, dass sie bereits sind ernstgemeinte Kompromisse einzugehen – zum Beispiel in Bezug auf die freiwilligen Gemeindezuschüsse und in Bezug auf die Finanzkontrolle. Es hat sich in der Rhetorik gezeigt, welche Parteien im Rat sich aus diesem Kompromiss verabschiedet haben und nicht bereit sind einen Dialog zu führen, um einen Kompromiss zu finden. Es ist äusserst löblich, dass vor allem die EVP/BDP-Fraktion wieder auf einen konstruktiven Weg mit klaren eigenen Positionen zurückgefunden hat. Das ist der Weg, den der Gemeinderat in Winterthur gehen muss und nicht den Weg der Totalblockade und der Verunglimpfung anderer Parteien, indem erklärt wird, dass es sich nicht um einen ernstgemeinten Kompromiss handelt. Damit wird versucht, den anderen etwas unterzuschieben. Geradezu grotesk wirkt die Doppelbödigkeit, wenn Anträge in Bereichen der Stadtpolizei und der Finanzkontrolle gestellt werden. Das ist nicht haltbar. Der Antrag kommt von einer Partei, die seit Jahren erklärt, dass nicht gleichzeitig die Leistung ausgebaut werden kann und die Kosten reduziert werden können. Das zeigt deutlich, was man von dieser Argumentation halten kann. Seit Jahre versuchen die Grünliberalen das Ausgabenwachstum zu reduzieren. Die zusätzlichen Ausgaben müssen reduziert werden. Bei der Finanzkontrolle wird die gleiche Argumentation gewählt, die sonst verunglimpft wird. Es wäre angebracht die Weihnachtszeit für eine gewisse Selbstkritik und Selbstreflexion zu verwenden, damit man im nächsten Jahr einen Schritt weiter kommt und für das Jahr 2016 ein besseres Budget für die Stadt Winterthur verabschiedet werden kann. Die Grünliberalen werden das Budget annehmen.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Alle Abstimmungen erfolgen inklusive Novemberbrief. Antrag 1: Der Voranschlag der Stadt Winterthur über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktgruppen in der Laufenden Rechnung für das Jahr 2015 wird genehmigt – exklusive Steuern und Finanzen.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Antrag 2: Der Voranschlag der Stadt Winterthur über die Aufwendungen und Erträge in den Investitionsrechnungen des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2015 wird genehmigt.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Antrag 3: Gestützt auf § 46 Abs. 2 lit. a) und b) Personalstatut wird auf die Erhöhung der Lohnstufen (Erfahrungsanteil) und eine Quote für Leistungsanteile verzichtet.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Steuern und Finanzausgleich

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Antrag 4. Der Stadtrat nimmt seinen ursprünglichen Antrag, die ordentliche Gemeindesteuer auf 125 Prozent (2014: 122 %) der einfachen Staatssteuer festzusetzen und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (CHF 24.- pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen. Dieser Antrag wird zusammen mit der Produktgruppe Steuern und Finanzausgleich behandelt.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion stellt den Antrag den Steuerfuss auf 127 Prozent festzusetzen. Das sind 5 % mehr als im Novemberbrief festgehalten ist. Das Steuergesetz des Kantons Zürich gilt seit dem 1. Januar 1999. Erst ab diesem Zeitpunkt ist ein Vergleich möglich. Seither wurden die Steuern verschiedentlich gesenkt. Die Berufspauschale und die Unterstützungsabzüge wurden erhöht, weitere Abzüge betreffen Versicherungsprämien, Parteibeiträge und Doppelverdienerabzüge. Zudem wurden neue Abzüge geschaffen für Wiedereinstiegskosten, Fremdbetreuungskosten und behinderungsbedingte Kosten. Neu werden die Dividenden an qualifizierten Beteiligungen nur noch teilweise besteuert und die Leibrente wird nur noch zu 40 % statt zu 60 % besteuert. Das sind nur einige Reduktionen betreffend Einkommenssteuer der natürlichen Personen. Auch in Bezug auf die Erbschafts- und Schenkungssteuer wurden Änderungen vorgenommen: Abschaffung der Steuer für direkte Nachkommen und der Handänderungssteuer und im Unternehmenssteuerrecht wurden diverse Änderungen eingeführt. Das alles hat zu Mindereinnahmen geführt. Zudem wurde der Steuerfuss der Stadt Winterthur reduziert und das bei einer wachsenden Bevölkerung. Es ist klar, man kann nicht gleichzeitig wachsen und das Einkommen senken. Die Grüne/AL-Fraktion verlangt nichts Revolutionäres. Lediglich die vergangenen vorschnellen Steuersenkungen sollen teilweise rückgängig gemacht werden. Es geht nicht darum Schuldige zu suchen, sondern darum vorwärts zu schauen. Winterthur steht bezüglich Steuern im Vergleich mit anderen Grossstädten an zweitbesten Stelle. Besser ist lediglich Zürich. Die Stadt Zürich hat in der Vergangenheit sehr gute Geldanlagen getätigt. Die Anlagen in Stauseen haben sich ausgezahlt. Fazit: Die Grüne/AL-Fraktion verlangt die Beteiligung der Bevölkerung am budgetierten Verlust, je nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Ch. Griesser ist sich bewusst, dass dieser Antrag zu früh kommt. In ein bis zwei Jahren sieht das wahrscheinlich anders aus. Diverse Gemeinden im Kanton müssen die Steuern ebenfalls erhöhen. Der Kanton Schwyz hat die kantonalen Steuern erhöht und einzelne Gemeinden mussten die Steuern ebenfalls erhöhen. Ch. Griesser weist darauf hin, dass die Grüne/AL-Fraktion im letzten September kompromissbereit war. Die Fraktion beantragt, den Steuerfuss um 5 % zu erhöhen. Falls dieser Antrag abgelehnt wird, stellt die Grüne/AL-Fraktion den Eventualantrag, die Steuerfuss um 2 % zu erhöhen.

Ch. Ingold (EVP/BDP): Die Logik der Mitte ist um einiges simpler, obwohl die Ausführungen von Ch. Griesser nachvollziehbar sind und bezüglich Steuersenkungen unterstützt werden können. Die EVP/BDP-Fraktion hat die Streichung der Gemeindegzuschüsse abgelehnt, folglich wurde das Defizit vergrössert. Ch. Ingold kann aber auch der Argumentation von Ch. Baumann folgen. Die beschlossenen Budgetkürzungen, die von der EVP/BDP-Fraktion teilweise unterstützt wurden, können kaum im vollen Umfang realisiert werden. Das ist einfach ein Fakt. Deshalb ist die EVP/BDP-Fraktion für eine massvolle Steuererhöhung. Letztes Jahr hat die Fraktion eine Erhöhung um 3 % vorgeschlagen. In diesem Jahr unterstützt die EVP/BDP-Fraktion eine Steuerfusserhöhung von 2 %. Eine Erhöhung von 5 % erscheint in der gegenwärtigen Situation zu viel.

D. Oswald (SVP): Der Gemeinderat hat das Budget beraten. Die Kürzungen, die der Gemeinderat beschlossen hat, sind nicht einfach umzusetzen. Das ist eine grosse Herausforderung für alle. Der SVP ist klar, dass mit einer gewissen Zeitverzögerung gerechnet werden

muss. Der Stadtrat kann aber sicher sein, dass die Kürzungen, die für das Jahr 2015 eine Mehrheit gefunden haben, im Jahr 2016 erneut beantragt werden. Jetzt wird erneut über eine Steuererhöhung debattiert. Die Rede war von Steuergeschenken. D. Oswald kommt es vor, als würde ein Unternehmen erwarten, dass 100 % der Angebote erfolgreich sind. Das gleiche gilt für die Steuereinnahmen, die ständig gestiegen sind und wenn eine Korrektur auf die andere Seite erfolgt, hat man dem Staat etwas weggenommen. Das ist nicht so. 2005 beliefen sich die Steuereinnahmen der Stadt Winterthur auf 392 Millionen und 2014 waren 382 Millionen. Das ist eine massive Steigerung der Steuereinnahmen. Die Sicht der linken Ratsseite ist einseitig. Es wird eine Parteiideologie vertreten. Die Zahlen zeigen ein anderes Bild. D. Oswald will das richtig stellen. Zudem werden die Progressionsstufen ausgeblendet. Leute mit höheren Einkommen zahlen massiv mehr Steuern als andere. Viele bezahlen gar keine Steuern mehr. Das Thema Kopfsteuer müsste unbedingt diskutiert werden. Wenn die Steuern erhöht werden, muss die Kopfsteuer erhöht werden, nicht die anderen Steuern. Viele Leute tragen nichts mehr zum Steueraufkommen bei. Das ist nicht gesund. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wurde angesprochen. Mit der Steuerpolitik wird leider auch Familienpolitik, Energiepolitik, Verkehrspolitik und Bildungspolitik gemacht. Das alles erfolgt über die Steuern. Damit ist man längst vom Prinzip der Leistungsfähigkeit weggekommen. Es wäre Zeit, dass die Standesinitiative der FDP weiter gebracht wird. Alles was mit den Steuern zusammenhängt, muss vereinfacht werden. Stauseen wurden erwähnt, dazu liegt ein Entscheid des Bundesparlaments vor. Die Energiedebatte lässt grüssen. Die Rendite der Wasserkraft wurde durch erhebliche staatliche Subventionen in Technologien, von denen niemand weiss, ob sie funktionieren werden, geschwächt. Deshalb müssen weitere Steuergelder investiert werden. Eine Einnahmequelle wurde an die Wand gefahren. D. Oswald bittet die Ratsmitglieder, bei den Fakten zu bleiben. Die SVP lehnt eine Steuererhöhung ab. Die Stadt muss einen anderen Weg finden. Winterthur hat ein Kostenproblem und kein Einnahmenproblem. Nicht nur der Gemeinderat muss auf der Hut sein, sondern auch der Kantonrat und der Bund. All die gesetzlichen Anforderungen, die als Erklärung aufgeführt wurden, warum nicht gespart werden kann, sind zu 80 % Ausgaben, die mit Linksmehrheiten in den Parlamenten beschlossen wurden. Das führt zu einem Ausbau des Staates und geht in die falsche Richtung. Damit werden die sozialen Netze geschwächt und nicht gestärkt. Die Kosten müssen zurückgefahren werden. Es braucht keine Steuererhöhung. Es wäre etwas anderes, wenn der Steuerfuss in den guten Jahren reduziert worden wäre, dann könnte er in schlechten Jahren erhöht werden. Das ist aber nicht der Fall. Deshalb kann der Steuerfuss nicht erhöht werden. Die SVP lehnt sämtliche Anträge, den Steuerfuss zu erhöhen ab.

Y. Gruber (EVP/BDP): Zur Einleitung – ein ironischer Glückwunsch: Super liebe bürgerliche Kollegen. Heute wurde enorm mit mutwilligen Kürzungen gespart. Es ist seltsam, dass die bürgerliche Seite glaubt, der bürgerliche Stadtrat lege einen Voranschlag vor, der per se zu hoch ist. Y. Gruber betont, dass die BDP die Steuern lieber senkt als sie zu erhöhen. Am 3. November hat Y. Gruber bereits erklärt, dass sie in der aktuellen Situation für den sauren Apfel ist. In der Budgetdebatte hat sie, von aussen gesehen, zeitweise mit der linken Seite gestimmt. Das hat sie bewusst gemacht. Es ist nicht sehr bürgerlich, wenn aufgrund eines hysterischen Sparwahns, das halbe Familienporzellan zerschlagen wird. Man meint offenbar, wenn man nur noch die Hälfte des Geschirrs besitzt, müsse man weniger abwaschen. Mit einer kurzfristigen, moderaten Steuererhöhung von 2 % will Y. Gruber dem Stadtrat einen kleinen Freiraum geben, damit er mit dem Programm Balance nachhaltig und vernünftig den Finanzkurs korrigieren kann, ohne unnötig Porzellan zu zerschlagen. Die Mehrheit im Gemeinderat hat in der vergangenen Stunde einiges Porzellan aufs Spiel gesetzt. Y. Gruber hofft, dass es möglich ist, das Schlimmste abzuwenden.

K. Bopp (SP): Die Anträge der SP waren Linientreu. Die SP wollte eine Erhöhung der Ausgaben verhindern und nicht das Budget kürzen. Die rechte Ratsseite hat die Ausgaben einmal gesenkt und dann wieder erhöht. Deshalb hat K. Bopp teilweise die Argumentation der anderen Seite verwendet, um ihr das vor Augen zu führen. Die Zahlen können unterschiedlich interpretiert werden. Nur so lässt sich erklären warum K. Bopp und D. Oswald die Ant-

wort des Stadtrates total unterschiedlich auffassen. Eines kann man nicht unterschiedlich interpretieren – wenn im Jahr 2000 der Steuerfuss 132 % betrug und heute noch 122 % beträgt, wurde der Steuerfuss gesenkt. In den letzten 10 Jahren wurden in Winterthur die Steuern stark gesenkt. Zum einen, weil der Steuerfuss reduziert wurden und zum anderen durch Steuererleichterungen für einzelne Interessensgruppen auf übergeordneten Ebenen. Diese Steuerreduktionen dürfen weder zulasten des Eigenkapitals, noch durch einen Leistungsabbau bei den Ärmsten der Gesellschaft oder beim Personal kompensiert werden. Die SP ist grundsätzlich der Meinung, dass viele Steuererleichterungen unsolidarisch und falsch sind. Um diese Steuerausfälle zu kompensieren, ist eine Steuererhöhung die solidarischste Möglichkeit. Steuererhöhungen belasten alle im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten. Mit der Kürzung der Gemeindegzuschüsse hat der Gemeinderat letzte Woche von den ärmsten Personen in Winterthur verlangt, dass sie ca. 80 Franken pro Monat an die Sanierung der Stadtkasse beitragen. Das sind im Jahr ca. 960 Franken. Wenn die Steuern für Einzelpersonen um 5 Prozentpunkte erhöht werden, entspricht das dem Beitrag, den eine Einzelperson mit einem Einkommen von 190'000 Franken oder eine Familie mit einem Einkommen von 240'000 Franken bezahlen müsste. Soll wirklich den Ärmsten in dieser Stadt ein jährlicher Beitrag von 960 Franken an die Stadtkasse zugemutet werden, nicht aber Personen mit einem Einkommen von rund 200'000 Franken. Das kann sich K. Bopp nicht vorstellen. Das ist eine erdrückende Ungerechtigkeit. Aufgrund der Sparanträge, die durchgeboxt wurden und unrealistisch sind, muss ein Ertragsüberschuss budgetiert werden. Eine Steuerfusserhöhung ist nach wie vor gerechtfertigt. Auch wenn kein Aufwandüberschuss im Budget steht.

A. Steiner (GLP/PP) erinnert die Ratsmitglieder daran, dass die Grünliberalen innerhalb der letzten Jahre immer wieder auf das strukturelle Defizit hingewiesen haben. Inzwischen wird in immer breiteren Kreisen anerkannt, dass das ein Problem ist, das angegangen werden muss. Der Stadtrat spricht von 40 Millionen, die eingespart werden sollen – das entspricht 15 Steuerprozenten. Damit kann aufgezeigt werden, dass eine Steuererhöhung das Problem nicht lösen kann. Es kann allenfalls irgendwann einmal dazu verhelfen, dass die Stadt langfristig gesehen gewisse Leistungen erhalten muss. Das muss aber noch definiert werden. Zuerst müssen die Hausaufgaben gemacht werden. Die 40 Millionen müssen irgendwie aus dem Budget gestrichen werden. Die Stadt muss nachhaltig sparen. Der Ratsmehrheit wurde vorgeworfen, man habe nicht nachhaltig gespart. A. Steiner möchte wissen, wo der nachhaltige Beitrag der SP ist.

M. Baumberger (CVP/EDU): Die Exkurse über Geschirr, Porzellan, Linientreue und besonders die Definition von bürgerlich der Bürgerlich Demokratischen Partei (BDP) waren in dieser Budgetdebatte Höhepunkte. Zudem waren Selbstbezeichnungen von einem geschätzten Freund aus der SP zu hören. Letztendlich gilt das was die CVP zu Beginn der Debatte gesagt hat – wenn eine Mehrheit im Rat dem Antrag des Stadtrates zugestimmt hätte, wären die Ratsmitglieder um 24 Uhr nicht mehr im Ratssaal, sondern zu Hause. Dann wären viele Missverständnisse nicht entstanden. Das wäre viel einfacher gewesen. Jetzt hat der Gemeinderat vielen Sparanträgen zugestimmt. Was zu machen ist, wird man sehen. Die CVP/EDU-Fraktion ist überzeugt, dass der Stadtrat weiterhin das Beste für die Stadt geben wird. Es wäre sicher der falsche Weg, jetzt die Steuern zu erhöhen. Der Gemeinderat hat seine Arbeit gemacht. Die CVP/EDU-Fraktion wartet ab, was der Stadtrat tun wird und wohin der Weg gehen wird. Der Rat hat die Budgetberatung geschafft.

U. Hofer (FDP): Es ist legitim, wenn sowohl die Ausgaben, als auch die Einnahmen geprüft werden. Deshalb stellt sich U. Hofer gerne dieser Diskussion. Warum legt die FDP zu einer legitimen Frage ein überzeugtes Nein ein? Dafür gibt es zwei Gründe: Die Wertung der FDP unterscheidet sich von der auf der linken Ratsseite. Steuererhöhungen sind nicht nachhaltig. Das Zeichen, das damit ausgesandt wird, an Privatpersonen und Unternehmen, darf nicht unterschätzt werden – unabhängig wie hoch die Steuererhöhung ausfällt. Die Aussage ist simpel. Steuererhöhungen bedeuten kurzfristige Mehreinnahmen. Die FDP behauptet nicht, dass den Steuerzahlern nicht zuzumuten ist, 120 Franken mehr zu bezahlen. Die Stadt wür-

de sich aber kurze Zeit später wieder in der gleichen Situation befinden und hätte noch immer nicht gespart. Wichtig ist, die primäre Aufmerksamkeit der FDP liegt im Moment auf den Aufwandreduktionen, die auf die lange Bank geschoben werden. Sie befürchtet, dass eine Steuererhöhung der Stadt etwas Luft verschaffen würde. Das wäre positiv. Es bestünde aber die Gefahr, dass man Sparprogramme weiter aufschieben würde. Das Problem muss jetzt angegangen werden. Die FDP will im Moment und unter diesen Voraussetzungen keine Steuererhöhung. Das ist kombiniert mit einem Signal nach aussen. Eine Steuererhöhung wird von den Steuerzahlern besser verstanden, wenn alle Massnahmen ergriffen wurden und die Stadt noch immer zu wenig Geld hat. Das ist auch das Feedback, das die FDP aus Unternehmerkreisen erhalten hat. Die Unternehmer der Stadt Winterthur wollen sich nicht aus der finanziellen Verantwortung stehlen, aber sie müssen darauf vertrauen können, dass die Stadt mit dem Geld effizient umgeht. Zuerst muss Vertrauen geschaffen werden, danach kann diese Diskussion weitergeführt werden. Die FDP lehnt eine Steuererhöhung ab.

Stadträtin Y. Beutler freut sich auf die Diskussion über die Finanzstrategie mit dem Gemeinderat. Wenn die Finanzstrategie eingeführt ist, werden die Budgetdebatten sehr viel kürzer ausfallen. Die Finanzstrategie wird verhindern, dass ein Defizit budgetiert wird. Wenn das trotzdem der Fall sein sollte, weil sich die Massnahmen nicht wie geplant realisieren lassen, wird diese Budgetierung die Stadt einholen. Das Budget müsste korrigiert werden. Stadträtin Y. Beutler hat sich ein ehrliches Budget erbeten. Für sie zählt die Rechnung und nicht das was im Budgetbuch steht. Die Budgetdiskussion wurde mit einem Defizit von 10,95 Millionen gestartet. 7,2 Millionen wurden gestrichen. Das Defizit beträgt neu 3,7 Millionen. Im Rat wurde unter anderem die Haltung vertreten, dass die Stadt dank HRM2 über Eigenkapital verfügt, also kann sie sich ein Defizit leisten. Das ist keine nachhaltige Finanzpolitik. Deshalb ist es höchste Zeit das Eigenkapital zu schützen, indem kein Defizit budgetiert wird. Wenn das trotzdem einmal der Fall sein sollte, muss das Eigenkapital wieder entsprechend geöffnet werden. Im Rat wurden viele Anträge so behandelt, als würden sie sich per 1. Januar 2015 umsetzen lassen. Es ist allen bekannt, dass das nicht möglich sein wird. Der Antrag, die Beiträge an den Läbesruum zu kürzen, lässt sich frühestens per 1. Januar 2016 umsetzen. Das sind bereits 50'000 Franken. Alles was mit einer Kündigung verknüpft ist, kann nicht so schnell umgesetzt werden. Das ist dem Gemeinderat bekannt. Ende Jahr wird die Rechnung ziemlich anders aussehen, als das Budget, das heute Abend beschlossen worden ist. Letztendlich muss aber der Stadtrat die Verantwortung übernehmen, das ist ebenfalls bekannt. Stadträtin Y. Beutler hofft auf die Unterstützung der Ratsmitglieder, wenn im neuen Jahr neue Instrumente eingeführt werden. Alle Lager werden zu einer echten nachhaltigen Finanzpolitik verpflichtet. Es ist zu hoffen, dass alle mitmachen werden und die Einschränkungen akzeptieren. Der Stadtrat hat seinen Antrag in Bezug auf eine Steuerfusserhöhung zurückgenommen. Er hat den Antrag gestellt, den Steuerfuss bei 122 % zu belassen. Es steht dem Gemeinderat frei, den Steuerfuss festzusetzen. Der Stadtrat wird sein Möglichstes tun, um die Realität dem Budget anzupassen.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze stellt den Antrag 4 des Stadtrates dem Antrag der Grüne/AL-Fraktion gegenüber: Antrag Stadtrat: Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 122 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt. Antrag Grüne/AL-Fraktion: Anpassung der parlamentarischen Zielvorgaben von 122 % auf 127 % der einfachen Staatssteuer.

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrates zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze stellt den Antrag 4 des Stadtrates dem Eventualantrag der Grüne/AL-Fraktion gegenüber: Antrag Stadtrat: Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 122 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt. Antrag Grüne/AL-Fraktion: Erhöhung des Steuerfusses von 122 % auf 124 % der einfachen Staatssteuer.

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrates zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Damit bleibt die Gemeindesteuer bei 122 %.

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP)

A. Steiner (GLP/PP): Der IAFP ist ein wichtiges Instrument. Für das Jahr 2016 muss der IAFP korrigiert werden aufgrund der nicht gewährten Lohnkürzung und der nicht vorgenommenen Steuererhöhung. Beide Massnahmen hat der Gemeinderat abgelehnt. Der IAFP ist besser als vor einigen Jahren. Damals handelte es sich noch um ein Wunschprogramm. Es wurden jeweils mindestens 30 Millionen mehr in den IAFP eingestellt, als im nächsten Budget effektiv budgetiert wurde. Das hat definitiv aufgehört. Dafür dankt A. Steiner dem Stadtrat. Jetzt geht es einen Schritt weiter. Wenn der Stadtrat erklären würde, dass der IAFP aufgrund des Sparprogramms Balance noch nicht fein justiert werden konnte, dass er aber trotzdem einigermaßen stimmen sollte, könnte diese Aussage akzeptiert werden. Der Stadtrat sagt aber, dass dieser IAFP stimmt und dass er in Zukunft so aussehen wird. Das wird aber nicht ausreichen. Einerseits reicht es nicht aus, dass in den einzelnen Produktgruppen die Copy-and-paste Methode angewandt wird und für die nächsten Jahre die Zahlen einfach kopiert werden. Wenn man einen sauberen IAFP will, muss jede Produktgruppe genau untersucht werden. Der IAFP ist ein Steuerungsinstrument, deshalb muss der Gemeinderat wissen, wann in welcher Produktgruppe wichtige Projekte geplant sind und wann diese Arbeiten wieder zurückgefahren werden können. Das bedeutet ein Auf und Ab in den einzelnen Produktgruppen und ist relevant für die Priorisierung und für die Steuerung. Der Stadtrat hat eine Vereinbarung zu HRM2 mit dem Gemeindeamt getroffen. Darin sind mehrere Punkte enthalten, die im Moment im IAFP noch nicht erfüllt sind. Es wird die Aufgabe der Aufsichtsbehörde sein, genauer zu prüfen, wie lange die Umsetzung noch hinausgezögert werden kann und ab wann die Stadt diese Voraussetzungen erfüllen muss. Momentan fehlen Planbilanz, Geldflussrechnung, Aufgabenplanung und institutionelle Gliederung. In Zukunft muss besser geplant werden, damit ein strukturelles Defizit verhindert werden kann.

Stadträtin Y. Beutler war der Meinung, dass diese Fragen in der Kommission geklärt werden konnten. Der Stadtrat erachtet es nicht als zielführend, für die einzelnen Produktgruppen eine exakte Planung vorzulegen, obwohl nicht bekannt ist, ob diese Produktgruppen im nächsten Jahr noch bestehen werden. Der Stadtrat hat sich deshalb auf die grossen Ausgaben konzentriert, auf die Ausgaben, die letztlich die finanzielle Situation der Stadt prägen werden. Das hat der Stadtrat im IAFP aufgezeigt. Damit hat der Stadtrat das umgesetzt, was mit vertretbarem Aufwand möglich war. Das Problem ist folgendes: Die Finanzkontrolle hat festgestellt, welche Forderungen nicht erfüllt wurden. Das Finanzamt kann aber die gewünschten Angaben nicht liefern. Um diese Forderungen zu erfüllen, benötigt die Stadt das notwendige Personal. Der Stadtrat würde gerne diese Forderungen erfüllen, dazu braucht es aber die notwendigen Ressourcen.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über folgenden Antrag abstimmen: Antrag 5: Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) der Stadt Winterthur der Jahre 2016 bis 2018 wird zur Kenntnis genommen.

Der Rat nimmt den IAFP zur Kenntnis.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über folgenden Antrag abstimmen: Antrag 6: Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschal in der Produktgruppe «Städtische Allgemekosten/Erlöse» eingestellte Reduktion der Personalkosten um den voraussichtlichen Rotationsgewinn im definitiven Budget den Lohnkonti der einzelnen Produktgruppen zu belasten.

M. Wäckerlin (GLP/PP) gibt eine Aussage zu Protokoll, die bereits in der AK gemacht wurde: Diese Formulierung erstreckt sich auch auf die Einsparungen, denen der Gemeinderat heute Abend in der Produktgruppe Städtische Allgemekosten/Erlöse zugestimmt hat.

Stadträtin Y. Beutler kann sich nur wiederholen. Bevor nicht über das Sparprogramm Balance im Rat abgestimmt worden ist, weiss die Stadträtin nicht welche Massnahmen realisiert werden müssen. Der Stadtrat wird sein Möglichstes machen und sinnvolle Lösungen suchen. Der Gemeinderat stellt den Stadtrat vor eine sehr schwierige Aufgabe.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Damit ist das Budget zu Ende beraten. Die Ratspräsidentin dankt dem Finanzamt für die vielen Überstunden.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

B. Günthard Fitze (EVP)

M. Wenger (FDP)

R. Keller (SVP)